

CONCOURS EDHEC 2019

ORAUX LANGUES

ALLEMAND

A large, solid pink triangle pointing towards the bottom right corner of the page.

Make an impact

Einkaufsbummel mit der App: Wie die Otto-Tochter Bonprix das Shoppen neu erfinden will

Andrea Lischtschuk

Einkaufen im Laden nur per Smartphone: So will der Modehändler Bonprix Online- und Offline-Welt verbinden. Doch wollen die Kunden das auch? Einzelne Ideen sind bei anderen Unternehmen bereits gefloppt.

Hamburg, Mönckebergstraße - die Haupteinkaufsmeile der Stadt. In wenigen Tagen eröffnet der Modehändler Bonprix hier ein Pilot-Geschäft, in dem die Vorteile des Einkaufens vor Ort mit dem Onlineshopping kombiniert werden sollen. Die Idee: Das Smartphone führt die Kunden wie ein Assistent durch den Shop, checkt die Verfügbarkeit der Kleidungsstücke, lotst in eine Umkleidekabine, wickelt die Bezahlung ab. Wer es darauf anlegt, kann hier einkaufen, ohne mit einem Menschen sprechen zu müssen.

Bonprix, eine Tochter des Otto-Konzerns, ist nach Zalando der zweitgrößte Online-Modehändler in Deutschland und erwirtschaftete zuletzt einen Jahresumsatz von 1,56 Milliarden Euro. Bonprix betreibt bislang acht stationäre Läden und war bis 1997 ein traditioneller Katalogversender. Inzwischen kommen 80 Prozent des Umsatzes über den Onlinehandel. Während andere Händler noch über Digitalstrategien nachdenken, testet Bonprix in der Hamburger Innenstadt wie sich Online- und Offline-Welt verschmelzen lassen.

Der Einzelhandel steht unter Druck: Weniger Kunden kaufen in stationären Läden ein, zugleich gibt es aber den Wunsch, Produkte zu erleben und anzufassen. Es geht also um ein Shopperlebnis mit Mehrwert.

Die Bonprix-Manager Daniel Füchtenschnieder und Markus Fuchshofen erwarten Journalisten zum Vorab-Rundgang mit dem Smartphone im Anschlag. "Dieses Gerät ist die Fernbedienung für unsere Welt geworden", sagt Fuchshofen. Eine Welt, deren Erschaffung zweieinhalb Jahre gedauert hat.

Sein Kollege Füchtenschnieder führt vor, wie der Einkauf funktioniert. Voraussetzung ist die Bonprix-App auf dem Smartphone. Füchtenschnieder geht zu einer Säule am Eingang. Ähnlich wie beim Check-in am Flughafen scannt er den Handybildschirm. Ein Signalton ertönt - angemeldet. Dann läuft er mit dem Smartphone zu einem Kleid mit Schlangenmuster. Eine große Kunststoffplakette baumelt daran. Darauf: ein QR-Code, Füchtenschnieder scannt ihn, das Smartphone bietet das Kleid nun in verschiedenen Größen an. Der Bonprix-Manager wählt zwei Größen aus und legt sie per Fingertipp in den Warenkorb. Dasselbe macht er bei einer grün-weiß-gestreiften Bluse. Dann bestellt er per App eine Umkleidekabine.

Auf dem Bildschirm des Smartphones beginnt nun ein Herz zu blinken. Maximal fünf Minuten Wartezeit verspricht Bonprix. Dann die Nachricht: Kabine 5 ist bereit.

Füchtenschnieder steuert auf die Umkleidekabine hinten rechts zu. Darin hängen schon die bestellten Blusen und Kleider. Über ein zusätzliches Display an der Wand können die Kunden einen Mitarbeiter anfordern. Per Fingertipp verändert Füchtenschnieder noch das Licht in der Kabine - von "Indoor" hin zu "Strand" (sonnig), "Focus" (Bühnenlicht) und "Ambient" (schummrig).

Über das Display in der Kabine wählt Füchtenschnieder für das Kleid dann noch eine andere Größe aus. Kurz darauf ist ein Rumpeln zu hören, dann geht eine Schiebewand auf. Dahinter hängt das Kleid in neuer Größe. "In Socken rausschleichen ist nicht mehr", sagt er.

In der Kabine hängen Einkaufstaschen. Füchtenschnieder legt eines der Kleider in die Tasche. Bezahlt wird entweder an einem Kartenterminal oder via Smartphone mit PayPal - Traditionalisten dürfen auch bar bei einem Mitarbeiter zahlen. Dann kann der Kunde den Laden verlassen.

In der Theorie klingt das gut. Doch werden Kunden, die sich ans Onlineshopping gewöhnt haben, dafür in einen Laden gehen? Und sind die Neuerungen so attraktiv, dass wiederum die Laufkundschaft dafür die Smartphone-Tour auf sich nimmt?

22.000 Artikel bietet Bonprix online an, davon werden nur 350 im Laden ausgestellt. Sneaker und Handtaschen werden einzeln auf großen würfelförmigen Tischen präsentiert. An den Kleiderstangen hängen Kleider, Blusen, Shirts und Hosen jeweils nur in einer Größe und in so großem Abstand an den Bügeln, dass Kunden sie zum Anschauen nicht rausholen müssen. Ein Mickey-Mouse-Sweatshirt für Damen wird hier an einer schlichten weißen Modelfigur zur Schau gestellt wie andernorts ein Designer-Teil.

"Das ist ein Ansatz, aber nicht die Lösung", sagt Fuchshofen über den neuen Bonprix-Laden. Je nachdem wie die Kunden reagieren - in einem Jahr könne hier manches schon wieder ganz anders aussehen. "Dieser Store ist updatefähig." Vor Sprachassistenten oder "magischen Spiegeln", die eine virtuelle Anprobe ermöglichen, schreckt Bonprix wie auch andere Händler in Deutschland zurück. Sie wissen um die Vorbehalte der deutschen Kunden.

Dass moderne Technik nicht automatisch auch Erfolg bringt, haben schon andere Modehändler erfahren müssen. Selbst junge Kundschaft springt nicht automatisch darauf an, wie das Beispiel des Modekonzerns Orsay zeigt. Mit einem interaktiven Spiegel können Kunden in einzelnen Stores wie dem "Connect"-Laden in Düsseldorf Kleidung nach Hause bestellen. Das Fazit von Orsay: Der Spiegel wird kaum genutzt. Bislang wurde darüber nichts verkauft.

Kims Dotcom

Sonja Peteranderl

Etwa 25 Millionen Nordkoreaner teilen sich 1,2 Millionen Festnetzanschlüsse, nur wenige haben Zugang zum Internet. Das Reich von Kim Jong Un ist ein telekommunikatives Entwicklungsland. Doch seine Cyberarmee kann sich mit den erfolgreichsten staatlichen Hackertruppen weltweit messen, warnen Experten:

- "Nach verfügbaren Informationen gehört Nordkorea sicherlich zu den Top 15 der Staaten mit offensiven Cyberfähigkeiten, möglicherweise sogar zu den Top 10", sagt der Cybersicherheitsexperte Sven Herpig von der Stiftung Neue Verantwortung (SNV), die sich als Technologie-Thinktank einen Namen gemacht hat.
- Nordkorea spiele nicht in der gleichen Liga wie Russland, China, Israel oder die USA, "aber auf einem sehr guten zweiten Rang", sagt auch der Asien- und Cybersicherheitsexperte Nigel Inkster vom Londoner Thinktank International Institute for Strategic Studies (IISS). "Sie sind technisch nicht extrem ausgefeilt, aber gut genug, um das zu tun, was sie tun müssen."

Während die USA mit Nordkorea über die Aufgabe des Atomprogramms verhandeln und der Westen über den möglichen Wiederaufbau einer stillgelegten Raketenanlage spekuliert, gehen Kims Hacker im Verborgenen auf Beutezug.

Die Attacken sind nicht nur darauf ausgerichtet, geheime Dokumente zu erbeuten oder Gegner zu schwächen - es geht oft einfach ums Geld. Mit Angriffen auf Banken, aber auch auf Bitcoin-Börsen soll die marode Staatskasse des Landes aufgebessert werden. "Sie erwirtschaften durch Computerbetrug Einkommen für den Staat und müssen Quoten erfüllen oder bestimmte Ziele angreifen", so Inkster.

Mehrere größere Attacken werden Nordkoreas Hackertruppen zugerechnet: vom Hack des Filmstudios Sony Pictures Entertainment bis zur WannaCry-Erpressersoftware-Attacke. Sie operieren zum Teil aus dem Ausland und infiltrieren im Staatsauftrag weltweit Computersysteme. Das Land verfüge über "relativ viele offensive Kapazitäten", sagt Inkster. In Südkorea haben die Hacker sich bereits Zugriff auf Netzwerke der Metro von Seoul verschafft, Militärdokumente gestohlen oder versucht, ins Computersystem eines Atomkraftwerks einzudringen. Solange im aktuellen Konflikt um Nordkoreas Abrüstung noch eine Option auf Verhandlungen bestünde, werde Nordkorea aber nicht die USA angreifen, glaubt Inkster. Dass es den Hackern gelingen könnte, kritische Infrastruktur oder militärische Einrichtungen in den USA lahmzulegen, hält er zudem für unwahrscheinlich. "Aber sie werden weiter Ziele wie Südkorea oder Japan attackieren und auch die kriminellen Aktivitäten der staatlichen Hacker werden weitergehen", so der Sicherheitsexperte.

Eine als "Sharpshooter" bezeichnete Spionageoperation, die auf nordkoreanische Hacker deutet, lief etwa auch während der Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea in den vergangenen Monaten weiter. Laut einem Sprecher der IT-Firma McAfee, deren Sicherheitsforscher Code vom Angriffserver ausgewertet haben, ist die Operation bereits seit September 2017 in Gang. Rund 90 Organisationen und Firmen verschiedener Branchen sind betroffen, darunter Energie und Verteidigung. "Auf die aktuellen diplomatischen Aktivitäten zwischen den USA und Nordkorea ist die Operation aber nicht direkt zurückzuführen", sagte ein Sprecher von McAfee zum SPIEGEL(...)

Über Hackeraktivitäten aus Nordkorea wurde nach dem Sony-Hack von 2014 weltweit diskutiert - auch er wird der Lazarus-Gruppe zugeordnet. Die Angreifer erbeuteten interne Dokumente der US-Filmtochter des japanischen Sony-Konzerns wie Gehaltsabrechnungen, Strafregister, Gesundheitsdaten von Mitarbeitern, E-Mails sowie damals unveröffentlichte Filme wie "The Interview", eine Komödie über ein Mordkomplott der CIA gegen Nordkoreas Staatsoberhaupt Kim Jong Un. Das Material veröffentlichten sie im Internet - ein Imageschaden, der Entschädigungszahlungen an Mitarbeiter in Millionenhöhe nach sich zog. Technisch sei der Sony-Hack nicht aufwendig gewesen, sagte der US-Verteidigungsexperte Eric Rosenbach von der Harvard Kennedy School im vergangenen Jahr bei einem Vortrag. Zudem sei die IT-Sicherheit des Unternehmens schlecht gewesen. Die Angreifer seien aber "clever" vorgegangen und hätten monatelang Daten und Dokumente abgegriffen.

"Die Nordkoreaner haben gezeigt, was man mit einem Hack im zivilen Sektor anrichten kann", so Rosenbach, der zur Zeit des Sony-Hacks für das Verteidigungsministerium arbeitete. Seitdem hätten sich Nordkoreas Hacker professionalisiert. "Sie sind raffinierter geworden. Kim Jong Un hat erkannt, dass Cyberoperationen ein wichtiger Bestandteil der nationalen Strategie sind."

Familien auf der Straße, Vater, Mutter, obdachlos

Verena Mayer

Ein Hinterhaus in Berlin-Kreuzberg. Hier liegt Berlins erste Notunterkunft für Familien, eine der wenigen Einrichtungen dieser Art in Deutschland. 2016 hat man begonnen, Familien aufzunehmen, erst mit zwölf Plätzen. Inzwischen sind es 30. Aber selbst wenn es hundert wären, hätten sie kein Problem, sie zu belegen, sagt die Leiterin des Heims, Viola Schröder. Denn an diesem Ort zeigt sich die Wohnungslosigkeit in Deutschland so, wie sie inzwischen ist. Als Problem, das immer öfter Menschen betrifft, die man eigentlich für geschützt hielt, alleinerziehende Mütter, kleine Kinder. Aber auch Eltern, die Arbeit haben, sich jedoch keine Wohnung mehr leisten können. Die Mitte der Gesellschaft.

Berlin, Hauptstadt der Obdachlosen. Wie viele Menschen betroffen sind, kann man nicht genau sagen, der Berliner Senat fängt erst dieses Jahr an, Statistiken zu erstellen. Schätzungen zufolge leben einige Tausend auf der Straße, dazu kommen die 36900 Menschen, die bis Ende 2017 langfristig in Gemeinschaftsunterkünften für Wohnungslose untergebracht waren, davon etwa 6400 Flüchtlinge. Und jeden Tag werden es mehr.

Viele Familien stammen aus Bulgarien oder Rumänien, sie sind nach Berlin gekommen, um ihr Glück zu versuchen, schwarz auf dem Bau oder als Putzkraft. Man sieht aber auch Leute aus Spanien oder Irland, die hier Fuß fassen wollen, oder Deutsche, die nach einer Mieterhöhung ihre Wohnung verloren haben. Der jüngste Bewohner war zwei Tage alt, die Mutter kam direkt von der Wöchnerinnenstation. Doch die Sozialarbeiterin muss den Familien zwei unangenehme Wahrheiten überbringen. Dass sie höchstens drei Wochen bleiben können, danach müssen sie in eines der Wohnheime für Wohnungslose, die Kinder oft die Schule oder die Kita wechseln. Und dass sie danach keine reguläre Wohnung mehr finden werden. Weil es auf dem boomenden Berliner Immobilienmarkt einfach keine mehr gibt. Schon gar nicht für arme Familien.

Viele werden in die Notschlafstelle des Vereins Straßenfeger weitergeleitet. Ein Gewerbegebiet im Berliner Osten. Supermarkt-Parkplätze und Reifenhändler, dazwischen gesichtslose Hochhäuser. An einem führt ein Aufgang in die Notunterkunft. Es ist Nachmittag, in vier Stunden werden sich die Türen der Unterkunft öffnen. Hier finden die klassischen Obdachlosen über Nacht Zuflucht, meistens Männer, die süchtig oder psychisch krank oder irgendwann aus dem Leben gefallen sind. Aber irgendwann seien in der Notschlafstelle so viele Eltern mit Kindern gewesen, dass sie ein eigenes Familienzimmer einrichten mussten. Gleich neben dem Büro der Betreuer liegt es, vier Betten, viel Spielzeug, es sieht aus wie ein Zimmer in einer Ferienpension. 22 Prozent der Menschen in den diversen Unterkünften seien inzwischen Familien, sagt Tanja Schmidt, die Leiterin der Notschlafstelle, "Tendenz steigend". Seit 26 Jahren mache sie den Job, und sie denke oft, sie habe schon alles gesehen. "Aber dann kommt immer noch eine Bombe." Frauen etwa, die häusliche Gewalt erlebt haben und keinen Platz im Frauenhaus finden, weil auch die Frauenhäuser überbelegt sind. Frauen mit Kindern, die über Stunden an einer S-Bahnstation stehen, bis Passanten sie ansprechen und in die Notschlafstelle schicken.

Paradoxerweise sei es für Obdachlose im Winter leichter, sagt Schmidt. Da gibt es mehr Schlafplätze und die Kältebusse, U-Bahnhöfe werden geöffnet und in diesem Winter kann man sogar in einigen Berliner Clubs übernachten. Im Sommer hingegen müssten die Leute den ganzen Tag in der Hitze im Park verbringen. Schmidt guckt aus dem Fenster. Vor der Unterkunft stellt sich der Erste an, ein junger Mann, er sieht ganz normal aus. Und das ist er auch, sagt Schmidt, seit einigen Jahren nehme sie immer mehr "Menschen wie du und ich" auf, Bauarbeiter, Pflegekräfte, Handwerker. Berlin mag für viele Menschen auf der Welt sexy sein, hier ist es vor allem arm. Wieder, muss man sagen. Denn früher seien die Hausverwaltungen froh gewesen, wenn sie Sozialhilfeempfänger als Mieter bekamen, sagt Schmidt, da konnte man sicher sein, dass das Amt zahlt. Heute nehme kein Vermieter mehr Familien auf, die nur Wohngeld beziehen. Und viele der Sozialwohnungen, die es in der Hauptstadt gab, wurden wegen der klammen Haushaltslage in den vergangenen Jahren an Investoren verkauft.

Früher habe die Hilfe von unten nach oben funktioniert, sagt Schmidt. Die Leute kamen bei ihr an, sie leitete sie weiter an die Ämter, die fanden Trägervereine oder Wohnungsbaugesellschaften, die Wohnungen zu vergeben hatten. Inzwischen sei es genau umgekehrt. Die Ämter klingeln bei ihr durch, an der Endstation. Ob sie nicht ein Zimmer hätte für eine Familie. Als Nächstes, sagt Schmidt, sind die Alten dran. Leute, die seit der Nachkriegszeit in zwei Zimmern leben und jetzt aus ihren Wohnungen geklagt werden. Die werden dann ebenfalls an der Treppe zum Obdachlosenheim stehen. Selbst an der Endstation geht es immer noch weiter abwärts.

Neuer Discounter aus Russland im Test: Ist Mere wirklich billiger als Aldi?

Andreas Dörnfelder

Der russische Discounter Torgservis will in Deutschland Aldi und Lidl Konkurrenz machen. Unsere Autorin macht zur Eröffnung der ersten Filiale den Preisvergleich – und erlebt einige Überraschungen. Ich bin unterwegs ans Ende der Welt. Die Mere-Filiale liegt weit draußen am Rand von Leipzig zwischen Reihenhäusern und Wohnblöcken. Hier entfaltet der Ostblockcharme noch seine volle Wirkung. Meine Anwesenheit senkt den Altersdurchschnitt im Viertel um gefühlt zwanzig Jahre.

Im Laden selbst sind an diesem Dienstag viele Menschen wie ich mit Kamera unterwegs. Das Verhältnis zwischen Journalisten und neugierigen Kunden ist zu Beginn beinahe ausgewogen. Mikrofone wedeln durch die Gegend, Stative stehen auf den Gängen. Wahrscheinlich ist die Kameraausrüstung der Filmteams mehr wert als alles, was es hier bei Mere zu kaufen gibt. Hinter Mere steckt das russische Unternehmen Torgservis, das in Osteuropa und Asien knapp 1000 Filialen betreiben soll – und sich jetzt auch in Deutschland ausbreiten will. Eine Tochtergesellschaft mit Sitz in Berlin kündigt auf ihrer Homepage ein „Filiernetz mit über 100 Standorten“ an. Die erste hat nun in Leipzig eröffnet. Im Internet wirbt das Unternehmen mit dem Slogan: „Wir arbeiten nach dem Motto ‚Jeden Tag nur Tiefstpreise‘“. Das lässt sich wie eine Kampfansage an Aldi und Lidl verstehen. Die beiden Ketten dominieren den Markt der Discounter in Deutschland. Jener Supermärkte also, die viele Sachen unter billigen Eigenmarken und nur wenige teure Markenprodukte verkaufen.

Kann es Mere mit ihnen wirklich aufnehmen? Ich mache den Test. Zum Vergleich will ich die gleichen Produkte in der gleichen Menge bei Mere und Aldi kaufen. Den ersten Teil habe ich am Vortag erledigt: in einem Aldi-Markt bei mir um die Ecke, nahe der Leipziger Innenstadt. Auf meiner Liste hatte ich fünf einfache Produkte, die in fast jedem Haushalt im Schrank stehen: 500 Gramm Toastbrot, 250 Gramm Butter, 1 Liter Orangensaft, 100 Gramm Schokolade, 1 Liter H-Milch. Bei Aldi stehe ich nach zehn Minuten an der Kasse und bezahle: 4,42 Euro. Auf der Stirn des Kassierers glänzt der kalte Schweiß im Licht der Neonröhren, die gräulichen Fliesen, mit denen die Filiale ausgestattet ist, rufen laut „DDR“. Exakt die gleichen grauen Fliesen empfangen mich auch auf den 1000 Quadratmetern von Mere am Stadtrand. Kein Wunder, denn der Markt ist in einer ehemaligen Aldi-Filiale untergekommen. Es riecht nach Baumarkt. Kartons stehen auf Paletten, die Einkaufswagen sind gebraucht. Torgservis spart offenbar, wo es geht. Auch die deutsche Homepage wirkt spärlich. Dort sucht das Unternehmen eine Filialeitung in Zwickau, sowie Manager und Buchhalter in Berlin. Die Aufgaben in den Stellenanzeigen deuten darauf hin, dass die Supermarktkette noch ziemlich am Anfang steht. Das neue Team soll neue Kontakte mit Lieferanten und Werbeagenturen knüpfen, Waren und Ladeneinrichtung besorgen, geeignete Ladenflächen suchen, Mitarbeiter schulen und monatliche Berichte erstellen. Wichtigste Voraussetzung: Kenntnisse im Einzelhandel.

Mere-Markt in Leipzig: In der ersten Filiale sind die Regale am Eröffnungstag voll. Milch, Saft, Tee, Wurst: Vor allem letzteres gibt es bei Mere in Massen. Dafür haben Kunden kaum Auswahl. Es scheitert an den einfachsten Grundlebensmitteln. Toast, Butter und Schokolade finde ich gar nicht – diese Punkte gehen schon mal klar an Aldi. Auch beim Orangensaft habe ich keinen Erfolg. Dafür finde ich Apfelsaft – 1 Liter für 61 Cent. Bei Aldi Nord wären es 59 Cent gewesen. Nur bei der H-Milch gewinnt Mere. Der Liter mit 1,5 Prozent Fett kostet im russischen Discounter 49 Cent, Aldi Nord verlangt 62 Cent. H-Milch bei Mere: Hier sind die Russen am ersten Tag billiger als Aldi. Frisches Obst und Gemüse sucht man bei Mere ebenfalls vergeblich – hier gibt es nur Dosen. Dafür finde ich große Packungen gefrorener Miesmuscheln. Wer hier seinen Wocheneinkauf macht, muss danach beim Kochen kreativ sein. Wenn er überhaupt rechtzeitig nach Hause kommt. Denn die Kassiererinnen und Kassierer sind an diesem Vormittag mit der Masse an Menschen überfordert. Die Schlangen reichen quer durch den ganzen Laden.

Der Marketingexperte Martin Fassnacht von der Hochschule WHU in Düsseldorf ist pessimistisch, was die Zukunft von Mere in Deutschland angeht. Er meint, dass die Kunden über die sparsame Einrichtung hinwegsehen werden – solange die Preise stimmen. Doch dann werde sich der Markt wirtschaftlich wohl nicht rechnen, erklärt er.

Mein Eindruck nach dem Eröffnungstag: Bei manchen Produkten ist Mere tatsächlich billiger als Aldi. Aber schon beim Apfelsaft liegt der Marktführer vorne. Und: Ein Discounter, in dem es einfachste Grundnahrungsmittel nicht zu kaufen gibt, wird es auf dem deutschen Markt sicher schwer haben. Immer nur Miesmuscheln wird schließlich auch irgendwann langweilig.

„1969 – Sterne statt Bomben“

Michael Büker

Statt geheimen Atomtests entdecken US-Militärsatelliten eine rätselhafte Strahlung aus den Tiefen des Alls

Bei einigen Experimenten wünscht man von Herzen, dass sie nie auf etwas stoßen. Messgeräte, die geheime Atomtests aufspüren sollen, zählen für mich eindeutig dazu. Genau diese Aufgabe hatten die amerikanischen „Vela“-Militärsatelliten, die von 1963 bis 1985 den Kalten Krieg überwachten. Ihre Geschichte begegnete mir im Physikstudium mehrmals, sie berührt zwei meiner Spezialgebiete: die Astrophysik und die Atomwaffen-Rüstungskontrolle. Um den glücklichen Ausgang vorwegzunehmen: Die Vela-Satelliten machten zwar ihre Entdeckung, die weltweit für Aufruhr sorgte – doch nicht im Weißen Haus oder Kreml, sondern bei Astrophysikerinnen und Astronomen in aller Welt.

Obwohl sich der Kalte Krieg Anfang der 1960er-Jahre mit der Berlin- und der Kubakrise zuspitzte, hatten die USA und die Sowjetunion 1963 mit dem „Partial Nuclear Test Ban Treaty“ einen historischen Vertrag unterzeichnet: Fortan würden sie auf Atomtests unter Wasser, in der Luft und im Weltraum verzichten. Zuvor hatte es mehrere Hundert offener Atomtests gegeben. Durch sie wuchs weltweit die Sorge vor den wenig erforschten gesundheitlichen Auswirkungen solcher Explosionen. Für großes Aufsehen sorgte etwa die Untersuchung einer US-Universität, die eine stark erhöhte Konzentration radioaktiver Elemente in den Milchzähnen von Kindern nachwies. Das neue Abkommen erlaubte nur noch unterirdische Atomtests. Um zu überwachen, ob sich die Sowjetunion ans Abkommen hielt, entwickelte das US-Militär das „Vela“-Programm, benannt nach dem spanischen Wort für „Wachsamkeit“: Es sollte versteckte Atomexplosionen im Weltall und auf der Erde aufspüren. Die Vela-Satelliten trugen Messgeräte für verschiedene Arten von Strahlung, darunter Röntgen-, Gamma- und Neutronenstrahlung. Dem Experiment durfte kein Fehler unterlaufen: Eine falsche Anschuldigung hätte eine schwere diplomatische Krise auslösen können. Vor allem durften die Satelliten natürliche Signale aus dem All nicht mit einer Atomexplosion verwechseln. Die sicherzustellen war die Aufgabe des Astrophysikers Ray Klebesadel. Er forschte ausgerechnet in Los Alamos – dort, wo die erste Atombombe gebaut worden war. Klebesadel durchforstete also unermüdlich die Aufzeichnungen der Satelliten. Inmitten des üblichen Rauschens der hochempfindlichen Detektoren stieß er 1969 auf kurze, aber heftige Signale von Gammastrahlung, elektromagnetischer Strahlung mit extrem hoher Energie. Messwerte bewiesen: Mit einer Atomexplosion hatte die Strahlung nichts zu tun. Was dann? Da die Strahlung mehrere Satelliten im Abstand weniger Sekunden erreicht hatte, ließ sich aus den genauen Zeitpunkten eine grobe Richtung ihrer Herkunft rekonstruieren. Die Gammastrahlung war derart intensiv, dass Klebesadel die Quelle in der Nähe vermutete. Doch die Strahlung kam nicht von der Erde. Auch nicht von der Sonne. Wahrscheinlich kam sie nicht einmal aus unserem Sonnensystem. Das hieß: Die Quelle musste unvorstellbar stark sein, stärker als alles, was man bis dahin kannte, wenn ihre Strahlung selbst noch in weiter Entfernung so intensiv war.

Die Erkenntnis rüttelte am althergebrachten Weltbild der Astronomie: dem Bild eines beständigen, ruhigen Universums voller behäbiger Himmelskörper und frei von Überraschungen. Demgegenüber stand nun plötzlich die Einsicht: Es musste unvorstellbar gewaltige Ausbrüche geben, die eine derartige Strahlung verursachen könnten. Klebesadel machte sich in den Bergen aus Messdaten der vorangegangenen Jahre gezielt auf die Suche nach weiteren Signalen. Vier Jahre später, 1973, erschien seine bahnbrechende Forschungsarbeit mit dem Titel „Beobachtungen von Gammastrahlenausbrüchen kosmischen Ursprungs“, in der er von insgesamt 16 Ausbrüchen berichtet, die er in den Messdaten von sechs Jahren aufgespürt hatte. Auch in den folgenden Jahrzehnten forschte Klebesadel an vorderster Front mit: Wie viele dieser Ereignisse gibt es? Wo finden sie statt? Was könnten ihre Auslöser sein?

Wie Astrophysiker mit modernen Weltraumteleskopen schließlich herausfanden, haben die Gammablitz ihre Ursprung tatsächlich nicht in unserem Sonnensystem, nicht einmal in unserer Milchstraße. Sie finden in fernen Galaxien statt, Millionen, ja, Milliarden von Lichtjahren entfernt. Aktuell vermuten Forscher, dass sie mit dem Zusammensturz schwerer Sterne zu einem schwarzen Loch zusammenhängen, doch Beweise gibt es dafür noch keine. Und die Vela-Satelliten? Tatsächlich spürten sie bis 1985 eine Reihe oberirdischer Atomtests auf, allerdings von Frankreich und China, Staaten, die nicht das Abkommen unterzeichnet hatten. Für die Unterzeichner-Staaten war die Gefahr hingegen zu groß geworden, durch die Satelliten aufzuziegen. Mittlerweile haben andere das Aufspüren von Atomexplosionen übernommen. Dazu zählt auch das weltumspannende Mess-Netzwerk der internationalen Organisation für einen neuen Teststopp-Vertrag (P.M. 12/2017). Seit jenes Netzwerk vor knapp 20 Jahren in Betrieb ging, hat es übrigens auch die Erforschung von Meeressäugern revolutioniert, vor Tsunamis gewarnt und die Erkennung von Vulkanausbrüchen verbessert. Manchmal kommen wissenschaftliche Erfolge eben unverhofft, während man doch eigentlich nach Atomexplosionen sucht.

„Gebrauchsanweisung für ein Gefühl: LANGEWEILE“

Filipa Lessing

Ihre Erforschung macht Fortschritte, es gibt sogar eine wissenschaftliche Skala für Langeweile. Forscher vermuten: Wer Langeweile richtig nutzt, lebt sogar gesünder.

Tick. Tack. Tick. Blick auf den Handybildschirm. Tack. Dritter Versuch, Instagram neu zu laden. Noch immer kein Netz. Tick. Blick aus dem Zugfenster. Tack. Gibt es da draußen keinen Handymast? Tick. Jede Sekunde dauert eine Ewigkeit. Jegliches Interesse ist erloschen – Langeweile ist den Menschen fast so zuwider wie Hunger oder Durst. Heißt es nicht auch „sich zu Tode langweilen“? Am weitesten verbreitet ist die Langeweile unter Männern, jüngeren Erwachsenen, Unverheirateten und einkommensschwachen Menschen. Das stellten Finanzökonomin Alycia Chin und die Verhaltensforscherin Amanda Markey in einer 2017 veröffentlichten Studie fest. (...) Die Unterschiede im Langeweile-Empfinden ließen sich zu einem Drittel mit der Situation erklären, in der sich die Probanden gerade befänden, schieben die Autorinnen. Wer lernt oder arbeitet langweilt sich eher als jemand, der Sport treibt oder mit der Körperpflege beschäftigt ist. Auch Situationen, in denen die eigene Autonomie eingeschränkt ist, etwa bei der Zusammenarbeit mit Kollegen, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit als langweilig empfunden. Dennoch: Langeweile ist ein Luxusgut, ein Phänomen der Moderne. Der Gelangweilte muss nicht mehr um sein Überleben kämpfen, fühlt sich sicher und hat genug freie Zeit. (...) Ein neuer Faktor der Langeweileforschung ist das Handy: Ein durchschnittlicher Nutzer schaut drei Stunden täglich auf sein Smartphone. 55-mal am Tag nimmt er es in die Hand. Beeinflusst das Smartphone das Langeweile-Empfinden?

Jeder kann intuitiv erklären, was Langeweile ist. Die Wissenschaft indes tut sich schwer mit einer allgemeingültigen Definition. Denn noch immer gibt es keine standardisierte Methode, um das Gefühl exakt im Labor zu erzeugen. Die Forscher behelfen sich etwa mit Aufnahmen von einer Nacktschnecke auf einem Holzbrett oder von trocknender Farbe, sie lassen die Probanden Adressen korrigieren, Muttern auf Schrauben drehen oder auf eine weiße Wand starren. Sicher ist bisher: Langeweile ist ein emotionaler Zustand. Sie lebt von der Diskrepanz zwischen dem inneren Wunsch nach einer bedeutungsvollen Aktivität und der äußeren Situation, welche die Befriedigung dieses Wunsches verhindert, etwa, wenn äußere Reize komplett fehlen oder man sich nicht mehr auf diese Reize konzentrieren will oder kann. (...)

Ist das Gehirn nicht ausgelastet, wird der insuläre Cortex nahezu ausgeschaltet, also jeder Teil der Großhirnrinde, der für das kontrollierte Handeln und Denken verantwortlich ist. Das Aufgabennetzwerk ist deaktiviert, stattdessen wird das Ruhezustandsnetzwerk aktiviert. Das bedeutet: Die Gedanken beginnen zu wandern. Die Gründe dafür sind noch nicht endgültig geklärt. Bildungsforscher und Psychologe Thomas Götz hält Langeweile für ein Signal: „Sie zeigt uns, dass etwas in der Situation nicht passt, dass die Situation persönlich nicht wichtig ist. Sie ist ein Signal, die Dinge zu ändern.“ Die amerikanische Psychologin Malia Mason sieht einen möglichen Sinn in der Reflexion von sich selbst: Wer bin ich? Wo bin ich? Wo will ich hin? Langeweile helfe, sich besser zu verstehen. Nicht umsonst wird das Ruhezustandsnetzwerk auch mit Tagträumen assoziiert. Durch die mentalen Zeitreisen kann der Mensch zudem besser einschätzen, wie Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart miteinander zusammenhängen. Auch monotone Aufgaben können dadurch leichter ertragen werden. Tagträumen beflügelt die Kreativität, und womöglich verdanken wir ihr einige große Einfälle der Menschheit. Einstein hatte seine Idee zur Allgemeinen Relativitätstheorie, während er als technischer Experte beim Patentamt arbeitete, ein Routinejob. Joanne Rowling erfand Harry Potter auf einer langen und verspäteten Zugfahrt von Manchester nach London. (...)

Wer sich langweilt, ist normalerweise körperlich erregt. Der Blutdruck fällt, das Herz schlägt schneller, und die Stresshormone steigen an. Der Stoffwechsel des Körpers geht um bis zu fünf Prozent zurück. Auf Dauer schadet Langeweile daher: Das Bore-out-Syndrom, eine Folge chronischer Unterforderung, ähnelt in seinen Symptomen dem Burn-out-Syndrom, in dem Betroffene durch zu viel Stress ausbrennen. Britische Mediziner wollen sogar einen Zusammenhang zwischen häufiger Langeweile und einem frühzeitigen Tod festgestellt haben. Langeweile selbst stellt demnach zwar kein Gesundheitsrisiko dar, dafür aber das Verhalten, das mit ihr einhergeht: Menschen, die sich häufig langweilen, achten weniger auf gesunde Ernährung oder körperliche Betätigung. Sie rauchen mehr und trinken häufiger Alkohol. Sie leiden eher an psychischen Problemen, lassen sich schneller scheiden und haben eine höhere Reaktionszeit bei unerwarteten Gefahren. Auch der Zusammenhang von Langeweile und Depressionen ist wissenschaftlich belegt – allerdings ist die Kausalität noch nicht geklärt. (...)

Das Gefühl der Langeweile hängt eng mit dem Nucleus accumbens, dem Belohnungszentrum im Gehirn, zusammen. Erhält oder erwartet dieses motivierende Reize, schüttet es das Glückshormon Dopamin aus. Fehlen dagegen spannende Stimuli, dockt irgendwann der Müdemacher Adenosin an die Rezeptoren an und hemmt damit die Ausschüttung von Dopamin. Die Folge: Der Gelangweilte wird müde. Dagegen hilft, wenig überraschend, Koffein. Bei langweiligen Telefonaten oder Konferenzen stärkt das Kritzeln von Blumen oder Mustern auf einem Papier die Aufmerksamkeit. (...)

Ganz vermeiden sollte man das Gefühl trotzdem nicht. Denn je häufiger und schneller man bei Langeweile zu einfacher Ablenkung greift, desto eher wird die permanente Aufregung zur Normalität – bis irgendwann auch das Aufregende langweilig ist. „Langeweile ist wichtig, um Dinge zu verändern im Leben“, sagt Thomas Götz. „Und wenn man immer sofort zum Smartphone greift, nimmt man das nicht wahr. Wenn man diesem Impuls dauernd folgt, vergibt man sich die Chance zur Veränderung.“ Bisher gibt es für diese Vermutung jedoch keine validen Daten.

Universitäten unter Leistungsdruck

André Kieserling

Überall auf der Welt sind die Universitäten periodisch wiederholten Leistungsvergleichen ausgesetzt. Einige unter ihnen reagieren darauf, indem sie für möglichst jeden Aspekt ihrer Leistungsbilanz einen eigenen Spezialisten anstellen, der sich um die Verbesserung der entsprechenden Kennziffern bemüht. Es sollen also die Quote der Studienabbrecher gesenkt, der Notendurchschnitt verbessert, die Forschungsleistung gesteigert und die Wege der Absolventen in den Arbeitsmarkt verkürzt werden.

Aber was können all diese Fachleute tun, die ja ihrerseits weder an der Forschung noch an der Lehre oder an den Personalentscheidungen der Wirtschaft beteiligt sind, sondern all dies nur aus der Distanz beobachten können? Manche von ihnen sind damit befasst, den Studenten, so diese es wünschen, ihre Schreibhemmungen abzutrainieren oder sich bei Wissenschaftlern, die wenig publizieren, nach den dafür bestehenden Gründen zu erkundigen. Andere sorgen für ein Angebot an Kursen, in denen Professoren didaktische Kenntnisse erwerben können, häufig ohne viel Resonanz, und wieder andere konzentrieren sich auf Wohlfühlbegriffe wie Lehrkultur und schreiben schließlich sogar längere Texte darüber, die jeder Lehrende weltfremd findet.

Angesichts knapper Mittel kann das Wachstum im Bereich dieser gutgemeinten Stabsstellen auf Kosten des wissenschaftlichen Personals gehen. Schon hört man Professoren klagen, es sei an ihrer Universität inzwischen leichter, drei neue Stellen für erfolgreiche Arbeitsvermittlung einzurichten als eine neue Professur. Die offizielle Rechtfertigung für dieses Anwachsen der Verwaltungsstellen lautet natürlich, dass die Universität nur auf diese Weise im allgegenwärtigen Wettbewerb zu bestehen vermöge und dass dies am Ende doch auch den Professoren zugutekomme. Den Klagen jener Professoren, die sich hier ja als Interessenten und nicht als Wissenschaftler äußern, muss man nicht unbedingt glauben. Aber auch Organisationssoziologen werden dazu tendieren, die Vermehrung der Fachleute für Qualitätsverbesserung für ineffektiv zu halten. Sie sehen das Hauptproblem darin, dass es weder für Forschung noch für Lehre eine erfolgssichere Technologie gibt. Die Forschung, so ein Argument, habe es mit unbekanntem Sachverhalten zu tun und die Lehre mit frei über sich selbst verfügenden Individuen, und weder hier noch dort lasse sich der gewünschte Erfolg einfach herbeiorganisieren.

Die Hochschulleitung könne, so Niklas Luhmann in einem Text, den er Reinhard Mohn, dem Gründer der Bertelsmann Stiftung, einst zum Geburtstag schrieb, auf Forschung und Lehre nicht wirklich zugreifen. Das zu erwartende Resultat sei daher auch nicht, dass mehr gelernt oder besser geforscht werde, eher schon sei zu erwarten, dass eine Bürokratie die andere reformiere, und zwar mit dem einzigen Ergebnis, dass beide anwachsen. Nun hat die britische Organisationssoziologin Roxana-Diana Baltaru eine Untersuchung vorgelegt, die sich erstmals empirisch mit der Frage nach der Effektivität jener neuartigen Verwaltungsstellen befasst. Für einhundert Universitäten ihres Landes lagen ihr anderweitig schon erhobene Daten vor, die ihr für das knappe Jahrzehnt zwischen den Jahren 2003 bis 2011 zwei Dinge zeigten: die Karriere der untersuchten Universitäten in den Rankings dieser Zeit und die Änderungen in der Zusammensetzung ihres Personals. Also konnte sie fragen, ob Universitäten, die Stellen für Leistungsverbesserung eingerichtet haben, dafür durch bessere Werte in Leistungsvergleichen belohnt wurden. Um den gesuchten Effekt zu isolieren, wurden andere Variablen wie etwa die Größe der Universität, die Höhe der Zulassungshürden oder die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden kontrolliert.

Die sorgfältige Untersuchung führt zu einem recht eindeutigen Ergebnis. Der einzige Punkt, an dem die Investition in die hauseigenen Berufsreformer sich auszahlte, waren leichte Zunahmen in den Abschlussquoten der Studenten, und auch dies nur bei maßvollem Einsatz zusätzlichen Personals. Vereinfacht gesagt: Eine einzige Stelle mit entsprechender Zuständigkeit mag sich lohnen, aber drei davon verdreifachen nicht etwa den gesuchten Erfolg, eher im Gegenteil.

Auf andere Aspekte in der Leistungsbilanz der Universität hatte der vermehrte Einsatz der Fachleute keine Auswirkungen. Wohl aber zeigte sich, dass günstigere Betreuungsrelationen – und das kann heißen: die Investition in mehr Professuren – neben der Forschungsqualität auch die Abschlussnoten und Arbeitsmarktchancen der Absolventen verbesserten. Für Organisationssoziologen kommt dieses Ergebnis nicht überraschend. Sie können es vielmehr als Bestätigung ihrer eigenen Theorie über den Sonderstatus der Universitäten unter den Organisationen der modernen Gesellschaft lesen. Universitäten sind keine schlecht geführten Unternehmen, sondern soziale Gebilde eines anderen Typs: Ihnen fallen Erfolge wie Misserfolge eher zu, als dass sie in durchsichtigem Zusammenhang zu eigenen Entscheidungen stünden.

"Der Osten bekam die D-Mark, gebraucht hätte er Wertschätzung"

Benjamin Bidder

Der Fotoreporter Daniel Biskup hat Fluchten aus der DDR, Mauerfall und Wendejahre mit der Kamera begleitet. Er erlebte die Umbruchzeit und benennt, warum die Ostdeutschen im Landtagswahljahr 2019 noch immer enttäuscht sind.

Zur Person:

Daniel Biskup, Jahrgang 1962, gelernter Postbote, ist einer der wichtigsten zeitgenössischen Fotojournalisten. Im Zuge der Wende 1989/90 erlebte er seinen Durchbruch als Fotograf und hat Prominente aus aller Welt abgelichtet. Biskup lebt mit seiner Familie in Augsburg und Berlin. Seine Ausstellung "Nach dem Mauerfall" läuft vom 14. Februar bis 25. August 2019 im Museum in der Kulturbrauerei Berlin, Stiftung Haus der Geschichte.

Ein Interview von Benjamin Bidder

Bidder: Herr Biskup, haben Sie 1989 damit gerechnet, dass die Grenze geöffnet wird - und offen bleibt?

Biskup: Ich hatte die Antennen oben. Schon am 4. November 1989 war alles anders: Bei einer Demonstration redeten Jan Josef Liefers, Lothar Bisky, Stefan Heym - und das DDR-Staatsfernsehen hat live berichtet, unzensuriert. Das war das klare Zeichen, die DDR-Führung muss sich warm anziehen. Noch waren es nur Puzzleteilchen. Wie das fertige Bild am Ende aussehen würde, das habe ich auch nicht geahnt.

Bidder: Am Tag nach der Maueröffnung schwänzten Sie am 10. November 1989 einen Fototermin für die "Süddeutsche Zeitung" in Bayern, um in Berlin zu fotografieren. Hatten Sie kein Fracksausen?

Biskup: Überlegt habe ich keine fünf Minuten: Wenn nach 28 Jahren die Mauer fällt, muss ich da hin. Ich hatte ja vorher schon die Ankunft der Flüchtlinge in Budapest fotografiert, später dann die ersten ankommenden Trabis an der deutsch-deutschen Grenze.

Bidder: War Ihnen die "Süddeutsche Zeitung" wegen der spontanen Absage nicht gram?

Biskup: Als ich den Chef der Bayernredaktion morgens um acht von einer Berliner Telefonzelle anrief, sagte er: Zum Glück bist du dahin gefahren!

Bidder: Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls haben Sie einen Bildband zusammengestellt und machen Ausstellungen mit bislang unveröffentlichten Aufnahmen, von der Wendezeit bis 1995.

Biskup: Am 3. Oktober 1990 habe ich die Wiedervereinigung fotografiert, aber auch die Jahre danach hautnah miterlebt. Mich beschäftigt die Frage, was nach dem "Tag der Einheit" kam. Ich glaube, dass dort eine der Erklärungen für manche Prozesse liegt, für die unsichtbare Grenze, die wir noch immer zwischen Ost- und Westdeutschland sehen...

Bidder: ...wie etwa das Kopfschütteln, mit dem im Westen die AfD-Wahlergebnisse im Osten quittiert werden?

Biskup: Es lohnt sich, zurückzudenken an die Anfangsjahre der deutschen Einheit, die im Westen oft vergessen werden. Die Ostdeutschen wollten die Wiedervereinigung. Aber sie hatten keine Vorstellung, was auf sie zukam: dass 80 Prozent der Industriearbeitsplätze binnen kürzester Zeit verschwinden würden. Der Westen hatte auch kaum Interesse an Erhalt oder Sanierung der Ostindustrie. Dann kam die Währungsunion: Die Umstellung von Ost- auf D-Mark war für viele Bürger ein glücklicher Tag. Für viele Ostbetriebe aber war es der Todesstoß, weil zahlreiche Kunden im Ostblock die neuen D-Mark-Preise über Nacht nicht mehr zahlen konnten. Und weil die Bürger D-Mark-Kaufkraft hatten, brach die Nachfrage für Ostprodukte schlagartig weg.

Bidder: Ihre Fotos zeigen Fabrikarbeiter, Demonstranten oder Schornsteinfeger, fast nie bekannte Gesichter dieser Jahre. Warum?

Biskup: Das ist der Alltag der Wendezeit. Für die Menschen im Westen blieb ihr eigenes Leben praktisch unverändert. Im Osten wurde alles auf den Kopf gestellt: Man sprach zwar immer noch Deutsch, aber alle Prinzipien des Zusammenlebens waren andere geworden. Für viele bedeutete das auch: Was sie gelernt hatten, war auf einmal nichts mehr wert. Ganze Lebensentwürfe wurden entwertet. Viele Studienabschlüsse wurden nicht anerkannt, Menschen mussten weit unter Wert arbeiten.

Ökonomen rechnen vor: Die „Rente mit 63“ ist viel teurer als gedacht

Kerstin Schwenn

Die von der schwarz-roten Koalition beschlossene „Rente mit 63“ kostet mehr Milliarden als veranschlagt. Und das ist noch nicht alles.

Die „Rente mit 63“ wird teurer als gedacht. Nach Berechnung des Münchner Ifo-Instituts sind durch diese Art der Frührente, eingeführt vor fünf Jahren von der schwarz-roten Koalition, von 2014 bis 2016 direkte Mehrausgaben von 6,5 Milliarden Euro entstanden. Die Bundesregierung hatte in ihrem Gesetzentwurf nur 5 Milliarden Euro erwartet.

„Werden Ausfälle an Steuern und Sozialbeiträgen hinzugerechnet, liegen die Gesamtkosten in dem Zeitraum sogar bei 12,5 Milliarden Euro“, berichteten die Ifo-Forscher Carla Krolage und Mathias Dolls an diesem Dienstag. „In den kommenden Jahren ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen, wenn noch größere Geburtsjahrgänge die abschlagsfreie vorzeitige Rente in Anspruch nehmen können.“

Altersgrenze liegt jetzt höher

Die Rente mit 63 erlaubt es Versicherten, nach 45 Beitragsjahren eine „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ ohne Rentenabschläge und damit ohne finanzielle Einbußen in Anspruch zu nehmen. Zu den 45 Jahren zählen auch Kindererziehungszeiten und bestimmte Zeiten der Arbeitslosigkeit. Erreichen sie die 45 Beitragsjahre nicht, müssen Versicherte derzeit bei einem Renteneintritt mit 63 Jahren je nach Geburtsjahrgang Abschläge von 7,2 bis 9,9 Prozent in Kauf nehmen.

Allerdings ist die „Rente mit 63“ eine „Rente ab 63“: Parallel zur Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalter auf 67 Jahre stieg auch die Altersgrenze für die abschlagsfreie Frührente. In diesem Jahr können Versicherte des Geburtsjahrgangs 1956 eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren und 8 Monaten beantragen.

Männer gehen früher

Nach dem Bericht des Ifo-Instituts gehen Menschen, für die eine „Rente ab 63“ in Frage kommt, im Durchschnitt 5,4 Monate früher in Rente als Personen, die bei einem vorzeitigen Ruhestand Abschläge in Kauf nehmen müssten. „Insbesondere erwerbstätige Männer reagieren stark auf die Reform. Sie gehen durchschnittlich neun Monate früher in Rente, Frauen im Schnitt vier Monate“, teilte das Ifo mit.

Die Frührentner bekämen im Schnitt deutlich höhere Renten als Menschen, die nur mit Abschlägen in Frührente gehen könnten. Die Ifo-Forscher warnen: „Die Rente mit 63 schwächt die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie stellt eine mit hohen Kosten verbundene Umverteilungsmaßnahme von Beitragszahlern und Beziehern kleinerer Renten zu Rentnern mit vergleichsweise hohem Einkommen da.“

Mehr als eine Million Anträge in fünf Jahren

Die hohe Nachfrage nach der abschlagsfreien Rente ab 63 war auch im vergangenen Jahr ungebrochen: 2018 wurden 251.000 Anträge gestellt, fast so viele wie 2017. In Anbetracht von insgesamt 1,64 Millionen neuen Rentenansprüchen entfiel also damit in etwa jeder siebte auf die Rente ab 63.

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund stellten seit Inkrafttreten der Neuregelung im Juli 2014 fast 1,2 Millionen Arbeitnehmer einen Antrag. An sie zahlt die Rentenversicherung für die Frührente jeden Monat rund 1,6 Milliarden Euro. Auch die Rentenversicherung begründet die hohen Kosten mit dem Umstand, dass die Frührentner wegen ihrer langen Versicherungszeiten besonders hohe Renten erhielten.

Männer im Westen bekamen 2017 im Schnitt 1457 Euro, Männer im Osten 1166 Euro. Bei Frauen lag die „Rente für besonders langjährig Versicherte“ im Westen bei 1058 Euro, im Osten bei 1076 Euro.

"In Deutschland macht man das besonders gerne: die Barbie verurteilen"

Friederike Zoe Grasshoff

Am 9. März 1959 wurde die erste Barbie in New York vorgestellt. Ob Bettina Dorfmann Barbies Sechzigsten feiert? Immerhin umfasst ihre Sammlung 18 000 Exemplare.

Barbie, als ewig umstrittene Kunstfigur eigentlich so alterslos wie Homer Simpson, Inbegriff aller Plastik-Klischees, wird 60. Am 9. März 1959 wurde die erste Puppe in New York vorgestellt. Oft geißelt als anorektisches Sexobjekt, gibt es sie mittlerweile auch in vermeintlich "kurvig", als Roboter-Ingenieurin und mit Hidschab. 18000 dieser Puppen besitzt Bettina Dorfmann, 58, die in Düsseldorf eine Puppenklinik betreibt und es mit ihrer Sammlung ins Guinnessbuch der Rekorde geschafft hat.

SZ: Frau Dorfmann, wieso widmen Sie Ihr Leben einer Puppe aus Plastik?

Bettina Dorfmann: Barbie erinnert mich an meine Kindheit. Ich habe keine Geschwister und sehr viel mit ihr gespielt. Man kann für sie häkeln, man kann ihr verschiedene Rollen geben, Wohnungen für sie bauen. Meine erste Barbie, Midge hieß sie, habe ich von meinen Eltern zur Einschulung bekommen. Ich mochte sie sofort und wünschte mir dann eine zum Geburtstag, zu Weihnachten. Bis ich 28 Stück hatte. Irgendwann landeten sie im Keller. Aber als meine Tochter drei war, kramte ich sie wieder raus.

SZ: Und, konnte sie damit irgendetwas anfangen?

Bettina Dorfmann: Sie war noch zu klein. Und die Barbies waren auch zu altmodisch: Eine hatte sogar einen Plattenspieler. Dafür entdeckte ich meine alte Liebe zur Barbie wieder. Also reparierte ich die alten Puppen, ging auf Sammlerbörsen und realisierte, dass auch die neuen Barbies ein Spiegel unserer Zeit sind - und dass die ganz viele Themen haben. Man denkt immer, das ist nur 'ne Puppe, die man an- und auszieht. Aber das ist sie ja nicht.

SZ: Ist sie nicht?

Bettina Dorfmann: Sie hat Abi. Sie hat Berufe bis hin zur Präsidentin und zur Kanzlerin, ist zum Mond geflogen, hat Zahnmedizin studiert. Es gibt Barbies im Rollstuhl, Arme-Barbies, Marilyn Monroe, Frank Sinatra, Harry Potter. Und seit einiger Zeit gibt es nicht mehr nur die blonde, weiße Barbie, es gibt sie als Ingenieurin und nicht mehr ganz so dünn. Aber es ist und bleibt ein Püppchen, das hübsch und undick zu sein hat. Das sagen Leute, die sich nicht damit beschäftigen, immer. In Deutschland macht man das besonders gerne: die Barbie verurteilen. Babypuppen von heute haben doch auch riesige Köpfe und wären in echt nicht lebensfähig. Da stört sich keiner dran, es heißt nur ständig: Die Barbie ist blond und dumm. Gehen Sie mal zu einer Barbie-Börse, da ist niemand, der sich umoperieren lässt oder hungert oder aussehen will wie eine Puppe. In Ratingen organisiere ich eine Ausstellung, "Busy Girl - Barbie macht Karriere", da geht es um die Berufstätigkeit der Frau von 1959 bis heute. Und da kann man sehen, dass Barbie nicht nur ein Püppchen ist. Sie stand immer im Leben.

SZ: Barbies sind also nicht frauenfeindlich?

Bettina Dorfmann: Im Gegenteil. Barbie kann alles sein, sie ist emanzipiert und kann jeden Beruf ausüben, den sie will. Ich bin für die Gleichberechtigung und habe mich immer darüber geärgert, dass man als Frau doppelt so viel leisten muss, um Erfolg zu haben.

Deutsche Firmen planen mit hartem Brexit

David Böcking

Noch immer verspricht die britische Regierungschefin May einen EU-Austritt mit Vertrag zum Monatsende. Nach SPIEGEL-Informationen erwarten die meisten betroffenen Unternehmen in Deutschland einen anderen Ausgang.

Worauf sollen wir uns einstellen? Diese Frage stellen sich Unternehmer auf beiden Seiten des Ärmelkanals, seit die Briten im Juni 2016 für den EU-Austritt stimmten. Eine Antwort gibt es bis heute nicht. Premierministerin Theresa May will erst kommende Woche die letzten Abstimmungen über ihren Austrittsplan abhalten. Dennoch beteuert sie, es sei weiterhin ihr Ziel, "die Europäische Union mit einem Vertrag am 29. März zu verlassen."

Die Auffassung von deutschen Unternehmen mit Handelsbeziehungen nach Großbritannien ist mehrheitlich eine andere. Das zeigt eine noch unveröffentlichte Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte in Kooperation mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie, die dem SPIEGEL vorliegt. Demnach planen 36 Prozent der befragten Unternehmen mit einem harten Brexit, also einem Austritt ohne Vertrag.

Nur gut ein Viertel geht hingegen davon aus, dass bis Ende März ein Austrittsabkommen mit Übergangsphase steht. Mit einer Verlängerung der Verhandlungsfrist, wie von May in Aussicht gestellt, plant ein weiteres Viertel. An eine komplette Kehrtwende, den "Exit vom Brexit", glauben nur sechs Prozent.

Falls es tatsächlich zum harten Brexit kommt, erwartet knapp die Hälfte der Unternehmen einen hohen oder sehr hohen Schaden fürs eigene Unternehmen. Etwas höher liegt der Anteil jener, die nur niedrige oder sehr niedrige Schäden erwarten. Jedes vierte Unternehmen plant im Fall eines harten Brexits Stellenstreichungen.

Deutlich höher liegt dieser Anteil mit jeweils 35 Prozent bei der eng verwobenen Autobranche, dem in Großbritannien traditionell starken Bankensektor sowie bei Konsumgüterherstellern. Letzteren drohten bei einem Austritt ohne Vertrag deutlich höhere Zölle nach den Vorgaben der Welthandelsorganisation, sagt Alexander Börsch, Chefökonom bei Deloitte. "Sie wären von einem harten Brexit stark betroffen."

Schon jetzt verzeichnen viele der Befragten Auswirkungen des bevorstehenden Brexits. Von einer erschwerten Planung des Geschäfts mit Großbritannien berichten 45 Prozent, 35 Prozent haben wegen der Unsicherheit Investitionen zurückgestellt und 30 Prozent machen die Schwankungen des britischen Pfunds seit dem Referendum zu schaffen.

Auch die Vorbereitungen laufen trotz aller Unsicherheit längst. So haben 60 Prozent der befragten Automobilhersteller bereits britische Zulieferer oder Dienstleister ausgetauscht oder planen dies in Kürze. Im Handel erhöhten 57 Prozent ihre Lagerkapazitäten oder haben es bald vor. Es gehe darum, in einer möglichen Phase kompletter Unsicherheit lieferfähig zu bleiben, sagt Börsch. "Vor allem Lager in Hafennähe sind derzeit sehr schwer zu finden."

Unternehmer unterstützen Zentralisierung der EU

Die Lehre aus dem Brexit-Chaos ist für die meisten Unternehmer eher mehr Europa als weniger: 39 Prozent sind für eine stärkere allgemeine Integration und Zentralisierung, zu der auch ein Euro-Finanzminister oder Eurozonen-Budget gezählt werden. Weitere 35 Prozent wollen zumindest in ausgewählten Bereichen wie Außenpolitik oder Migration mehr Integration. Eine Rückgabe von Kompetenzen an die EU-Mitgliedstaaten wünschen dagegen nur 13 Prozent. Zwar hätten schon frühere Umfragen eine Unterstützung für die EU gezeigt, sagt Börsch. "Damals ging es aber noch eher um eine punktuelle Integration."

Trotz der negativen Erwartungen hat erst gut die Hälfte der befragten Unternehmen einen Notfallplan für den Fall eines harten Brexits erarbeitet. Knapp ein Drittel will diesen nun "zeitnah erstellen". Falls es doch bei einem Austritt zum Monatsende bleibt, dürfte das ziemlich knapp werden.

Für die Studie wurden vom 7. bis 15. Februar insgesamt 262 deutsche Großunternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien befragt. Knapp zwei Drittel der Teilnehmer exportieren auf die Insel, 44 Prozent importieren von dort und fast die Hälfte hat eine Niederlassung vor Ort.

Mit dem WhatsApp-Effekt wiegt Zuckerberg seine Nutzer in Sicherheit

Benedikt Fuest

Facebook soll künftig zum privaten Netzwerk werden – der Schutz der Nutzerdaten werde oberstes Prinzip. Eine 180-Grad-Wende, um Vertrauen zurückzugewinnen. Interessant ist jedoch, was Konzernchef Zuckerberg alles nicht sagt.

Als Mark Zuckerberg 2003 seine erste soziale Webseite „FaceMash“ programmierte, basierte diese auf einem Privatsphäre-Verstoß: Zuckerberg brach in das gesicherte Netzwerk seiner Universität Harvard ein und stahl Passfotos seiner Kommilitonen aus der Datenbank für Studiausweise. Der Datenbank-Bruch kostete Zuckerberg beinahe seinen Studienplatz. Die Offiziellen der Universität verdeutlichten dem jungen Studenten eindringlich, dass die Zweckentfremdung der Bilder gegen die Persönlichkeitsrechte seiner Mitstudenten verstieß.

Ein Jahr später gründete Zuckerberg das soziale Netzwerk Facebook – und überzeugte seine Nutzer davon, ihm ganz freiwillig ihre Bilder zur Veröffentlichung zu überlassen. 15 Jahre lang war Öffentlichkeit das neue Normal in sozialen Netzwerken. Doch nun, nach massiver Kritik an Facebook aufgrund der Datenschutzskandale der vergangenen Jahre, erinnert sich Zuckerberg an die Harvard-Lektion aus dem Jahr 2003 und veröffentlicht einen erstaunlichen Text: Privatsphäre soll künftig Facebook prägen, der Konzern legt eine 180-Grad-Wende hin.

In einem Essay von über 3000 Wörtern erklärt der 34-jährige CEO, dass der Schutz der persönlichen Daten seiner Nutzer künftig das höchste Ziel seiner Plattform ist – dafür soll Facebook umgebaut werden: „Öffentliche soziale Netzwerke werden weiterhin sehr wichtig in den Leben der Menschen bleiben – um sich mit anderen zu verbinden, um neue Leute, Ideen und Inhalte zu entdecken und um Menschen Öffentlichkeit zu geben“, schreibt Zuckerberg. „Aber jetzt, wo Menschen auch privat interagieren wollen, gibt es eine Möglichkeit, eine einfachere Plattform zu bauen, die auf Privatsphäre fokussiert ist.“

Zuckerberg kündigt in seinem Text eine ganze Reihe von Änderungen für sein Netzwerk an: Künftig soll die Verschlüsselung in allen Anwendungen verbessert werden, zudem will Zuckerberg seine Server aus autoritär regierten Ländern zurückziehen. Beide Schritte sollen helfen, die Nutzerdaten vor einem Zugriff von außen zu schützen. Durch die Implementierung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll jedoch auch Facebook selbst nicht länger mitlesen können, was etwa im Messenger gechattet wird.

Auf Facebooks mobiler Plattform WhatsApp ist diese Verschlüsselung bereits jetzt Standard – künftig könnte dieser Standard für das ganze Netzwerk gelten. Bereits vor einigen Wochen hatte Facebook angekündigt, bald nur noch eine Infrastrukturplattform und eine Softwarebasis im Hintergrund für alle Dienste und Apps des Unternehmens verwenden zu wollen. Die Details der neuen Plattform jedoch könnten eher an eine private WhatsApp-Gruppe erinnern als an das Facebook, wie es bisher bekannt ist.

Weiterhin schreibt Zuckerberg von der Idee, dass Kommunikation künftig vergänglich sein soll: Nachrichten werden nicht wie bisher ewig gespeichert, sondern bekommen ein internes Verfallsdatum, können nach Tagen oder Monaten automatisch gelöscht werden. Facebook will die Jugendsünden seiner Nutzer vergessen.

Wie jedoch diese neuen Privatsphäre-Vorgaben mit dem Facebook-Geschäftsmodell zu vereinbaren sind, das erklärt Zuckerberg in seinem Aufsatz nicht. Auch kündigt er nicht an, dass Facebook selbst künftig weniger Metadaten seiner Nutzer sammeln will. Die grundlegende Idee, den Werbekunden den Zugriff auf Zielgruppen nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Freundeskreisen und Interessen sortiert zu verkaufen, bleibt auch im neuen Facebook erhalten. Dabei war genau diese Datensammlung und ihre Weitergabe an Entwickler von Apps der Stein, der die Facebook-Skandallawine der vergangenen Jahre ins Rollen brachte.

Zudem ist der Inhalt der Kommunikation für Facebook bereits aktuell nicht sonderlich relevant – viel lukrativer aus Sicht der Werbevermarkter ist, die öffentlich geäußerten Interessen der Nutzer – etwa über Mitgliedschaft in Gruppen – mit Wohnorten und sozioökonomischen Daten zu verknüpfen. Darüber jedoch äußert Zuckerberg ebenfalls nichts Substanzielles. Personalisierte Werbung wird es weiterhin geben.

Klimaproteste: Deutschlands neue grüne Jugend

Jeannette Cwienk und Franziska Apfel

Es ist kalt an diesem Januarmorgen vor dem Kölner Hauptbahnhof. Unter den Menschen, die aus der Bahnhofshalle treten, sind für die Uhrzeit ungewöhnlich viele Jugendliche. Die meisten kommen in kleinen Gruppen, andere sind auf dem Bahnhofsvorplatz mit Freunden verabredet. Viele haben bemalte Pappschilder dabei. "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut", ist darauf zu lesen, oder auch: "Wir lernen nicht für eine zerstörte Zukunft".

Wie in vielen anderen großen Städten protestieren die Schülerinnen und Schüler vor dem Kölner Hauptbahnhof für einen besseren Klimaschutz - Schulstreik statt Unterricht. Angeregt durch die schwedische Schülerin Greta Thunberg, die freitags nicht zur Schule geht, sondern mit ihren Schulbüchern vor dem Parlament in Stockholm gegen den Klimawandel protestiert, hat sich auch hierzulande das lockere Aktionsbündnis "Fridays for Future" gebildet. Die Botschaft der Jungen an die Alten: Ihr verspielt unsere Zukunft, weil ihr nicht genug für die Umwelt tut. Lena und Leonie, beide 15 Jahre alt, sind aus dem Kölner Umland angereist. Die Schülerinnen sind keine klassischen Klima-Aktivistinnen, im Gegenteil, dies sei ihre erste Demonstration, sagen sie. Aber das Thema sei einfach wichtig und gehe jeden an - "auch wenn man nicht so super informiert ist". Der 17-jährige Benjamin ist gekommen, um "ein Zeichen zu setzen" und seine Mitschülerin Hannah, 16-Jahre, will "zeigen, dass wir eine Meinung haben".

Tatsächlich sind Deutschlands Teenager derzeit so politisch interessiert wie selten zuvor. Das Thema, das sie am meisten interessiert und umtreibe, sei seit langem der Umweltschutz, sagt Jugendforscher Klaus Hurrelmann von der Hertie School of Governance. Das Interesse der jungen Generation erstreckt sich auf alle Bereiche, die mit der Umwelt zu tun haben, erläutert der Jugendforscher. Ob Verschmutzung der Ozeane durch Plastik und Mikroplastik, ob Insektensterben als Folge der industriellen Landwirtschaft oder eben die Klimaerwärmung: "Die Jugendlichen spüren intuitiv: Das sind unsere existenziellen natürlichen Grundlagen, die möchten wir nicht in Gefahr sehen." Die Zahlen von Umweltverbänden spiegeln das gewachsene Umweltbewusstsein der Jugend wider. So verzeichnete der BUND Deutschland laut eigenen Angaben den höchsten Mitgliederzuwachs bei Menschen unter 27 Jahren. Beim WWF sind bundesweit rund 12.000 Jugendliche aktiv, noch einmal so viele seien online engagiert, so der Umweltverein.

Ist die Jugend nicht eigentlich der Lebensabschnitt der Unbeschwertheit und Sorglosigkeit?

Sie habe sich schon mit 12 Jahren für Umweltfragen interessiert, sei dann dem WWF beigetreten, sagt die 16-jährige Jana. "Ich kann nicht von Unbeschwertheit reden, wenn ich in die Zukunft blicke. Die extreme Sommerdürre, die Hitzeperioden weltweit, das alles ist ja nur ein Vorspiel auf das was noch kommt und das macht mir schon Angst."

Wütend auf ihre Eltern sind die meisten Jugendlichen nicht. Aber sie machen die Umwelt auch zu Hause zum Thema - und ernten dort mit ihren Veränderungsvorschlägen meist Unterstützung: Eltern, die nun auch weniger Fleisch essen und öfter mal das Auto stehen lassen wollen. Eine Elterngeneration mit schlechtem Gewissen, die sich von ihren Kindern mitziehen lässt? So scheint es. Doch sind "die Jungen" wirklich so viel besser als "die Alten"? Ja und nein, sagt Forscher Klaus Hurrelmann. "Zwar haben der Schutz der Umwelt und die Erhaltung der Lebensgrundlagen einen sehr hohen Stellenwert, aber das immer und ganz konsequent im persönlichen Alltag umzusetzen, das fällt auch den Jugendlichen vielfach schwer." Man lasse sich eben doch gerne mal zur Schule fahren anstatt das Fahrrad zu nehmen. Auch der Verzicht auf Plastikverpackungen falle oft nicht leicht.

Aber jeder könne etwas ändern, meint Jana. "Öffentliche Verkehrsmittel nutzen statt Autos, keine Billigmodekaufen und weniger Fleisch essen." Vor allem aber sei es wichtig, anderen davon zu erzählen um, wie hier auf den Schülerstreiks, ein Zeichen zu setzen. Denn, davon ist Jana überzeugt: "Nur wenn sich viele engagieren kann es eine echte Veränderung geben."

Deutschland soll bis 2038 alle Kohlekraftwerke abschalten. Was bedeutet das?

Andreas Energie

35 Prozent des deutschen Stroms erzeugen Kraftwerke aus Braun- und Steinkohle. Aber nicht mehr lange. Deutschland steigt aus der Kohle aus.

Deutschland soll in den kommenden 20 Jahren alle Kraftwerke abschalten, in denen Braun- und Steinkohle verbrannt wird, um daraus Strom zu erzeugen. Die Bundesrepublik ist das erste große Industrieland, das dafür ein so konkretes Datum festlegt. Deutschland wird ab 2022 auch keine Atomkraftwerke mehr betreiben. Nach dem Kohleausstieg soll die Bundesrepublik mit Ausnahme von einigen Gaskraftwerken nur noch Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und Wasserkraft erzeugen.

Was ist der Grund für den Kohleausstieg?

Strom aus Kohle, vor allem aus Braunkohle, gilt als besonders umweltschädlich. In einem Kohlekraftwerk wird Kohle verbrannt, um damit Wasser zu erhitzen. Das Wasser wird zu 500 Grad heißem Dampf, der eine Turbine antreibt. Ein Generator macht daraus Strom.

Das Problem: Obwohl Kohlekraftwerke Filter enthalten, gelangen durch das Verbrennen der Kohle Schwefelgase, Stickoxide, Feinstaub und riesige Mengen an Kohlendioxid (CO₂) über den Schornstein in die Luft. Das ist schlecht für die Umwelt und das Klima.

Welche Rolle spielen dabei die Klimaziele von Deutschland?

Eine sehr wichtige Rolle. Deutschland hat sich vorgenommen, seinen CO₂-Ausstoß deutlich zu senken. Bis 2020 sollten wir unseren Ausstoß an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 eigentlich um 40 Prozent verringern. Bisher liegt die Bundesrepublik aber weiter hinter dem Zeitplan zurück. Der Kohleausstieg soll das ändern.

Kohleausstieg bis 2038: Wie soll die Umsetzung aussehen?

Ende 2017 gab es in der Bundesrepublik noch Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 42,6 Gigawatt. Bis 2038 soll dieser Wert schrittweise auf Null sinken. Um den Wegfall auszugleichen, brauchen wir zusätzliche Kraftwerke, die Strom anders erzeugen, zum Beispiel Solar-, Wind-, Wasser- oder Gaskraftwerke.

Wie groß die Leistung der bestehenden Kohlekraftwerke von 42,6 Gigawatt ist, lässt sich mithilfe des folgenden Vergleichs verstehen: An normalen Tagen braucht Deutschland eine Stromkapazität von insgesamt 65 bis 70 Gigawatt. Im Winter kann der Bedarf schon mal auf mehr als 80 Gigawatt steigen. Die Kohlekraftwerke könnten an normalen Tagen also theoretisch zwei Drittel unseres Strombedarfs decken. Das sollen sie aber nicht mehr, weil sie so umweltschädlich sind.

Kohleausstieg: Haben wir bald zu wenig Strom?

Nein, sagt Peter Altmeier. Er ist Wirtschaftsminister und dafür zuständig, dass Deutschland immer genügend Strom hat. Was den CDU-Politiker so sicher macht: Deutschland erzeugt schon jetzt sehr viel Strom aus erneuerbarer Energie, also Wind-, Solar- und Wasserkraft.

Gefährdet der Kohleausstieg Arbeitsplätze?

Ja. Insgesamt sind etwa 20.000 Mitarbeiter in der Kohleindustrie beschäftigt.

Die Kohlekommission fordert in ihrem Bericht, dass die Regierung den Betroffenen hilft. Wer wegen des Ausstiegs früher in den Ruhestand geht und deswegen weniger Rente bekommt, soll als Ausgleich Geld vom Staat erhalten.

Jüngere Mitarbeiter sollen sich weiterbilden können, andere Jobs angeboten bekommen und Geld vom Staat erhalten, falls sie dann weniger verdienen. All das klingt erstmal gut – aber auch ein bisschen zu schön, um wahr zu sein.

Was sagen Umweltschützer zum Kohleausstieg?

Umweltverbände finden es gut, dass Deutschland seine Kohlekraftwerke abschaltet. Der Plan der Kohlekommission geht ihnen jedoch nicht schnell genug

23-Jährige über Klima-Versagen - Danke für nichts

Lena Puttfarcken

Zwanzigjährige können den Klimawandel nicht aufhalten, sondern nur die Schäden eindämmen. Hier nimmt eine von ihnen jene in die Pflicht, die viel zu lange, viel zu wenig für die Umwelt getan haben.

Lobbyisten, Politiker, Industrielle: Ihnen allen war das Wirtschaftswachstum wichtiger als der Klimaschutz. Dank ihnen sind junge Menschen wie ich in einer Welt aufgewachsen, in der wir nur noch Schadensbegrenzung betreiben können. Sie haben das Weltklima unumkehrbar verändert, bevor ich überhaupt geboren wurde. Der aktuelle Sonderbericht des Weltklimarates IPPC zeigt, dass sich eine Erwärmung der Erde um 1,5 Grad kaum noch verhindern lässt. Jeder Einzelne trägt dafür Verantwortung und sollte alles dafür tun, seinen CO₂-Fußabdruck zu verkleinern.

Doch das allein wird nicht reichen. Selbst wenn sich der Normalbürger nur noch regional und vegetarisch ernährt, Ökostrom bezieht, seltener fliegt und mehr Bahn fährt: Ein globales Jahrhundertproblem wie den Klimawandel bekommen wir so nicht in den Griff. Wir brauchen eine Weltgemeinschaft, die geschlossen gegen den Klimawandel kämpft und radikal Emissionen senkt. Wie drängend das ist, scheint jedoch niemanden zu interessieren. Zumindest nicht die, die tatsächlich etwas bewirken könnten.

Ein vieldiskutierter Artikel des "New York Times Magazine" stellte diesen Sommer die These auf, dass der Klimawandel um 1980 herum hätte aufgehalten werden können. Dann kamen Politiker dazwischen und Lobbyorganisationen. Konservative Thinktanks begannen, den Klimawandel zu leugnen oder kleinzureden. Was ich mich frage: Haben diejenigen, die sich gegen ehrgeizige Klimaziele einsetzen, selbst Kinder? Vielleicht sogar Enkel? Und sind sie sich darüber im Klaren, was für eine Erde sie ihnen hinterlassen? Lobbyisten, Politiker und Industrielle tragen mehr Verantwortung für die Gesellschaft als der Normalbürger. Und es ist ihre verdammte Pflicht, sie wahrzunehmen.

Ich erwarte von ihnen, dass sie eine Welt schaffen, die uns entlastet. In der wir kaum anders können, als klimaschonend zu leben. Stattdessen haben sie eine Welt gestaltet, die uns dauernd dazu verleitet, Dinge zu tun, die schädlich für das Klima sind.

Warum gibt es zum Beispiel überhaupt eine Flugverbindung von Frankfurt nach Stuttgart? Das ist eine Strecke von 204 Kilometern. Die Bahn braucht für dieselbe Strecke nur 25 Minuten mehr, als der reine Flug dauert. Solche Produkte sind ein schlechter Scherz, der auf Kosten meiner Zukunft gemacht wird. Eigentlich dürfte es sie gar nicht geben.

In eine Welt geboren, die andere kaputt gemacht haben

Was also müsste passieren? Wir brauchen eine globale CO₂-Steuer, damit Klimafolgen in Preise eingerechnet werden. Und: Wir müssen radikal Emissionen senken, durch einen schnellen Kohleausstieg und eine massive Begrenzung des CO₂-Ausstoßes.

Wenn das nicht passiert, müssen wir laut werden. Und mit "wir" meine ich all die Kinder, die in eine Welt geboren wurden, die andere kaputt gemacht haben.

Wir müssen uns in Parteien und Organisationen für den Klimaschutz einsetzen, Petitionen unterschreiben, Demonstrationen organisieren und mit anderen über den Klimawandel reden. Reden, reden, reden. Und wenn unsere Eltern Politiker, Lobbyisten und Industrielle sind, erst recht.

Die Politik wird sich nicht von allein verändern, sondern nur durch Menschen, die sich einbringen. Wir müssen unser Recht einfordern auf eine Welt, in der wir und unsere Kinder noch gut leben können. Dafür müssen wir kämpfen.

Proteste in Frankreich Gelbanlage

Georg Blume

Im Ringen mit der Gelbwesten-Bewegung hat Frankreichs Präsident Macron offenbar eine Gegenstrategie gefunden. Dabei sollte er ihre Forderungen besser nicht ignorieren - sondern investieren.

Noch geben die Gelbwesten nicht auf. Trotz miserablen Wetters in vielen Teilen Frankreichs waren auch an diesem Wochenende wieder knapp hunderttausend Franzosen in ihrer gelben Kampfkluft unterwegs. Ähnlich viel, wie am vergangenen Wochenende. Erstmals fand dabei die größte Demonstration nicht in Paris, sondern weit im Süden in Toulouse statt. Das zeigt, dass die Gelbwesten eher eine Bewegung der kleinen Leute aus den ländlichen Regionen sind. Sie glauben, in Paris keine Stimme zu haben.

Doch je länger die Proteste dauern, desto größer wird der Widerstand der etablierten Politik. Sie sieht in den Gelbwesten nicht etwa die Chance für eine soziale Wende, sondern eine lästige Betriebsstörung. Auch im Ausland: "Was in Frankreich geschieht, beunruhigt mich", sagte die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer am Wochenende der französischen Zeitung *Le Monde*. Der Präsident wird langsam wieder Herr der Lage

Dabei sind die Tage, in denen man sich um Macrons Zukunft ernsthafte Sorgen machen musste, längst vorüber. Sehr geschickt organisiert der Präsident inzwischen das Rollback gegen die Gelbwesten: Er führt im ganzen Land hingebungsvolle Debatten mit den lokal gut verankerten, doch in aller Regel sehr konservativen Bürgermeistern. Sieben Stunden am Stück diskutierte er mit ihnen am Dienstag in der Normandie, noch mal sechs Stunden in einem Fort am Freitag in Okzitanien.

Schon gewinnt Macron wieder in den Umfragen, obwohl er den Gelbwesten keine neuen Zugeständnisse mehr macht. Gut möglich, dass er mit seiner aktuellen Strategie weiter an Zustimmung gewinnt. Das ist vor allem deshalb interessant, weil die Forderungen der Gelbwesten nach mehr Kaufkraft und weniger Steuern von der Bevölkerung immer noch mehrheitlich unterstützt werden.

Frankreich erlebte in den vergangenen zwei Monaten seit dem ersten Gelbwestenprotest am 17. November etwas in den westlichen Industrieländern Beispiellooses: ein gesellschaftliches Coming-out der unteren Mittelschicht. Nicht der wirklich Armen, aber derer, die Angst vor der Verarmung haben. Nicht der Gewerkschafter und Linken, die in Frankreich seit 1968 immer wieder soziale Forderungen auf die Straße trugen. Sondern der kleinen Leute, Handwerker und Ladenbesitzer inklusive, die sich bisher allenfalls am Tresen ihres Eck-Cafés oder anonym im Internet beschwerten.

In Blockadeschichten rund um die Uhr, an Kreisverkehren und vor Supermärkten, schwatzten sich die Gelbwesten zu einer Bewegung zusammen, die plötzlich ein eigenes Selbstbewusstsein entwickelte. Wer mit Sprüchen von der Rechtsextremistin Marine Le Pen oder den Linken dazukam, erhielt oft eine Abfuhr.

Stattdessen zogen die Leute in Gelbweste in die nationalen Talkshows ein und redeten dort weiter so, wie man in Deutschland an der Imbissbude redet: direkt, anmaßend, witzig, und vor allem verständlich. Es ging ihnen nicht um große Politik, auch nicht um Ausländer oder Flüchtlinge und sonstige Sündenböcke, sondern fast ausschließlich ums Geld. Sie haben nicht genug, um in Würde zu leben, sagen fast alle Gelbwesten - ähnlich den Bauern, die 1789 die französische Revolution anschoßen und sich noch im gleichen, großen Revolutionsjahr eine neue Währung erkämpften.

Im historischen Rückblick wird klar, wie unmittelbar der Aufstand der Gelbwesten Deutschland betrifft. Macron hat im Dezember zehn Milliarden Euro für die sozialen Forderungen der Bewegung locker gemacht. Schon erfüllt sein Land die europäischen Stabilitätskriterien nicht mehr, auf denen allen voran Deutschland besteht.

War es also schon falsch, den Gelbwesten überhaupt etwas zu geben? Sich erpressen zu lassen? Nein, im Gegenteil: Sie zu unterdrücken, ihre Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu ignorieren - das wäre der größte Fehler, den Macron begehen könnte.

Abschied von Neuland

Melanie Amann, Roman Höfner, Martin Knobbe

Angela Merkel hat ihr Facebook-Profil vom Netz genommen. Darf sie ihre digitalen Botschaften der Nachwelt vorenthalten?

Angie Merkel ist noch auf Facebook. Zuletzt vermeldete die Amerikanerin aus Michigan ihren fast 400 Facebook-Freunden die Hochzeit ihrer Tochter, dafür gab es 67 Likes.

Angela Merkel ist nicht mehr auf Facebook. Am Montag um elf Uhr verschwand die Fanseite der Frau, die seit mehr als 13 Jahren deutsche Bundeskanzlerin ist. Sie hatte 2,5 Millionen Follower. Wer jetzt auf Facebook Merkels Namen eingibt, findet neben Angie aus Michigan und anderen Merkels Seiten wie „Angela Merkel Rücktritt jetzt“.

Es hätte viele Möglichkeiten gegeben, was aus der erfolgreichsten deutschen Politiker-Fanpage im Netz noch hätte werden können. Merkels Team im Adenauer-Haus hatte die Ideen in einem Vermerk aufgezählt. Aber die Chefin entschied sich für die eine Variante, die ihren Leuten im Leben nicht eingefallen wäre: Schluss damit.

Merkels Schritt wirft grundsätzlich Fragen auf: Darf eine Spitzenpolitikerin auf eigene Faust den ungeordneten Facebook-Exit beschließen? Muss ihr digitales Erbe nicht regulär archiviert werden wie ihre Akten, Briefe oder Vermerke? Und: Hat die Nachwelt nicht ein Recht darauf zu erfahren, wie Angela Merkel in der Sphäre kommunizierte, die sie selbst einst als „Neuland“ bezeichnet hatte?

In Merkels Umfeld fühlt sich für die Antworten auf diese Fragen niemand richtig zuständig. Im Bundespresseamt heißt es, dass Merkels Facebook-Seite ja keine Regierungsseite gewesen sei. Die CDU-Pressestelle will sich lieber um den Facebook-Account der neuen Parteichefin kümmern. Doch weil diese Fragen nicht leicht wegzuwischen sind, hätten Merkels Social-Media-Leute, so erzählen es Eingeweihte, der Kanzlerin andere Lösungen ans Herz gelegt: Der Facebook-Auftritt könnte im Netz eingefroren werden, sodass ihn keiner mehr kommentieren oder „ liken“, wohl aber ansehen könne. Oder die Seite ließe sich von der CDU-Politikerin auf die Bundeskanzlerin umschreiben, sodass das Bundespresseamt sie hätte pflegen können. Dort betreut ein vielköpfiges Social-Media-Team auch den Facebook-Account der Bundesregierung mit rund 530 000 Fans.

Merkel entschied sich vor allem aus formalen Gründen dagegen: „Sie wissen, dass ich nun nicht mehr CDU-Vorsitzende bin“, erklärte sie ihren Abgang im Video. Da ihr Facebook-Konto an die Rolle als CDU-Chefin gebunden sei, so der Subtext, könne sie ihre Millionen „Freunde“ nicht einfach mit ins Kanzleramt nehmen.

Etwas seltsam ist das Argument – Merkels Account firmiert unter ihrem Namen, sie bleibt CDU-Politikerin. Juristisch gesehen ist ihr digitaler Abgang aber nicht zu beanstanden: Das Bundesarchivgesetz schreibt vor, dass nur Unterlagen „der öffentlichen Stellen des Bundes“ verwahrt werden müssen, und auch nur dann, wenn sie bleibenden Wert haben. „Die Löschung eines privaten Facebook-Accounts liegt natürlich in der Verantwortung des Einzelnen“, sagt Eva Schlotheuber, Vorsitzende des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands. Die Politikerin Merkel bleibt allerdings eine öffentliche Person. Schlotheuber warnt: „Unser politisches Gedächtnis der Zeitgeschichte ist gerade durch die Umstellung auf digitale Kommunikation nur noch ein aktenbasiertes Gedächtnis.“

Der Bundestag hat das Problem 2006 erkannt und die Deutsche Nationalbibliothek mit der Mammutaufgabe beauftragt, auch „unkörperliche Medienwerke“ zu archivieren, also auch Webseiten. Der Auftrag ist rechtlich vertrackt, da das Sammeln einer Netzpublikation oftmals ins Urheberrecht eingreift. Ganz abgesehen von der Frage, was genau bewahrt werden muss, welche Webseiten, Blogs oder Konten in sozialen Medien?

Bei Druckwerken sind die Regeln klar: So muss der Buchhandel Pflichtexemplare bei Bibliotheken abliefern. Für soziale Medien gebe es aber keine umfassende und durchsetzbare Abgabepflicht, sagt Eric Steinhauer, Bibliotheksjurist und Honorarprofessor an der Berliner Humboldt-Universität. Er fürchtet, viele digitale Zeitzeugnisse könnten für immer verloren gehen. (...)

Auch nach Löschung lebt Merkels Profil im Verborgenen weiter. Auf Rat von Facebook haben ihre Administratoren die Seite nicht gelöscht, sondern auf „unpublished“ gestellt. Merkel hatte immer ein distanziertes Verhältnis zu dem Netzwerk: „Es ist so schön, wie wenn man ein Auto hat oder eine ordentliche Waschmaschine“, sagte sie im Juni 2015. Aber man dürfe daraus nicht schließen, „dass ich automatisch tolle Freunde habe“. Und: „Facebook wird nicht das ganze Leben glücklich machen.“

„Das Putz-Placebo“

Claudia Wüstenhagen

Psychologen ergründen das menschliche Wesen mit unergründlichen Versuchsanordnungen. Diesmal: Die innere Haltung zum Putzen kann Wunder bewirken oder Die Kraft der Gedanken.

Der Haushalt birgt Gefahren für die Liebe. Unter Bergen ungewaschener Wäsche und dreckigen Geschirrs ging schon manche Beziehung zu Bruch. Wie viele Liebesgeschichten mag allein der Mülleimer auf dem Gewissen haben, den keiner ausleeren wollte? Saubermachen ist lästig. So denken viele, und genau das ist der Fehler.

Putzen kann sehr gewinnbringend sein, für das Leben und die Forschung. Vor einigen Jahren verhalfen Staubsauger und Putzklappen der Psychologie zu wertvollen Einblicken in die Macht des menschlichen Geistes. Alia Crum und Ellen Langer von der Harvard University starteten ein Experiment in amerikanischen Hotels.

Als Probanden rekrutierten sie 84 Reinigungskräfte. Es waren tüchtige Frauen, die am Tag 15 Hotelzimmer putzten. Zu Beginn der Studie wurde die eine Hälfte der Putzfrauen einer Schulung unterzogen: Sie erfuhren, dass ihre Arbeit nicht nur ein Job war, sondern ein wahres Fitnessprogramm. Denn im Gegensatz zu Schreibtischkreaturen sind Reinigungskräfte bei der Arbeit körperlich sehr aktiv. Wer eine Viertelstunde lang den Teppich saugt, verbrennt etwa 50 Kalorien. 15 Minuten Bettlakenwechseln schlägt mit 40 Kalorien zu Buche, Badputzen sogar mit 60 Kalorien.

Die wurde den Frauen vorgerechnet, damit sie verstanden: Wer kräftig putzt, tut seinem Körper etwas Gutes, fast wie im Fitnessstudio. Was die Reinigungskräfte davon hielten, sich von zwei Akademikerinnen über die Vorzüge harter Putzarbeit aufklären zu lassen, ist nicht überliefert. Dokumentiert sind aber die Folgen.

Vier Wochen später wurden die Frauen erneut befragt und vermessen. Diejenigen, die von den gesunden Nebenwirkungen des Putzens erfahren hatten, hielten sich nun für viel sportlicher als zuvor. Sie hatten im Schnitt sogar ein Kilo abgenommen, auch ihr Körperfettanteil und Blutdruck waren leicht gesunken. Bei den Frauen der zweiten Gruppe, die keine Putzsport-Aufklärung erhalten hatten, waren die Werte unverändert.

Kurios daran war, dass die Putzfrauen der ersten Gruppe gar nicht wirklich sportlicher geworden waren. Ihr Arbeitspensum im Hotel hat sich nicht verändert. Auch in ihrer Freizeit trieben sie nicht mehr Sport als zuvor. Allein ihre Einstellung hatte sich gewandelt: Sie nahmen ihre Arbeit nun als Sport wahr, und das hatte offenbar gereicht, um abzunehmen. Von einem Placeboeffekt sprechen die Psychologinnen. Die innere Haltung sei so mächtig, dass sie körperliche Prozesse in Gang setzen könne, selbst wenn die äußeren Umstände sich nicht änderten. In der Medizin ist das Phänomen bekannt. Dass es auch für Sport gilt, war jedoch neu.

Die Studie ist ein Motivationsschub für Putzmuffel. Vielleicht sogar eine Rettung für bedrohte Beziehungen. Und Putzen kann noch mehr: Zen-Buddhisten kultivieren es als Methode der Achtsamkeit und Klärung. „Wir entfernen den Schmutz, um den Geist von weltlichen Sorgen zu reinigen“, schreibt Keisuke Matsumoto in seinem Buch *Die Kunst des achtsamen Putzens*. Der Japaner war Zen-Mönch und weiß, worauf es beim Putzen ankommt: Hingabe. Dann sei es eine bereichernde Erfahrung, die Frieden stiften könne. „Wenn der Geist rein wird, leuchtet die Welt, die wir sehen. Und wenn die Welt leuchtet, werden die Menschen freundlicher.“ Zen-Mönche wissen das, Reinigungskräfte auch. Und Paartherapeuten?

Größter europäischer Absatzmarkt: Berlin ist Hauptstadt des Bio-Booms

Alexander Forch

Im Winter ist bestimmt nichts los auf dem Hof eines Gemüsebauern in Brandenburg – könnte man jedenfalls denken. Aber weit gefehlt. Im Landgut Pretschen, einem alten Gutshof im gleichnamigen Spreewalddorf, wird auch bei eisiger Kälte gearbeitet. Sascha Phillip, der Besitzer des Hofes, öffnet in einer großen Scheune ein Tor. Der Raum dahinter ist tiefschwarz. Kein Fenster, kein Licht.

Der 46-jährige Biobauer schiebt einen schweren schwarzen Vorhang beiseite, der die Scheune teilt. Dahinter stehen hohe Pflanzen-Regale, in denen auf zehn Etagen Chicorée wächst. „Das Gemüse ist sehr sensibel“, sagt er. „Da der Spross auch im Laden schön weiß-gelb sein soll, darf die Pflanze möglichst wenig Licht abbekommen. Sonst färben sich die Blätter grün.“ Deshalb wächst Chicorée in völliger Dunkelheit.

In der Halle nebenan ist das Licht auch schummrig. Hier wird das Gemüse für Berlins Bio-Läden verpackt. Eine Arbeiterin legt die Pflanzen in eine Maschine, die den Spross von der Wurzel schneidet. Der Spross fällt aufs Fließband, und Arbeiterinnen putzen ihn und legen ihn in Kisten. Sobald die voll ist, werden die Pflanzen mit Pappe abgedeckt – als Lichtschutz.

Diese Pflanze ist das Alleinstellungsmerkmal des Hofes: bester Chicorée, strahlend hell, angebaut nach den strengen Bio-Richtlinien des Demeter-Verbandes. „Wir produzieren jedes Jahr 160 Tonnen“, sagt Philipp, „und sind bundesweit der größte Produzent von Bio-Chicorée.“

Nun, zur Grünen Woche, wird Philipp wieder viel in den Berliner Messehallen unterwegs sein und als agrarpolitischer Sprecher der Brandenburger Umweltverbände diskutieren. Es sind Zeiten, in denen viel über Lebensmittel gestritten wird – Essen ist nicht mehr nur die Aufnahme von Nahrung, sondern wird von vielen auch als Ausdruck bestimmter Geisteshaltungen angesehen. So gibt es zum Beispiel vor allem in Großstädten den Zeitgeist-Trend, sich vegan zu ernähren. Und es gibt langfristige globale Trends wie den Boom von Bio-Lebensmitteln – die inzwischen den Sprung aus der Nische in den Mainstream geschafft haben. Und es gibt einen Zauberspruch, mit dem sich noch mehr verkauft lässt: Es ist nicht nur Bio, sondern auch aus der Region. [...]

Berlin ist der Mittelpunkt Europas – jedenfalls wenn es um Bio-Kost geht. Neben dem weltgrößten Absatzmarkt USA ist Europa der große Vorreiter in Sachen Bio. Der globale Absatz hat sich in den Jahren 2000 bis 2016 auf fast 70 Milliarden Euro pro Jahr vervierfacht – etwa drei Viertel entfallen auf die USA und Europa. Und in Europa gilt Berlin als wichtigster Markt für all jene Lebensmittel, die aus vorbildlicher und streng kontrollierter Produktion stammen. Es geht um Tiere, die artgerecht gehalten werden, und um Pflanzen, die nicht gentechnisch verändert sind und die ohne chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel angebaut werden.

Berlin ist das Herz, das mitten in Brandenburg schlägt, und ringsum gibt es viel Ackerland. Da überrascht es, dass Brandenburg in der Liste der Länder mit den größten Bio-Anbauflächen mit 11,7 Prozent nur auf Platz 3 rangiert hinter dem Saarland und Hessen. Aber warum wird der riesige Bio-Hunger der Berliner nicht aus Brandenburg gedeckt?

„Wenn wir alle Schweinebetriebe in Brandenburg auf Bio umstellen würden, könnten wir das Fleisch rein rechnerisch vollständig in Berlin absetzen“, sagt Sascha Phillip. „Aber bei Getreide ginge das nicht.“ Er ist davon überzeugt, dass der Anteil der Bio-Landwirtschaft in zehn Jahren auf 30 Prozent gesteigert werden könnte. „Aber dafür müsste die Politik eine wirkliche Bio-Strategie entwickeln.“ Es gehe darum, dass der Staat bewusst eine Ansiedlungspolitik für Betriebe betreibt, die vor Ort all jene Lebensmittel verarbeiten, die dort wachsen.

Denn auch die Landesregierung beklagt, dass es zwar Bio-Bauern gibt, dass aber die Verarbeitungsbetriebe meist in Westdeutschland sind. „Es geht auch darum, dass es ein Netzwerk zur Vermarktung gibt“, sagt Phillip. Der Staat könnte auch alle seine Kantinen und die der Schulen und Kitas auf regionale Bio-Produkte umstellen. „Das wäre ein Signal“, sagt Phillip. „Damit würde der Staat zeigen: Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit ihr Landwirte eure Produkte auch verkauft bekommt.“

VOLL GELADEN

Christopher Schrader

E-Autos erregen die Gemüter: Den einen gelten sie als Gefährte der Zukunft, den anderen als unpraktische Umweltsünder. Was ist Vorurteil? Und was stimmt?

STIMMT DAS? Die Batterien von Elektroautos sind ein großes Umweltproblem

Der Energiespeicher eines E-Mobils belastet die Umweltbilanz der Stromer auf vielfältige Art und Weise. Erstens enthält er große Mengen seltener Metalle wie Kobalt und Nickel und natürlich Lithium. Ihr Abbau verbraucht Wasser und verursacht Umweltschäden. Werden die Metalle dann zu Zellen und Modulen verarbeitet, besteht eine etwas geringe Gefahr von Krebsfällen und Vergiftungen in den Fabriken.

Die Inhaltsstoffe abzubauen, aufzubereiten und die Komponenten der Batterie herzustellen, verbraucht ausserdem sehr viel Energie. „Darum schlägt die Qualität des Stroms bei der Batterieproduktion sehr stark in der Umweltbilanz zu Buche“, sagt Jens Peters vom Karlsruher Institut für Technologie. Etliche Studien haben versucht, die Emissionen durch die Akkuherstellung zu bestimmen; auch Peters hat mit Kollegen eine Studie vorgelegt. Die Ergebnisse streuen erheblich. Ein guter Schätzwert dürften 125 bis 140 Kilogramm CO₂ pro Kilowattstunde Speicherkapazität sein. Das bedeutet, dass zur Zeit für eine Batterie mit 36 Kilowattstunden Kapazität, die eine Reichweite von mindestens 180 Kilometern erlaubt, etwa fünf Tonnen Kohlendioxid freigesetzt werden.

Diese Menge müssen die Elektroautos während ihrer Lebensdauer ausgleichen, da Elektroautos einen höheren Wirkungsgrad haben: Während Benziner und Diesel kaum 30 Prozent der eingesetzten Energie auf die Straße bringen, sind es bei Gefährten mit Elektroantrieb mehr als 70 Prozent. Diese Menge lässt sich aber auch im Vorhinein reduzieren: Bekommt die Fabrik sauberen Strom, sinkt die negative Wirkung der Batterieproduktion deutlich. Darum plant Tesla, eine „Gigafactory“ für Batterien in Nevada mit einem Dach aus Solarzellen auszustatten, das den Energiebedarf decken soll. „Andere Firmen wollen sich in Skandinavien ansiedeln, wo es viel Wasserkraft gibt“, sagt Jens Peters. „Aber zugleich planen asiatische Konzerne Werke in Polen oder Ungarn, sie achten dabei mehr auf die Kosten als auf die Emissionen.“ Wie sich die Bilanz der Batterien im Durchschnitt entwickeln wird, sei daher offen.

Die Emissionen, die dem Auto zuzurechnen sind, lassen sich auch noch im Nachhinein reduzieren. Die Batterie kann nach dem bewegten Leben im Auto einige Jahre lang stationär als Stromspeicher eingesetzt werden. Solche Speicher dienen dazu, Windräder und Solarparks besser ins Stromnetz einzubinden: Sie speichern Energie in Zeiten des Überschusses und geben sie wieder ab, wenn die Nachfrage hoch ist. Daimler betreibt einen solchen Speicher aus alten Autobatterien in Lünen, BMW in Leipzig. Für eine gute Umweltbilanz sollte die Batterie am Ende ihres Lebens außerdem recycelt werden, um Rohstoffe wiederzugewinnen. Die Verfahren werden entwickelt und auch schon von deutschen Firmen angewandt.

Gelingt eine Weiternutzung, müsste ein Teil der Emissionen aus der Produktionsphase rechnerisch dem Nachleben der Batterie zugeordnet werden – der Anteil für den Einsatz im Auto sinkt. Insgesamt ließen sich dadurch und durch eine saubere Stromversorgung der Fabriken der Ausstoß für die Batterie um gut 50 Prozent vermindern, schätzen die Experten der Analyse-Organisation ICCT.

Fazit : Die Produktion der Batterien frisst viel Energie. Hilfreich: Sauberer Strom für die Fabriken, ein langes Leben und gute Recyclingtechnik für die Zellen.

Haushaltsstreit in den USA: Trump droht die Mauer-Blamage

Roland Nelles

Der US-Präsident muss sich entscheiden, ob er dem neuen Kompromiss zu seinen Mauerplänen zustimmt. Der Plan entspricht kaum seinen großen Versprechungen. Knickt er trotzdem ein? Der Präsident zeigte sich kurz angebunden und leicht genervt. Ja, ja, die Grundsatzvereinbarung von Republikanern und Demokraten im Streit um seine Mauerpläne habe er zur Kenntnis genommen, erklärte Donald Trump im Weißen Haus. Auf den ersten Blick gefalle sie ihm nicht wirklich. "Bin ich glücklich?", sagt er. "Die Antwort lautet: Nein. Ich bin nicht glücklich." Donald Trump hat ein Problem: Die Uhr tickt, am Freitag läuft die Frist ab, bis zu der ein endgültiger Deal zu seinen Mauerplänen stehen muss. Andernfalls droht ein neuer Teilstillstand der amerikanischen Regierungsgeschäfte, der berüchtigte Shutdown. Etwa 800.000 Angestellte der US-Regierung müssten erneut auf ihre Lohnzahlung verzichten.

Alles hängt jetzt an ihm. Nach monatelangem Streit gibt es endlich eine Einigung zwischen den Parteien zum Haushaltsplan für Trumps Mauer. In den nächsten drei Tagen soll der Kompromiss vom Repräsentantenhaus und vom Senat verabschiedet werden. Dann muss Trump das Gesetz unterschreiben, damit es in Kraft treten kann. Aber will er das überhaupt? Oder geht der Präsident auf Konfrontationskurs zum Kongress? Wird er sich sogar mit den eigenen Leuten anlegen, indem er sein Veto einlegt? Trump steckt in der Klemme. Ihm droht eine handfeste Blamage: Die Mauer zu Mexiko, das war sein großes Wahlversprechen. Doch der Deal, den die Verhandlungsführer von Republikanern und Demokraten im Kongress ihm vorlegen wollen, bleibt weit hinter dem zurück, was sich Trump und seine Anhänger erhofft hatten.

Mit den knapp 1,4 Milliarden Dollar, die nun für den Bau einer Barriere zur Verfügung stehen sollen, lassen sich Schätzungen zufolge gerade einmal Zäune auf einer Strecke von knapp 80 Kilometern errichten. Trump hatte zuletzt bekanntlich 5,7 Milliarden Dollar gefordert, das wären immerhin etwa 320 Kilometer gewesen. Aus der groß angekündigten Mauer soll nun also allenfalls ein Mäuerchen werden. Was soll er tun? Trump bekommt von allen Seiten Druck. Besonders groß ist die Aufregung bei seinen treuen Anhängern auf der rechten: Bei Fox News schimpft Trumps Lieblingsmoderator Sean Hannity, der nun ausgehandelte Kompromiss sei "Müll".

Etliche von Trumps eigenen Parteifreunden im Senat erwarten dagegen, dass der Präsident dem Kompromiss zustimmen möge. "Ich hoffe, er unterschreibt", murmelte der Mehrheitsführer der Republikaner, Mitch McConnell. McConnell und die meisten anderen Senatoren der Republikaner wollen das leidige Thema Mauer endlich aus der Welt schaffen. Sie sehen sich zu einem schnellen Kompromiss mit den Demokraten gezwungen. Auf einen erneuten Shutdown der Regierung haben sie wenig Lust. Alle Umfragen zeigen, dass die jüngste Teilstilllegung der Regierung bei der Bevölkerung für extremen Verdruss gesorgt hat - und vor allem die Republikaner von den Wählern dafür verantwortlich gemacht werden. So mühen sich McConnell und die anderen Senatoren der Republikaner nun, dem Präsidenten ihren "Deal" schmackhaft zu machen. Immerhin können sie auf einen Erfolg verweisen: Die Demokraten haben zugestimmt, dass mehr Geld in die Ausstattung von Auffangeinrichtungen für illegal eingereiste Menschen an der Grenze zu Mexiko fließen soll.

Ob das Trump reicht? Einiges spricht dafür, dass der Präsident derzeit hektisch nach einer Exit-Strategie sucht. Er will unbedingt sein Gesicht wahren. Im extremen Fall könnte Trump die Unterschrift verweigern. Oder er könnte den nationalen Notstand ausrufen, um das Geld für die Mauer ohne Zustimmung des Kongresses mit Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt abzuzweigen. Das wäre für ihn allerdings ein großes Risiko: Wenn Trump richtig Pech hat, könnten sich seine eigenen Leute mit den Demokraten zusammentun und den Präsidenten jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit von seinen Plänen abhalten. Am Dienstag soll McConnell mit Trump telefoniert haben. Washington ist voller Gerüchte, dass der Mehrheitsführer im Senat den Präsidenten ausdrücklich gewarnt haben soll, den Kompromiss abzulehnen.

Als wahrscheinlicher gilt deshalb eine andere Variante. Trump könnte dem Kompromiss zustimmen. Gleichzeitig würde er aber gegenüber seinen Anhängern so tun, als würde er weiter für mehr Geld für die Mauer kämpfen. Die geplante Zahlung von 1,7 Milliarden Dollar würde er in diesem Fall als "erste Rate" verkaufen, der weitere Raten folgen sollen. Außerdem könnte er versuchen, andere Mittel aus dem Haushalt der Regierung "umzuleiten". Man werde fast 23 Milliarden Dollar für Grenzsicherung bekommen, schrieb Trump bei Twitter - allerdings ohne Einzelheiten zu nennen, wie er auf diese Summe kommt. Einen passenden Slogan hat sich Trump auch schon ausgedacht. Seit einigen Tagen sagt er nicht mehr: "Wir werden die Mauer bauen." Nun heißt es bei ihm stets: "Wir bauen die Mauer schon. Und wir werden den Mauerbau beenden." Jetzt müssen ihm seine Fans das nur noch abnehmen.

Freund wird Feind

Frank Dohmen, Simon Hage, Dietmar Hawranek

Diesellauffäre: Bosch gerät als Verkäufer von Betrugssoftware unter Druck. Der Zulieferer soll Schadensersatz in Milliardenhöhe an den VW-Konzern zahlen.

Wenn es um den Diesel ging, waren Bosch und VW über Jahrzehnte gute Freunde. Beide förderten den Dieselantrieb, und beide verdienten gut daran. Bosch, weltgrößter Zulieferer der Autoindustrie, versorgte die Motoren von VW mit Steuergeräten und mit Software – auch mit solcher, die nach Ansicht der Justiz dazu diente, die Abgaswerte zu beschönigen und Millionen Kunden zu betrügen. Dann trübte sich das Verhältnis ein, weil Bosch bei der Justiz den Kronzeugen spielte und Autokonzerne wie VW belastete.

Nun könnten die beiden Industriegiganten sogar echt Feinde werden. Beide Seiten streiten darum, wer für den Abgasbetrug verantwortlich ist. Es ist eine Wende, die für Bosch in einem finanziellen Fiasko enden könnte.

Der Volkswagen-Konzern hatte bereits eine Schadensersatzklage gegen seinen Zulieferer vorbereitet. Aus Konzernkreisen verlautet, VW könne bis zu eine Milliarde Euro von Bosch verlangen. Damit will sich der Konzern zumindest einen Teil der enormen Strafen und Entschädigungen, die die Wolfsburger im Dieselskandal schon entrichten mussten, zurückholen.

Eine entscheidende Rolle könnten dabei Vorgänge aus dem Juni 2008 spielen. Damals forderten Bosch-Mitarbeiter einen VW-Manager auf, den Zulieferer von jeglicher Haftung zu befreien. Die Bosch-Leute warnten: Die Software für die Motorsteuerung könne als verbotene Abschaltvorrichtung für die Abgasreinigung eingesetzt werden, als sogenanntes „defeat device“ also. Gegen die potenziell illegale Verwendung wollte sich der Konzern damals absichern. Die Wolfsburger unterzeichneten das gewünschte Papier nicht. Bosch lieferte die Software dennoch. VW hat lange gezögert, gegen Bosch vorzugehen. Die Wolfsburger wollten ihren Lieferanten nicht vergrätzen. Schon gar nicht, seitdem Bosch gegenüber den Ermittlungsbehörden in Stuttgart und den USA als wichtiger Informant auftritt. Im Rechtsstreit mit Behörden, Kunden und Aktionären, so die bisherige VW-Strategie, arbeitet man lieber mit Bosch zusammen, als sich den langjährigen Partner zum Feind zu machen.

Doch der Druck auf VW wuchs schon Ende 2018: Da drohte zumindest ein Teil möglicher VW-Ansprüche zu verfallen, denn Boschs Mitwirken am Abgasbetrug wäre dann verjährt. Hätte Volkswagen die Chance auf Schadensersatz verstreichen lassen, wäre der Konzern angreifbar gewesen. Die Aktionäre hätten ihn haftbar machen können. Weitere Klagen gegen VW, womöglich wieder in Milliardenhöhe, wären wohl die Folge gewesen. Die VW-Führung stand deshalb vor der Entscheidung, entweder Bosch davon zu überzeugen, auf die Verjährung ganz oder teilweise zu verzichten – oder eine Klage einzureichen. Das teilte man Bosch mit. Und Bosch reagierte.

Die Konzerne einigten sich auf eine neue Frist bis Ende März. Bis dahin wollen sich beide Seiten auf eine Lösung geeinigt haben. Ansonsten droht weiterhin die Klage. Bosch erklärt dazu, mit Volkswagen bestehe ein jahrzehntelanges Hersteller-Lieferanten-Verhältnis. „Wir können uns eine solche Klage gegen Bosch nicht vorstellen.“ VW äußert sich nicht. Für den Zulieferer wäre die geforderte Milliarde ein schwerer Schlag, trotz eines Jahresgewinns von fünf Milliarden Euro. Der Konzern braucht das Geld, um in Zukunftstechnik zu investieren. Das Diesengeschäft, in dem derzeit 50 000 Menschen beschäftigt sind, dürfte weiter einbrechen, weil in Europa immer weniger Modelle mit Selbstzünder gekauft werden. Platzt ein außergerichtlicher Deal mit VW, droht ein langwieriger Rechtsstreit, in dem peinliche Dokumente zum Dieselskandal offengelegt werden könnten. Das böte Autofahrern und Anlegern zusätzliche Munition für weitere Schadensersatzklagen.

Schon jetzt hat der Dieselskandal Bosch mehr als 400 Millionen Euro an Strafen gekostet. Mitte Januar bezichtigte die New Yorker Generalstaatsanwaltschaft den Konzern der Mithilfe beim Abgasbetrug des Autoherstellers Fiat Chrysler. Gemeinsam mit dem Hersteller habe Bosch „amerikanische Konsumenten hinter das Licht geführt“ und Aufsichtsbehörden getäuscht. Der Zulieferer musste mehr als 100 Millionen Euro zahlen, zusätzlich zu den rund 300 Millionen, die er bereits an US-Kunden und Händler hatte entrichten müssen. Bosch betont, dass mit den Zahlungen kein Schuldeingeständnis verbunden sei. Doch das schützt nicht vor weiteren Klagen. Am Freitag vergangener Woche ließ ein US-Gericht eine Sammelklage amerikanischer Autokäufer gegen Bosch und dessen Kunden Daimler zu.

Und das ist noch nicht alles. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat im vergangenen Herbst ein Bußgeldverfahren gegen Bosch eingeleitet. Der Vorwurf: Der Konzern soll Aufsichtspflichten verletzt haben. Bosch droht auch dort ein Bußgeld in dreistelliger Millionenhöhe. Außerdem ermitteln die Staatsanwälte gegen Bosch-Mitarbeiter, sie sollen Beihilfe zum Betrug geleistet haben – und das nicht nur bei VW, sondern auch bei einer Reihe anderer Autohersteller. Bosch äußert sich nicht zu den laufenden Verfahren. Unabhängig vom Geld ist der Imageschaden für Bosch bereits jetzt enorm. Der Konzern, hinter dem eine Stiftung steht, hat einen hohen moralischen Anspruch. Er definiert sich bis heute über den Leitsatz seines Firmengründers Robert Bosch: „Lieber Geld verlieren als Vertrauen.“ Doch als es um den Verkauf von Motorsteuerungen für Dieselmotoren ging, galt dieser Grundsatz offenbar nicht viel.

Wohnen wird auch außerhalb der großen deutschen Städte immer teurer

Frank Wiebe

Der Anstieg der Mieten hat auch das Umland der deutschen Metropolen erreicht, zeigt der aktuelle Monatsbericht der Bundesbank. Nun ist die Politik gefordert.

Das Wohnen wird teurer: Dieses Thema spielt in der Politik und für viele Bundesbürger eine immer wichtigere Rolle. Vor allem in großen Städten ist Wohnraum für Menschen mit relativ schmalen Einkommen – als Beispiele werden oft Polizeibeamte und Krankenschwestern genannt – fast unerschwinglich geworden. Zur Linderung der Wohnungsnot wird nicht nur gefordert, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erschweren, sondern auch, die Umlandgemeinden der deutschen Metropolen infrastrukturell besser zu erschließen, um einen Teil der Nachfrage dorthin umzulenken. Aber der neue Monatsbericht der Bundesbank macht deutlich: Diese Verlagerung findet schon statt, und sie schlägt sich bereits in den Kaufpreisen und Mieten nieder.

Der Februar-Bericht der Notenbank, der sich explizit auch dem Immobilienmarkt widmet, zeigt: Der Anstieg der Preise geht weiter und beschleunigt sich sogar noch. Einschränkend heißt es jedoch: „Während der nach wie vor besonders hohe Preisauftrieb bei Wohnimmobilien in deutschen Städten etwas nachgab, zogen die Immobilienpreise außerhalb der städtischen Gebiete im Vergleich zu den Vorjahren verstärkt an.“ Die Ausweitung des Angebots halte „auch angesichts des wachsenden Interesses an Wohnraum außerhalb der Städte“ mit der Nachfrage nicht Schritt. Wichtig zum Verständnis aber: Die Preise steigen in den Ballungsgebieten immer noch schneller als auf dem Land – nur ist der Unterschied der Steigerungsrate geringer geworden.

Ein noch deutlicherer Befund zeigt sich bei den Mieten: In den Städten nahm der „Anpassungsdruck“ etwas ab, das gilt auch für die sieben größten Städte Deutschlands. Zugleich zogen die Mieten außerhalb der Städte deutlich an. Insgesamt wachsen die Mieten in den Städten jetzt unterdurchschnittlich. Zunächst aber fällt ins Auge, wie sehr der Markt heiß läuft. So legte der Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum, den der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) ermittelt, 2018 um 7,75 Prozent zu, nach 5,75 Prozent im Vorjahr. Die Bundesbank zitiert andere Indizes mit ähnlichem Befund, belegt den Anstieg im ländlichen Bereich aber nicht mit separaten Daten. Bei den Mieten zitiert sie dagegen das Berliner Immobilienanalysehaus Bulwiengesa: Die Marktexperten melden einen Anstieg im Bereich der Neuverträge von 3,75 Prozent in den Städten und 4,0 Prozent in den sieben Großstädten. Diese Rate liegt unterhalb derjenigen, die vdp bei Neuvermietungen in Mehrfamilienhäusern in Deutschland insgesamt errechnet hat: Laut vdp-Berechnungen liegt der Mietanstieg bei 4,75 Prozent.

Es deutet sich also an, dass die Mieten in den Städten in geringerem Umfang zulegen als in Deutschland insgesamt – und damit auch weniger stark als im ländlichen Raum. Hinzu kommt: Die Werte für die Städte sind gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, die für Deutschland insgesamt dagegen „deutlich stärker“ gewachsen als zuvor, wie die Bundesbank schreibt. Der Hang, aufs Land zu ziehen, scheint sich also zu verstärken.

Vergleicht man die Trends bei den Hauspreisen und den Wohnungsmieten, so zeigt sich zweierlei. Zum einen sind die Folgen einer gewissen Stadtflucht bei den Mieten offenbar deutlicher zu spüren als bei den Preisen für Eigentum. Zum anderen setzt sich aber die Entwicklung fort, dass die Kaufpreise schneller steigen als die Mieten – eine Tatsache, die sich zumindest langfristig dämpfend auf die Wertentwicklung von Immobilien auswirken könnte.

Als wichtigen Grund für die Preissteigerungen nennt die Notenbank neben der guten Einkommensentwicklung in Deutschland und den niedrigen Zinsen die Knappheit an Bauland – jedenfalls in den „gefragten Regionen“. Außerdem seien die Baupreise 2018 um 4,4 Prozent „und damit deutlich kräftiger als die Baukosten“ gestiegen. Weiter heißt es: „Offenbar konnten die Bauunternehmen angesichts der außerordentlich guten Auftragslage in der Branche ihre Margen beträchtlich ausweiten.“

In der politischen Diskussion spielen neben der Verlagerung in ländliche Regionen auch gesetzliche Beschränkungen für Mieterhöhungen, die Ausweisung von mehr Bauland, der Bau von Sozialwohnungen und die Anlage von Werkwohnungen eine Rolle. Passend dazu erinnert die Stadt Frankfurt zum 100jährigen Bauhaus-Jubiläum in mehreren Ausstellungen daran, wie in ihren Grenzen in den 1920er-Jahren in industriellem Maßstab gleich mehrere neue Siedlungen aus dem Boden gestampft wurden – zum Teil auf enteignetem Agrarland.

Mit dem WhatsApp-Effekt wiegt Zuckerberg seine Nutzer in Sicherheit

Benedikt Fuest

Facebook soll künftig zum privaten Netzwerk werden – der Schutz der Nutzerdaten werde oberstes Prinzip. Eine 180-Grad-Wende, um Vertrauen zurückzugewinnen. Interessant ist jedoch, was Konzernchef Zuckerberg alles nicht sagt.

Als Mark Zuckerberg 2003 seine erste soziale Webseite „FaceMash“ programmierte, basierte diese auf einem Privatsphäre-Verstoß: Zuckerberg brach in das gesicherte Netzwerk seiner Universität Harvard ein und stahl Passfotos seiner Kommilitonen aus der Datenbank für Studiausweise. Der Datenbank-Bruch kostete Zuckerberg beinahe seinen Studienplatz. Die Offiziellen der Universität verdeutlichten dem jungen Studenten eindringlich, dass die Zweckentfremdung der Bilder gegen die Persönlichkeitsrechte seiner Mitstudenten verstieß.

Ein Jahr später gründete Zuckerberg das soziale Netzwerk Facebook – und überzeugte seine Nutzer davon, ihm ganz freiwillig ihre Bilder zur Veröffentlichung zu überlassen. 15 Jahre lang war Öffentlichkeit das neue Normal in sozialen Netzwerken. Doch nun, nach massiver Kritik an Facebook aufgrund der Datenschutzskandale der vergangenen Jahre, erinnert sich Zuckerberg an die Harvard-Lektion aus dem Jahr 2003 und veröffentlicht einen erstaunlichen Text: Privatsphäre soll künftig Facebook prägen, der Konzern legt eine 180-Grad-Wende hin.

In einem Essay von über 3000 Wörtern erklärt der 34-jährige CEO, dass der Schutz der persönlichen Daten seiner Nutzer künftig das höchste Ziel seiner Plattform ist – dafür soll Facebook umgebaut werden: „Öffentliche soziale Netzwerke werden weiterhin sehr wichtig in den Leben der Menschen bleiben – um sich mit anderen zu verbinden, um neue Leute, Ideen und Inhalte zu entdecken und um Menschen Öffentlichkeit zu geben“, schreibt Zuckerberg. „Aber jetzt, wo Menschen auch privat interagieren wollen, gibt es eine Möglichkeit, eine einfachere Plattform zu bauen, die auf Privatsphäre fokussiert ist.“

Zuckerberg kündigt in seinem Text eine ganze Reihe von Änderungen für sein Netzwerk an: Künftig soll die Verschlüsselung in allen Anwendungen verbessert werden, zudem will Zuckerberg seine Server aus autoritär regierten Ländern zurückziehen. Beide Schritte sollen helfen, die Nutzerdaten vor einem Zugriff von außen zu schützen. Durch die Implementierung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll jedoch auch Facebook selbst nicht länger mitlesen können, was etwa im Messenger gechattet wird.

Auf Facebooks mobiler Plattform WhatsApp ist diese Verschlüsselung bereits jetzt Standard – künftig könnte dieser Standard für das ganze Netzwerk gelten. Bereits vor einigen Wochen hatte Facebook angekündigt, bald nur noch eine Infrastrukturplattform und eine Softwarebasis im Hintergrund für alle Dienste und Apps des Unternehmens verwenden zu wollen. Die Details der neuen Plattform jedoch könnten eher an eine private WhatsApp-Gruppe erinnern als an das Facebook, wie es bisher bekannt ist.

Weiterhin schreibt Zuckerberg von der Idee, dass Kommunikation künftig vergänglich sein soll: Nachrichten werden nicht wie bisher ewig gespeichert, sondern bekommen ein internes Verfallsdatum, können nach Tagen oder Monaten automatisch gelöscht werden. Facebook will die Jugendsünden seiner Nutzer vergessen.

Wie jedoch diese neuen Privatsphäre-Vorgaben mit dem Facebook-Geschäftsmodell zu vereinbaren sind, das erklärt Zuckerberg in seinem Aufsatz nicht. Auch kündigt er nicht an, dass Facebook selbst künftig weniger Metadaten seiner Nutzer sammeln will. Die grundlegende Idee, den Werbekunden den Zugriff auf Zielgruppen nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Freundeskreisen und Interessen sortiert zu verkaufen, bleibt auch im neuen Facebook erhalten. Dabei war genau diese Datensammlung und ihre Weitergabe an Entwickler von Apps der Stein, der die Facebook-Skandallawine der vergangenen Jahre ins Rollen brachte.

Zudem ist der Inhalt der Kommunikation für Facebook bereits aktuell nicht sonderlich relevant – viel lukrativer aus Sicht der Werbevermarkter ist, die öffentlich geäußerten Interessen der Nutzer – etwa über Mitgliedschaft in Gruppen – mit Wohnorten und sozioökonomischen Daten zu verknüpfen. Darüber jedoch äußert Zuckerberg ebenfalls nichts Substanzielles. Personalisierte Werbung wird es weiterhin geben.

Führerscheinprüfung: "Eine Schülerin griff zum Handy, als wir auf die rote Ampel zurollten"

Julia Klaus

Immer mehr Menschen fallen durch die Führerscheinprüfung. Ist der Verkehr zu kompliziert geworden? Oder liegt es an der Konzentrationsfähigkeit? Ein Fahrlehrer erzählt.

Zu schnell gefahren, die Vorfahrt genommen, zu viele Fragen nicht gewusst: In Deutschland fielen 2017 36,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler durch die Theorieprüfung für den Führerschein. Die praktische Prüfung schafften 28,1 Prozent nicht. Wie Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamts zeigen, sind die Durchfallquoten damit so hoch wie in den letzten zehn Jahren nicht: 2008 waren es noch 30,4 Prozent Fahrschüler, die durch die Theorieprüfung fielen und 25,7 Prozent, die den praktischen Test nicht schafften. Die Zahlen beziehen sich auf alle Fahrzeugklassen.

Verkehrsexperten sagen, dass die theoretische Prüfung nicht schwieriger geworden sei. Auch liege es nicht am Alter: Junge Menschen fallen weniger durch und fahren später sicherer.

Besonders schlecht stehen angehende Autofahrer in Berlin da: 42,4 Prozent der Verkehrsschülerinnen und -schüler bestanden 2016 die theoretische Prüfung nicht. Beim Praxistest fielen 33,7 Prozent durch. Berlin ist damit eines der Schlusslichter. Dominic Blume, 38, ist seit zehn Jahren Fahrlehrer in Berlin und leitet eine Fahrschule in Kreuzberg. Er nennt Gründe, warum immer mehr Menschen durchfallen.

ZEIT ONLINE: Herr Blume, welche Rolle spielt bei der Führerscheinprüfung der Verkehr in der Stadt?

Dominic Blume: In Berlin und in vielen anderen Ballungszentren wird der Verkehr zunehmend dichter. Wir sitzen in Berlin-Kreuzberg, da kommen noch diverse andere Verkehrsteilnehmer dazu: Radfahrer, Fußgänger. Es gibt Baustellen. Es wird für einen Schüler nicht einfacher, sondern immer komplexer. In ländlichen Regionen dürfte das anders sein.

ZEIT ONLINE: Sind Ihre Schülerinnen und Schüler vielleicht auch gestresster?

Blume: Fahrschüler haben unglaublich viel nebenbei zu tun. Sie gehen nicht mehr nur noch zur Schule oder studieren, sondern haben ein Hobby, spielen eventuell auch ein Musikinstrument. Es ist gar nicht so einfach, einen Termin für Fahrstunden zu finden. Ältere Kollegen sagen mir: Das war früher anders.

ZEIT ONLINE: Die Jugendlichen heute verbringen viel Zeit an ihren Smartphones. Hat das Auswirkungen auf das Fahrenlernen?

Blume: Es gab mal eine Schülerin, die zu ihrem Handy griff, während wir auf eine rote Ampel zurollten. Sie schaute aufs Smartphone und wir führen dem Vordermann fast hintendrauf. Ich bin dann auf die Bremse gegangen. Ich war wirklich sprachlos und habe ihr gesagt, dass das nicht geht. Das war aber auch das einzige Mal, dass das jemand beim Fahren gemacht hat. Die meisten wissen ja, was sie dürfen und was nicht. Was sie später mal machen, wenn sie den Führerschein haben, ist eine andere Frage.

ZEIT ONLINE: Haben Sie in der Fahrschule jetzt ein Handyverbot?

Blume: Nein. Aber vor und nach der Fahrstunde ist das Handy ständig präsent: Die Schüler steigen aus dem Auto aus und das Erste, was sie machen, ist das Handy in die Hand nehmen. Für die Vorbereitung einer Fahrstunde wäre es aber sinnvoll, sich auf dem Weg mental auf die Unterrichtseinheit vorzubereiten und sich, wenn man mit der Fahrstunde fertig ist, gedanklich damit auseinanderzusetzen: Was war in der Fahrstunde? Dass man versucht, das, was kommen wird und was man erlebt hat, auch zu verarbeiten. Ein weiterer Punkt ist die Rolle als Beifahrer. Ich denke, die Jugendlichen sind heutzutage nicht mehr so aktiv Beifahrer wie wir früher. Sie sind mit anderen Sachen beschäftigt, wenn sie bei den Eltern mitfahren, vor allem mit dem Smartphone.

ZEIT ONLINE: Andere Fahrlehrer führen die erhöhten Durchfallquoten auch auf mehr nicht deutschsprachige Bewerber zurück. Neben Sprachproblemen hätten die mit einer anderen Verkehrskultur zu kämpfen. Beobachten Sie das auch?

Blume: Das ist bedingt so. Ich merke es bei Umschreibern, also bei jenen, die einen ausländischen Führerschein haben und jetzt den europäischen haben wollen. Sie müssen in der Regel eine theoretische und eine praktische Prüfung ablegen. Bei der praktischen Prüfung merken viele dann: Das muss sehr korrekt und genau gemacht werden. Manche fallen trotzdem in alte Muster ihrer Verkehrskultur zurück und denken: Die zehn Stundenkilometer zu viel sind doch nicht so schlimm. Das kommt aber auch bei deutschen Fahrschülern vor.

ZEIT ONLINE: Lassen Sie uns noch mit einem Klischee aufräumen: Können Frauen schlechter einparken als Männer?

Blume: Nein, überhaupt nicht. Frauen können genauso gut einparken wie Männer oder Männer genauso gut wie Frauen. Man kann sogar sagen, dass Frauen die etwas vernünftigeren Autofahrerinnen sind. 95 Prozent derjenigen, die bei uns Auffrischungsstunden nehmen, sind Frauen. Die kommen meist aus keiner Großstadt und wollen sich erst einmal an den Verkehr in Berlin gewöhnen.

Neue Volvos bald nur noch mit eingebautem Tempolimit

Nikolaus Doll

Solange Andreas Scheuer Bundesverkehrsminister ist oder die CSU das Ministerium fest im Griff hat, wird es auf deutschen Autobahnen kein Tempolimit geben. Das haben die Bayern, Hort von BMW und Audi, immer wieder klargemacht. Eine solche Begrenzung sei „gegen jeden Menschenverstand“, hat der Minister klargestellt. Eine Regierungskommission, die sich über die Mobilität der Zukunft Gedanken machen sollen und dabei auf eine Regulierung des Tempos im Bereich der Bundesfernstraßen gekommen war, wurde von Scheuer zurückgepiffen und gerüffelt.

Und trotzdem gibt es eine Geschwindigkeitsbegrenzung ab 2020 auf deutschen Autobahnen – allerdings auf freiwilliger Basis. Selbst verordnet, von einem Hersteller: von Volvo. Der Autobauer mit schwedischen Wurzeln und chinesischen Eigentümern hat angekündigt: „Ab dem Jahr 2020 werden alle unsere Pkw mit einer auf 180 Stundenkilometer limitierten Höchstgeschwindigkeit ausgeliefert.“ Daneben untersucht Volvo auch, wie künftig eine Kombination aus intelligenter Geschwindigkeitskontrolle und räumlichen Überwachungssystemen wie Geofencing zu einer automatischen Tempobegrenzung im Umfeld von Schulen oder Krankenhäusern führen kann. „Wir wollen eine Diskussion darüber starten, ob Automobilhersteller das Recht oder vielleicht sogar die Pflicht haben, Technik in ihren Autos zu installieren, die das Verhalten der Fahrer verändert und Fehlverhalten wie zu schnelles Fahren, Drogenkonsum oder Ablenkungen verhindert“, sagte Volvo-Chef Håkan Samuelsson. „Wir haben noch keine endgültige Antwort auf diese Frage, glauben aber, dass wir selbst in dieser Diskussion eine Führungsrolle einnehmen und sogar Pionier sein sollten.“

Scheuer hatte Ende Januar Pläne einer Regierungskommission für ein Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen brüsk zurückgewiesen. Einige Lobbyisten wollten ihre „immer wieder aufgewärmte Agenda“ durchdrücken, wettete der Minister. Scheuer hatte betont: „Wir wollen die Bürger von den Chancen der Mobilität der Zukunft begeistern und sie mitreißen. Forderungen, die Zorn, Verärgerung, Belastungen auslösen oder unseren Wohlstand gefährden, werden nicht Realität und lehne ich ab.“ Deutschland ist weltweit eines der letzten Länder, das kein Tempolimit auf Autobahnen hat. Eine Diskussion über eine Einführung flammt alle paar Jahre neu auf. Befürworter betonten, dass mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung die Unfallzahlen und die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten zurückgingen und der Schadstoffausstoß reduziert werde.

Kritiker eines Tempolimits führen Zahlen an, wonach es auf Autobahnen, gemessen am Straßennetz, weniger folgenschwere Unfälle als auf Bundesstraßen gibt, und dort gilt bekanntlich eine Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern. Zudem hänge die Höhe des Schadstoffausstoßes nicht maßgeblich von der gefahrenen Höchstgeschwindigkeit ab, sondern davon, wie gut der Verkehr insgesamt fließt. Die deutschen Autobauer haben bislang wenig Sympathie für Tempolimits gezeigt, Volvo mit seinen ebenfalls stark motorisierten Modellen prescht nun im Alleingang vor.

Beim selbst verordneten Tempolimit könnte man den Verdacht einer PR-Aktion haben. Aber unbestritten steht Volvo seit Jahrzehnten für komfortable, solide und vor allem sichere Autos. Und die Schweden haben sich sogar eine Agenda zur Rettung von Menschenleben verordnet, wie sie kein anderer Automobilhersteller hat. Die „Vision 2020“ des Unternehmens, nach der ab kommendem Jahr kein Mensch mehr in einem neuen Volvo getötet oder schwer verletzt werden soll, ist eines der ambitioniertesten Sicherheitsziele innerhalb der Automobilindustrie. Aber technischer Fortschritt allein wird nach Ansicht der Volvo-Entwickler nicht ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen. Daher erweitert der Autobauer nun den Umfang seiner Maßnahmen und legt einen zusätzlichen Schwerpunkt auf das Verhalten des Fahrers. „Volvo gehört in Sachen Sicherheit zu den führenden Unternehmen: Das war schon immer so, und es wird immer so bleiben“, sagte Unternehmenschef Samuelsson. „Ein allgemeines Tempolimit allein reicht nicht aus. Wir sollten vielmehr alles in unserer Macht Stehende tun, selbst wenn wir dadurch nur ein einziges Menschenleben retten“, richtete er sich an die Adresse der weltweiten Automärkte. In Deutschland ohne eine Beschränkung auf Autobahnen dürfte der Appell besonders starkes und wohl geteiltes Echo finden.

Samuelsson bezieht sich auf Forschungen von Volvo, wonach es mehrere Gründe gebe, die das Ziel von null Schwerverletzten oder Getöteten in Fahrzeugen gefährdeten. Zu schnelles Fahren gehöre dazu und habe einen besonders negativen Einfluss auf die Verkehrssicherheit. Das ist sehr defensiv und vorsichtig formuliert. Und dass ein Verzicht auf ein Tempolimit den Straßenverkehr zumindest nicht sicherer macht, müssen wohl auch die Kritiker von Geschwindigkeitsbegrenzungen einräumen. Die spannende Frage lautet nun: Welcher Autobauer zieht als Erstes nach und folgt dem Beispiel Volvos?

Gender Pay Gap in Kalifornien:

Frauen klagen gegen ungleiche Bezahlung bei Google und Oracle

Mirjam Hecking

Die Gehaltslücke zwischen Frauen und Männern wird für US-Konzerne zum Problem: Angestellte von Google und Oracle klagen gegen ungleiche Bezahlung, Hunderte Frauen könnten sich anschließen.

Der amerikanische Softwarekonzern Oracle ist wegen seiner Gehaltspolitik in die Schusslinie geraten. Der Vorwurf: Oracle soll über Jahre Frauen deutlich schlechter bezahlt haben als ihre männlichen Kollegen. Um durchschnittlich 13.000 Dollar sollen Frauen für gleiche Arbeit pro Jahr schlechter gestellt worden sein, heißt es in einer Untersuchung, die mehrere Klägerinnen am Freitag zusammen mit einer Klageschrift bei einem kalifornischen Gericht einreichten. Erklärtes Ziel der Frauen: eine Sammelklage der mehr als 4200 aktuellen und ehemaligen weiblichen Angestellten in Kalifornien. Die früheren Beschäftigten des Softwarekonzerns beschuldigen Oracle, über Jahre wissentlich und willentlich weibliche Angestellte schlechter bezahlt zu haben als ihre männlichen Kollegen - und damit gegen kalifornisches Recht verstoßen zu haben.

Auch gegen Google läuft eine Klage

Als Beleg legten sie eine Auswertung der Oracle-Lohnbuchhaltung vor. Demzufolge lag das Grundgehalt von Frauen im Mittel rund 3,8 Prozent unter dem ihrer männlichen Gegenparts, die Boni 13,2 Prozent und die Aktienbeteiligungen 33,1 Prozent niedriger. Ungleichheiten, die den Angaben zufolge davon unberührt waren, ob die Betroffenen dieselben Bewertungen seitens ihrer Vorgesetzten erhielten sowie über dieselbe Erfahrung verfügten. Oracle ist nicht das einzige Unternehmen, das sich aktuell mit einer Klage wegen ungerechter Gehaltspraktiken konfrontiert sieht. Gegen Google läuft in Kalifornien eine ähnliche Klage, der sich bis zu 8300 weibliche Beschäftigte anschließen könnten.

Diskriminierung amtlich festgestellt

Als problematisch für beide Konzerne könnte sich dabei erweisen, dass sowohl bei Google als auch bei Oracle bereits 2017 seitens des US-Arbeitsministeriums eine Diskriminierung weiblicher Angestellter festgestellt wurde. Oracle wies die Vorwürfe des Arbeitsministeriums damals zurück und erklärte, sie entbehrten jeglicher Grundlage. Der Softwarekonzern stellte laut Presseberichten nach einer entsprechenden Gesetzesänderung im Jahr 2017 lediglich die Praxis ein, Beschäftigte auf Basis deren früherer Verdienste zu bezahlen. Ob das Gericht in San Mateo die Sammelklage gegen Oracle zulässt, ist noch offen.

Nike ist schon weiter

Ein anderer Weltkonzern hat indes aus ähnlichen Vorwürfen bereits Konsequenzen gezogen und seine Gehaltsstruktur egalisiert: Nike. Der Sportartikelhersteller aus Oregon hob nach einer internen Untersuchung das Gehaltsniveau von mehr als 7000 und damit rund 10 Prozent aller weltweit Beschäftigten an, nachdem zahlreiche Mitarbeiter öffentlich gegen Diskriminierung und Belästigungen innerhalb des Konzerns protestiert hatten. Zudem kündigte Nike an, seine Bonuspraxis zu ändern und diese statt an subjektiven Kriterien wie der persönlichen Leistung künftig hauptsächlich an Zahlen festzumachen. Im Zuge der Affäre verließen zahlreiche Manager das Unternehmen, darunter auch der einst als potenzieller CEO-Kandidat gehandelte ehemalige Nike-Markenchef Trevor Edwards. Und auch bei anderen Konzernen schien zuletzt - auch angesichts drohender Klagen - die Sensibilität hinsichtlich fairerer Bezahlung gewachsen zu sein. Zumindest haben mehr als 100 Firmen, darunter auch große Unternehmen wie AT&T, Gap, Mastercard und Target, angekündigt, sich um die Schließung der sogenannten "Gender Pay Gap" zu bemühen. In Deutschland, wo Frauen laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit rund 6 Prozent weniger verdienen als Männer, haben Konzerne aufgrund dieser Praxis deutlich weniger zu befürchten als in Kalifornien.

Kaum Druckmittel gegen deutsche Konzerne

Zwar greift seit Juli 2017 auch hierzulande ein sogenanntes "Entgelttransparenzgesetz", das Angestellten das Recht gibt, Auskunft über die Gehälter von Kollegen in vergleichbaren Positionen zu erhalten. Es gilt allerdings nur dann, wenn der Betrieb mindestens 200 Beschäftigte hat. Bislang blieb das Gesetz allerdings weitgehend folgenlos. Laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung löste das Gesetz in den meisten Betrieben keine Aktivitäten aus. Hierzulande haben Betriebe, die das Gesetz ignorieren, bislang aber auch keinerlei rechtliche Konsequenzen zu fürchten.

Schwarze Liste: EU-Kommission benennt Geldwäsche-Staaten

Markus Becker

Die EU-Kommission zeigt sich hart: Die neue schwarze Liste der Geldwäsche-Staaten soll nach SPIEGEL-Informationen auch Panama und Saudi-Arabien aufführen. Deutschland wollte das verhindern.

Lange hat es gedauert, aber nun geht es wohl doch voran: Die EU-Kommission wird nach Informationen des SPIEGEL am Mittwoch eine Schwarze Liste vorstellen, auf der 23 Staaten mit hohem Risiko für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verzeichnet sind, darunter auch Panama und Saudi-Arabien.

Ausgerechnet um diese beiden Länder - Panama gilt seit langem als Oase für zwielichtige Finanzgeschäfte, Saudi-Arabien als Geldquelle für Terroristen - war in den vergangenen Tagen heftiger Streit zwischen der EU-Kommission und dem Rat der Mitgliedstaaten entbrannt. Großbritannien soll mit Unterstützung anderer EU-Staaten, darunter Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland - zunächst versucht haben, Panama und Saudi-Arabien von der Liste zu streichen. Zudem soll es im Rat auch grundsätzliche Kritik an der Liste gegeben haben, etwa dass sie zu strenge Maßstäbe anlege.

Tatsächlich wendet die EU-Kommission bei ihrer Liste eine eigene Methodik an: Auf Basis von Daten der EU-Polizeibehörde Europol, dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Financial Action Task Force (FATF) soll entschieden werden, von welchen Ländern die größte Geldwäschegefahr ausgeht. Anfangs wollte sich die Kommission lediglich auf die Liste der FATF, einer 1989 gegründeten internationalen Anti-Geldwäsche-Organisation, stützen. Sie enthält allerdings nur elf Staaten. Panama und Saudi-Arabien gehören nicht dazu. Das Resultat: Das EU-Parlament, das der Schwarzen Liste ebenfalls seinen Segen erteilen muss, stellte sich im Januar 2017 quer.

Im zweiten Anlauf geht EU-Justizkommissarin Vera Jourova nun deutlich härter gegen die Geldwäscher vor. Sie riskiert damit sowohl den Konflikt mit einigen großen EU-Staaten als auch mit den Ländern auf der Liste. So sprach Anfang Februar der saudi-arabische Außenminister Adel al-Dschubeir persönlich bei Kommissarin Jourova in Brüssel vor - offenbar ohne Erfolg. Auch Panama soll noch in letzter Minute versucht haben, zu intervenieren. Mit Washington droht ebenfalls neuer Ärger, denn auf der Liste befinden sich dem Vernehmen nach US-Gebiete wie die Amerikanischen Jungferninseln und Amerikanisch-Samoa.

Erheben der Rat der EU-Staaten und das Parlament einen Monat lang keinen Einspruch, wird die Schwarze Liste gemäß dem Kommissionsvorschlag umgesetzt. Den betroffenen Staaten werden dann bestimmte Geschäfte mit der EU deutlich erschwert. Europäische Banken und andere Firmen etwa müssen Partner in den Risikoländern verschärft überprüfen und beispielsweise klären, wozu eine Transaktion erfolgen soll und woher das Geld kommt.

In der Kommission ist man optimistisch, dass die Liste kommt. Dass der Rat das Vorhaben noch kippt, gilt als unwahrscheinlich. Dazu müssten die Regierungen der betreffenden Staaten nicht nur ihren Widerspruch öffentlich machen, anstatt ihn lediglich in Expertengremien zu äußern. Sie müssten auch eine qualifizierte Mehrheit von 16 der 28 Mitgliedsländer organisieren, die gemeinsam mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung stellen.

Auch aus dem EU-Parlament ist mit keinem größeren Widerstand mehr zu rechnen, dort waren die Forderungen nach einem härteren Vorgehen vor zwei Jahren schließlich am lautesten. Der CSU-Finanzpolitiker Markus Ferber etwa warf der Kommission damals "Arbeitsverweigerung" vor.

Mit der neuen Liste stößt Kommissarin Jourova dagegen auf Zuspruch. Sie sei "ein wichtiger Fortschritt gegen schmutziges Geld in Europa", meint der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold. Es sei "enttäuschend", dass auch die Bundesregierung versucht habe, Saudi-Arabien und Panama von der Liste zu nehmen. "Gut, dass die EU-Kommission hart geblieben ist", so Giegold.

Allerdings müsse die Kommission nicht nur wie geplant veröffentlichen, warum die Risiko-Länder in die Schwarze Liste aufgenommen wurden - sondern auch transparent machen, warum andere Staaten dort nicht auftauchen, wie etwa Russland oder Aserbaidschan.

So machst du dich in 7 Schritten selbstständig

Paulina Heilen

Du willst dich nebenberuflich selbstständig machen? Unsere Autorin Paulina zeigt dir in 7 Schritten, wie sie von der ersten Idee zur eigenen Cocktailbar kam.

Selbstständig machen – Schritt 1: Ideenfindung

Die Idee, eine mobile Cocktailbar zu gründen, hatte ich von einem damaligen Arbeitskollegen und war sofort begeistert. Eine perfekte Verbindung aus Gastronomie, Kreativität und eben einigen wirtschaftlichen Aspekten. Alles Dinge, die mir schon immer Spaß gemacht haben. Vor allem für den Anfang ist es wichtig, zu überlegen, welchen Charakter das Unternehmen haben soll. So erzeugst du ein Leitbild für alles, was jetzt noch kommt. Für welche Werte stehst du und wie wird es für die Kundinnen sichtbar?

Wir benutzen beispielsweise frische Zutaten und keine zusätzlichen Geschmacksverstärker, pressen unseren Limettensaft frisch selbst und verzichten auf billigen Alkohol. So schmeckt der Cocktail einfach natürlicher und man mindert die Chance auf Kopfschmerzen am nächsten Tag.

Selbstständig machen – Schritt 2: Team finden

Das Projekt alleine angehen wollte ich nicht. Viel schöner und auch produktiver ist es doch, wenn man sich mit seinen Fähigkeiten ergänzt und in einem Team gemeinsam etwas auf die Beine stellt. So kam meine Fußballfreundin Mona ins Spiel, die ich nicht nur schon lange kannte, sondern die auch durch ihren elterlichen Catering-Betrieb eine Menge gastronomisches Wissen vorweisen konnte. Mit meiner Ausbildung zur Bankkauffrau hatte ich die wirtschaftlichen Grundlagen – und so ergänzten wir uns perfekt.

Selbstständig machen – Schritt 3: Gewerbe anmelden

Die Gesellschaft gründen, das Gewerbe anmelden und Voraussetzungen für die Branche erfüllen, etwa Gastronomie-Zertifikate – all das sind Dinge, über die sich jede Unternehmerin zur Gründung auf jedem Fall Gedanken machen muss. Wenn du eine Gesellschaft gründest, kannst du zwischen verschiedenen Gesellschaftsformen wählen, die alle unterschiedliche Vor- und Nachteile haben. Wir haben uns für eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (kurz: GbR) entschieden, da die Gründung einer GbR ziemlich unkompliziert ist. Du musst dir auch über deine Finanzen klar werden. Was brauchst du an Startkapital? Kannst du den Anfang selbst finanzieren oder brauchst du einen Kredit?

Selbstständig machen – Schritt 4: Loslegen

Unsere Bar besteht aus vier Paletten und zwei dazwischenliegenden Arbeitsflächen, die wir uns von einem befreundeten Schreiner mit einfachen Mitteln haben zusammenbauen lassen. Dass wir im Gegenzug auf der Silberhochzeit von ihm und seiner Frau Cocktails machen, erklärt sich von alleine. Nicht auszumalen, was wir finanziell für eine industriell gefertigte Bar hätten bezahlen müssen.

Selbstständig machen – Schritt 5: Produkt testen und verbessern

Nachdem wir den Entschluss gefasst hatten, das Projekt „ArriBar“ anzugehen, haben wir uns für einen Cocktailkurs angemeldet, um uns eine Wissensgrundlage zu schaffen. An dem Abend haben wir sechs verschiedene Cocktails gelernt. Wir haben dann später selbst geschaut, was wir an der Mischung verändern würden.

Selbstständig machen – Schritt 6: Die Bekanntheit steigern

Wahrscheinlich denkst du gerade an soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram, was auch für uns die naheliegendsten Möglichkeiten waren, um mit der Bekanntmachung unseres Unternehmens zu starten. Außerdem haben wir selbst eine eigene Homepage gestaltet, was du heutzutage ohne jegliche Programmierkenntnisse selbst erledigen kannst.

Selbstständig machen – Schritt 7: Durchstarten

Was „durchstarten“ jetzt für dich konkret bedeutet, kannst du selbst bestimmen. Im allgemeinen soll es aber heißen: Setz dir immer wieder kleine und große Ziele, die du erweiterst, wenn du eins erreicht hast. Sei es, dass du deine Produktpalette ausbaust oder die Anzahl deiner Aufträge im nächsten Jahr um 20 Prozent steigern möchtest.

Wir möchten in unserem zweiten Geschäftsjahr mehr Cocktails in unsere Karte aufnehmen und mehr auf Hochzeiten unterwegs sein. Mit dem Gewinn aus dem vergangenen Geschäftsjahr könnten wir uns einen eigenen Anhänger leisten, mit dem wir dann noch flexibler unterwegs wären.

Jahreswirtschaftsbericht: Die Angst vor dem großen Absturz

Richard Fuchs

Auf den ersten Blick kaum Neues: Deutschlands Wirtschaft wächst, wenn auch langsamer. Doch wer den Jahreswirtschaftsbericht der Regierung genauer liest, der entdeckt: Dem Aufschwung geht die Luft aus. Der Aufschwung in Deutschland geht auch im zehnten Jahr in Folge weiter - zumindest vorerst. Wie Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Mittwoch in Berlin betonte, rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit einer Zunahme des Wirtschaftswachstums um 1,0 Prozent. 2017 lag das Bruttoinlandsprodukt noch bei 2,2 Prozent, im vergangenen Jahr immerhin bei 1,5 Prozent. Jetzt verlangsamt die Wirtschaftslokomotive in Europa also wieder ihre Fahrt.

"Das ist die längste Aufschwungphase seit 1966", freute sich der Minister dennoch, ohne zu verschweigen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik des Landes deutlich verlangsamt habe. Beschäftigung, Löhne, Auftragsbücher: Überall dominierten noch die positiven Vorzeichen, gab sich Altmaier gemäß seines Job-Profiles als Mutmacher der Wirtschaft zweckoptimistisch: "Nach allem, was wir sagen können, geht der Aufschwung weiter." Um aufkommende Zukunftsängste von Bürgern und Unternehmen zu zerstreuen, formulierte er das Ziel, die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf einen Rekordtiefstand von weniger als fünf Prozent drücken zu wollen. Ob das bloßes Wunschdenken bleibt, entscheidet sich vor allem auf der internationalen Bühne. Die globalen Wirtschaftsrisiken haben spürbar zugenommen. Viele davon, wie beispielsweise ein unregelmäßiger Austritt Großbritanniens aus der EU, könnten schon in wenigen Wochen eine Rezession einläuten. Kaum verwunderlich, dass Minister Altmaier gebetsmühlenartig Regierung und Parlament in London beschwor, es nicht zu diesem No-Deal-Szenario kommen zu lassen.

Auch der Handelskonflikt zwischen den USA und China belastet die deutschen Konjunkturaussichten zunehmend. Dass es bislang zu keiner Eskalation dieses Konflikts gekommen sei, dazu habe auch die beharrliche diplomatische Arbeit der Bundesregierung beigetragen, betonte der Minister selbstbewusst. Dass die von deutschen Autoherstellern provozierte Diesel-Krise zu einem möglichen Abschwung der Wirtschaft beiträgt, wollte Altmaier so nicht gelten lassen. Nach seinen Angaben hat der Betrug bei der Abgasreinigung bei VW, Audi, Mercedes und anderen Marken das Bruttoinlandsprodukt um gerade einmal 0,2 Prozent gedämpft. Eine schnelle Lösung des Konflikts sei deshalb zwar wünschenswert, einen großen Wachstumsimpuls erwarte er davon aber nicht. Noch seien die Auftragsbücher der Unternehmen voll, sagte Altmaier. Und dem Problem, dass Betriebe zwar Aufträge, aber keine Mitarbeiter hätten, habe sich die Regierung bereits angenommen. Nicht zuletzt durch die Verabschiedung eines Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes, das vom Kabinett abgesegnet wurde und damit die erste parlamentarische Hürde bereits genommen habe.

Um einen möglichen Abschwung zu verhindern, plädiert Altmaier dafür, die verfügbaren Haushaltsspielräume zu nutzen, um jetzt "Wachstumsimpulse" zu setzen. So fordert er ein Planungsbeschleunigungsgesetz, weil das für Breitbandausbau und Zukunftsinvestitionen bereitgestellte Geld aus der Staatskasse oft nicht abgerufen werden kann, da bürokratische Hindernisse schnelle Baumaßnahmen verhindern. Zudem fordert er, den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen schnell mit ersten Maßnahmen anzugehen. Die Bundesregierung habe sich zudem darauf geeinigt, dass Unternehmen deutlich mehr und deutlich unkomplizierter Forschungsausgaben steuerlich geltend machen können. "Wir ziehen damit mit vielen europäischen Ländern gleich", sagte Altmaier. Zudem sollen Dokumentationspflichten für Unternehmen gelockert werden, um eine spürbare bürokratische Entlastung zu erreichen. Insgesamt hofft der Minister, mit diesem Maßnahmenbündel rund 10 Milliarden Euro zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf zu bringen. Sein Ziel: "Wir wollen, dass die guten Jahre weitergehen."

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), Joachim Lang, sieht dagegen "enormen Handlungsdruck", der weit über das hinausgehe, was der Minister plane. Die Bundesregierung habe sich zu lange mit Umverteilen beschäftigt und zu wenig Investitionen auf den Weg gebracht. Auf dem Wunschzettel des mächtigen Industrieverbands ganz oben: kräftige Steuersenkungen, um die effektive Steuerlast der Unternehmen in Deutschland von aktuell mehr als 30 Prozent auf den EU-Durchschnitt von rund 22 Prozent zu senken. Dass insbesondere multinationale Konzerne wie Apple, Amazon oder Ikea durch Steuervermeidungsstrategien selten den eigentlich fälligen Steuersatz zahlen, bleibt in dieser Wunschliste unerwähnt. Wirtschaftsminister Altmaier signalisierte dagegen, dass Steuersenkungen für die Bundesregierung von CDU, CSU und SPD keine Priorität hätten. Stattdessen setzt der Minister auf Leuchtturmprojekte, die ausstrahlen und andere Investitionen nach sich ziehen sollen. So investiert sein Ressort eine Milliarde Euro, um eine weltweit konkurrenzfähige Batteriezellen-Produktion in Deutschland mit hiesigen Unternehmen aufzubauen. Zudem fordert der Minister seit längerem, nach dem Vorbild des europäischen Flugzeugherstellers Airbus, einen europäischen Industriechampion in Sachen Künstlicher Intelligenz aufzubauen.

Wo Wohnraum zum Luxusgut geworden ist

Thomas Öchsner

Das Wohnen in Deutschlands Großstädten ist auch im vergangenen Jahr wieder teurer geworden. Die Mietpreise in München, Hamburg, Stuttgart, Berlin, Frankfurt, Köln und Düsseldorf stiegen 2018 im Durchschnitt um 4,2 Prozent. Damit ist das Plus nicht mehr so stark wie in den Vorjahren - doch für viele Haushalte ist das Wohnen in den fragten Städten unbezahlbar geworden.

Nur, was heißt das überhaupt? Wo überall hat sich die Lage verschlimmert? Und wo können sich Durchschnittsverdiener Mieten noch gut leisten? Das unabhängige Empirica-Institut hat dies in der Studie "Wachsende Ungleichheit durch Wohnraum in Deutschland" analysiert. Die wichtigsten Ergebnisse: Vor allem für Familien mit Kindern und für Alleinerziehende haben sich seit 2012 die Chancen verschlechtert, sich eine Mietwohnung leisten zu können. Von den 90 Prozent der Haushalte, die keine staatliche Hilfe wie Wohngeld erhalten und ihren Wohnraum ausschließlich mit dem eigenen Einkommen finanzieren, habe ein erheblicher Teil "prekäre Mietbelastungen zu tragen. Sie benötigten eigentlich ebenfalls eine staatliche Unterstützung", heißt es in der Studie von Timo Heyn und Marco Schmandt.

Bei der Frage, wann eine Miete als noch bezahlbar gilt, orientieren sich Experten an der 30-Prozent-Marke: Wird ein größerer Anteil des verfügbaren Einkommens fürs Wohnen ausgegeben, gilt dies besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen als problematisch, weil dann für Essen, Kleidung oder Freizeit zu wenig übrig bleibt. Diese 30 Prozent waren auch für die Forscher des Berliner Instituts die Messlatte, gleichzeitig haben sie die regional unterschiedlichen Einkommen der privaten Haushalte herangezogen und mit den angebotenen Neumieten verglichen.

Dabei zeigte sich: Es gibt innerhalb Deutschlands ein großes Stadt-Land-Gefälle. Demnach kann sich in München "ein Haushalt mit einem im lokalen Maßstab durchschnittlichen Einkommen lediglich noch 14 Prozent der angebotenen Mietwohnungen leisten. Im Kontrast dazu kann sich ein Haushalt mit einem ebenfalls im lokalen Maßstab durchschnittlichen Einkommen im ländlichen Ostdeutschland bis zu über 90 Prozent der angebotenen Mietwohnungen leisten", schreiben die Empirica-Forscher.

Aber nicht nur in München, Stuttgart, Köln, Darmstadt oder Starnberg ist bezahlbarer Wohnraum besonders knapp. Laut der Untersuchung gilt dies auch für die Landkreise Lindau am Bodensee, Miesbach und Bad-Tölz-Wolfratshausen. "In gut der Hälfte der Kreise spannt sich der Wohnungsmarkt weiter an, die Verfügbarkeit von Mietwohnungen nimmt ab. Gleichzeitig steigt die Verfügbarkeit in der anderen Hälfte der Kreise", heißt es in der Studie. Deutlich schlechter geworden ist es nach Angaben von Empirica in Kempten, in den Landkreisen Unterallgäu, Ostallgäu, Dachau und Kelheim, aber auch in Osnabrück, Nürnberg und Augsburg.

Dass weniger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, hat mehrere negative Folgen: Es wird weniger umgezogen, auch wenn die bestehende Bleibe nicht mehr richtig passt. Familien müssen dann auf zu engem Raum wohnen oder Haushalte mit älteren Bewohnern in ihrer Wohnung bleiben, obwohl sie gern in ein barrierefreieres Domizil, etwa mit Aufzug, umziehen möchten. Auch werde durch hohe Mietkosten die Ungleichheit in der Gesellschaft vergrößert, kritisieren die Forscher.

Sie sprechen sich dafür aus, die Höhe des Wohngelds stärker an den Mietpreisen in den jeweiligen Regionen zu orientieren und die Hilfe schneller zu erhöhen als bisher. "Die Wohngeldleistungen müssen der wachsenden Marktpreisung besser gerecht werden", fordern die Immobilienexperten.

Außerhalb Deutschlands ist es aber in einigen Städten der Welt noch viel schwieriger, sich von seinem Einkommen eine Wohnung zu leisten, wenn man nicht gerade zu den Top-Verdienern zählt. Das zeigt eine Untersuchung des Wohnungsportals Nestpick. Dabei wurde in mehr als 700 Stadtteile in 50 Städten weltweit ermittelt, was für ein Gehalt nötig ist, um eine 50 Quadratmeter große Single-Wohnung beziehungsweise eine gut 100 Quadratmeter große Wohnung für eine Familie mieten zu können. Die 30-Prozent-Marke wird dabei teilweise dramatisch überschritten. Unbezahlbar für Durchschnittsverdiener sind Wohnungen etwa in der City of London, in Singapur oder in Seoul. Verglichen damit ist München trotz seiner Stellung als Deutschlands teuerster Immobilien-Standort noch vergleichsweise günstig.

Der Protest der Generation Klimawandel

Jens Thureau

Die Zahlen zum Klima-Schülerprotest an diesem Freitag: Demonstrationen in über 1500 Städten auf der ganzen Welt, 200 davon in Deutschland. Es wird Zeit, diesen Protest ernster zu nehmen.

Was ist das, was sich da mittlerweile jeden Freitag in deutschen Städten, in Städten weltweit abspielt? Wenn junge Leute - Schüler und Studenten - Hörsäle und Klassenzimmer verlassen und für den Schutz des Klimas auf die Straße gehen? Oft mit dem Segen der Eltern und auch der Schulen, die sich so langsam überlegen müssen, wie sie mit der Ernsthaftigkeit umgehen, die die junge Generation dabei an den Tag legt. Ist das eine vorübergehende Politisierung, nicht weiter ernst zu nehmen, wie manche Politiker argwöhnen? Oder steckt mehr dahinter?

Zunächst einmal überrascht die schiere Masse, die einfach so entsteht, ohne direkten Anlass, einfach ausgelöst durch die tiefe Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit der jungen Schwedin Greta Thunberg, die sich Mitte vergangenen Jahres in Stockholm einfach vor das Parlamentsgebäude setzte, anstatt zur Schule zu gehen. Na klar: Der Reiz des Verbotenen spielt sicher eine Rolle, auch die Aussicht auf ein paar spannende Stunden außerhalb der Schulmauern, ohne sich gleich einen Schulverweis dafür einzuhandeln. Aber die Bewegung "FridaysforFuture" darauf zu reduzieren, wäre ziemlich arrogant.

Wo immer man die Freitags-Demonstrationen beobachtet, fällt die perfekte Organisation auf. Und zwar von den Schülern selbst. Etablierte Umweltgruppen wie Greenpeace bieten ihre Hilfe an, die wird auch angenommen, aber vereinnahmen lassen sich die Kids nicht. Und mit der gleichen Ernsthaftigkeit halten sie uns, der Elterngeneration, den Spiegel vor, wie es jede erfolgreiche Jugendbewegung zu jeder Zeit getan hat. Die Studenten des Jahres 1968 fragten ihre Eltern, wo sie gewesen waren, als Deutschland gegen alle zivilisatorische Errungenschaft in tiefe Barbarei abrutschte. Die Friedensbewegung Anfang der 1980er-Jahre weigerte sich rundheraus, der politischen Logik des Wettrüstens weiter zu folgen.

Und die Jugendlichen heute leben oft in einer extrem konsumorientierten Gesellschaft, auch von ihren auf Selbstverwirklichung fixierten Eltern vorgelebt. Und bemerken doch, wie Gewissheiten und Verbindlichkeiten schwinden, wie sich Familien auflösen. Und wie groß der Widerspruch ist zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist, gerade der Eltern. Es ist diese Elterngeneration, die doch in jeder Umfrage kundtut, wie wichtig ihr der Schutz des Klimas ist. Und die aber doch immer mehr Geld für Flugreisen und das neueste SUV-Modell ausgibt. Und deshalb ist der Schutz des Klimas das ideale Thema für die Heranwachsenden heute.

Ein Problem könnte recht schnell das Mittel des Protests - der Streik - werden. In Deutschland immerhin gibt es die Schulpflicht. Eltern, Lehrer und Politiker können nicht ewig zuschauen, wenn Greta Thunberg und ihre Mitstreiter verkünden, so lange streiken zu wollen, bis beim Schutz des Klimas endlich etwas passiert. Aber dann ändern sie eben die Protestform. Die Bewegung selbst muss das nicht beenden.

Seit der UN-Umwelt-Konferenz von Rio 1992, als der Multilateralismus noch etwas galt, versucht sich die Weltgemeinschaft mehr oder weniger erfolgreich am Schutz des Klimas. Das Thema war immer schon populär: 2007 erhielten der Weltklimarat und der frühere US-Vizepräsident Al Gore den Friedensnobelpreis. Vertreter der etablierten Erwachsenenwelt. Aber die Emissionen steigen munter weiter. Jetzt ist Greta Thunberg für den Nobelpreis vorgeschlagen worden. Ob man ihr damit einen Gefallen tut, sei dahingestellt. Aber dass der Klimaschutz jetzt zum Thema einer jungen Generation wird, die steigende Meeresspiegel und Hitzerekorde nicht mehr - wie ihre Eltern - einfach mit schlechtem Gewissen zur Kenntnis nehmen mag, kann doch eigentlich nicht verwundern: Denn diese Generation wird die erste sein, die Zeit ihres Lebens mit den immer stärker spürbaren Folgen der Erderwärmung wird leben müssen.

Wahlrecht ab 16 : Wer später zahlen muss, soll heute mitentscheiden dürfen

Markus Becker

Menschen in Vollbetreuung dürfen jetzt auch an der Europawahl teilnehmen - Menschen unter 18 Jahren aber immer noch nicht. Dieser Zustand ist unhaltbar in einer Zeit, in der Politik auf dem Rücken der Jugend gemacht wird.

Wer in Deutschland etwas dürfen will, muss meist erst einmal beweisen, dass er es kann. Vor das Autofahren hat der Gesetzgeber den Führerschein gesetzt, den Herd schließt nur der gelernte Elektriker an. Nicht einmal einen Fisch darf man in Deutschland ohne Lizenz aus dem Teich und ins Jenseits befördern. Wählen aber - und damit das Schicksal des ganzen Landes mitbestimmen - dürfen alle, egal ob sie wissen, was sie tun. Nur alt genug dafür müssen sie sein. Das ist ein merkwürdiger Zustand. Wer beispielsweise Deutscher werden will, muss im Einbürgerungstest Dutzende Wissensfragen beantworten, bevor er Pass und Wahlrecht erhält. Wer aber schon Deutscher ist, nur dank des Zufalls der Geburt, bleibt vor der Wahl vor solchen Tests verschont. Warum eigentlich?

Zyniker würden jetzt sagen, dass dann nur noch eine Minderheit der Biodeutschen wählen dürfte und die Politik anschließend ein gewisses Legitimitätsproblem hätte. Ein Wahleignungstest wird also so schnell nicht kommen. Stattdessen hat das Bundesverfassungsgericht die Gruppe der Wahlberechtigten am Montag noch einmal vergrößert - um rund 83.000 Menschen, die behindert sind und in Vollbetreuung stehen. Dazu kommen Straftäter, die wegen Schuldunfähigkeit in der Psychiatrie untergebracht sind.

Die Absurdität dieses Zustands zeigte sich selten so klar wie am Dienstag. Nur einen Tag nach der Betreuten-Entscheidung des Verfassungsgerichts war die Klimaaktivistin Greta Thunberg im Europaparlament zu Gast. Eine 16-Jährige, die mit Abgeordneten debattieren darf und dem Umweltausschuss des Parlaments eine rekordverdächtige Aufmerksamkeit beschert, darf im Mai nicht einmal wählen gehen. Das gleiche gilt für alle anderen der fast elf Millionen 16- und 17-Jährigen in der EU, sofern sie nicht Bürger Maltas oder Österreichs sind.

Ist der Anteil derjenigen, die politisch wenig urteilsfähig sind, in dieser Altersgruppe statistisch gesehen größer als unter den, sagen wir, 30- bis 40-Jährigen? Vermutlich. Andererseits: Statistisch gesehen sind auch mehr als 40 Prozent der über 90-Jährigen dement. Ihnen deshalb pauschal das Wahlrecht zu entziehen (oder auch nur einen Eignungstest einzuführen), fordert aus guten Gründen niemand.

Das politische Machtgefälle von Alten zu Jungen wird derweil immer größer, Deutschland und andere EU-Staaten sind auf dem besten Weg in die Gerontokratie. Ein Musterbeispiel ist die Rentenpolitik der Bundesregierung: Ob Mütterrente oder "Respekt-Rente", die horrende Zeche zahlen die heute Jungen. Deutschland verfehlt seine Klimaziele, und die Rechnung geht wieder an: die kommenden Generationen.

Die Jugend hat dergleichen bisher schulterzuckend oder gar nicht zur Kenntnis genommen. Doch der oft gehörte Vorwurf der Älteren, der Nachwuchs interessiere sich nicht für Politik, ist mittlerweile nicht nur offensichtlich falsch. Er ist auch zynisch: Warum sollte man sich für etwas interessieren, das man nicht beeinflussen kann? Dieses Gefühl dürfte auch bei denen vorherrschen, die das Wahlalter schon seit ein paar Jahren erreicht haben: Sie mögen zwar wählen dürfen, ihr Einfluss auf die Politik aber ist marginal.

Rentnern mangelt es dagegen keineswegs an politischem Gewicht und Engagement. Sie gehen gegen Stuttgart 21 auf die Straße und brillieren bei der Gründung von Bürgerinitiativen gegen Windräder, Mobilfunkmasten, Motorradlärm. Aber wo bleibt der Aufstand der Alten gegen den Klimawandel, also derer, die in Sonntagsreden gern betonen, für sie sei nichts wichtiger als das Wohl ihrer Kinder und Kindeskinde?

"Ihr müsst uns zuhören", rief Thunberg ihnen in ihrer Rede im EU-Parlament zu. "Wir können nicht wählen. Ihr müsst für uns wählen, für eure Kinder und Enkel." Es spricht wenig dafür, dass die Älteren das tun werden. Dafür sollten sie den Jungen erlauben, zu wählen. Es wäre das Mindeste.

Guerilla-Häkeln : "Ich freue mich so sehr, wenn die Leute anhalten und schauen"

Jens Schreiner

In einem Hamburger Ortsteil umhäkelt Dörte Horstmann Laternenpfähle oder Straßenschilder. Interview mit einer Frau, die dem Alltag ein wenig Farbe schenken möchte.

SPIEGEL ONLINE: Frau Horstmann, Sie dekorieren seit einiger Zeit einen Straßenzug im Hamburger Stadtteil Moorfleet mit Häkelarbeiten. Wie ist es dazu gekommen?

Dörte Horstmann: Es begann mit dem "Vorfahrt-achten"-Straßenschild, das ich von hinten mit einer gehäkelten Schildkröte behängt habe. Da war immer die graue Fläche der Rückseite des Schildes, ich guckte aus meiner Wohnung immer drauf, das fand ich hässlich. Ich bin hier die "Schildkröten-Mama", habe ein Faible für Schildkröten und hole seit einigen Jahren alle, die im Hamburger Tierheim abgegeben werden oder ausgesetzt wurden, zu mir. Ich versorge inzwischen 17 Tiere in unserem Gewächshaus. Da dachte ich, ein Schildkröten-Straßenschild - das passt.

SPIEGEL ONLINE: Sind Sie selbst auf die Idee gekommen oder haben Sie das mal irgendwo gesehen?

Horstmann: Dass Pfähle, Pfosten oder Stangen bestrickt waren, hab ich mal in Wien gesehen. Da dachte ich, ach guck mal, das ist ja schön. Dieser kleine Moment, mal kurz innezuhalten und sich zu freuen. Dann ist das ja so eine Welle geworden, Guerilla-Knitting heißt das. Den öffentlichen Raum netter gestalten, das hat mir gefallen. Anfangs hab ich gestrickt, jetzt häkele ich aber mehr, da kann man die Figuren besser modellieren.

SPIEGEL ONLINE: Wie viele Objekte haben Sie inzwischen gehäkelt?

Horstmann: Wahrscheinlich um die 50. Ich platziere auch immer etwas nach Jahreszeit. Im Winter kommt der Schneemann Olaf um die Stange eines Straßenschildes, der hat eine Lichterkette in den Kugeln eingehäkelt und kann abends leuchten. Im Sommer war die Giraffe Mordillo da, im Herbst hänge ich eine Spinne in ein gehäkeltes Spinnennetz. Jetzt ist das nur ein Mandala ohne Spinne. Zu Ostern habe ich Küken und Hühner gehäkelt, die hab ich vor zwei Wochen rausgestellt. Ich hab ja Zeit, früher hatten wir die Arbeit in der Gärtnerei, Pflege der Eltern, drei Kinder. Jetzt sind die groß und ich muss nicht mehr so viel arbeiten.

SPIEGEL ONLINE: Wie reagieren Passanten?

Horstmann: Ach, ich freue mich so sehr, wenn die Leute anhalten und schauen. Selbst schnelle Rennradfahrer fahren vorbei, bremsen und kommen zurück, um das zu fotografieren. Einen Augenblick mal rausziehen aus dem Alltag und überrascht sein - oh, da war was. Für ein Lächeln, das ist doch wunderbar. Inzwischen ist das ein Selbstgänger. Kinder fordern ihre Eltern auf, dort langsam zu fahren, weil sie gucken wollen, ob es wieder was Neues gibt.

SPIEGEL ONLINE: Wie lange hängt so ein Motiv normalerweise?

Horstmann: Das erneuere ich immer. Die Schildkröte zum Beispiel ist bestimmt schon die achte oder neunte, die Sonne bleicht die Wolle ganz schnell aus. Dann sieht es nicht mehr schön aus. Manchmal wird es auch geklaut. Neulich zum Beispiel haben sie die gesamte Ostergarnitur geklaut. Küken, Hühner, Eier, Eule - alles weg. Dann fang ich eben wieder von vorne an. Einerseits blöd, andererseits denk ich: Toll, deine Kunst ist so begehrt, dass sie gemopst wird. Man muss das positiv sehen. Inzwischen kriege ich schon Woll-Spenden, jeder hat ja irgendwo noch was rumliegen.

SPIEGEL ONLINE: Gab es schon mal Beschwerden von Behörden?

Horstmann: Nee, da kam noch nichts. Selbst der Ortspolizist hier, der sonst alles ganz genau nimmt, hat noch nichts gesagt.

SPIEGEL ONLINE: Haben Sie noch weitere Ideen zur Verschönerung der Straßen?

Horstmann: Neulich hab ich im Netz gesehen, dass Privatleute tiefe Schlaglöcher mit durchsichtigem Kunstharz ausgießen und kleine Gummifische da reinsetzen. Das hat mir gefallen. Ist ja sogar nützlich, denn stellen Sie sich mal vor, in so ein tiefes Loch fährt ein Motorrad- oder Radfahrer, was da passieren kann. Ich hab mich informiert, das Ausgießen mit Kunstharz ist sogar legal. Ist nicht strafbar. Vielleicht mach ich mal so was.

(häkeln = faire du crochet)

Spiegel Online, 18.04.2019

Was Städte beim Schulbau falsch machen

Annick Eimer

In deutschen Großstädten leben immer mehr Kinder, Schulen brauchen dringend neue Klassenzimmer. Doch beim eiligen Bau und Ausbau wiederholen sie alte Fehler - und machen jede Menge neue.

"Es ist erschreckend, wie wenig im Schulbau auf die Bedürfnisse der Schüler geachtet wird," schimpft Christian Rittelmeyer. Rittelmeyer ist emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Göttingen. Seit über dreißig Jahren erforscht er Schulbauten und was Kinder von ihnen halten.

Für Studien hat er Schülern Bilder von Schulen vorgelegt und sie gefragt, wie die Gebäude auf sie wirken. "Kasernenbauten", "Blechkästen" und "Gefängnisse" sind nur einige der negativen Bezeichnungen, die Rittelmeyer bei den Schülern eingesammelt hat.

Doch diese Einschätzungen spielen für Schulplaner keine Rolle. Derzeit hat der Schulbau in Großstädten Hochkonjunktur. In Berlin steht gerade die nächste "Schulbauoffensive" an, denn die Stadt wächst. Und vor allem: Sie hat immer mehr schulpflichtige Kinder. Deswegen will Berlin bis 2026 für 2,8 Milliarden Euro 60 neue Schulen bauen.

In anderen Großstädten sieht es nicht anders aus. Mit 25 Prozent mehr Schülern rechnet Hamburg in den kommenden Jahren und steckt nun vier Milliarden Euro in den Neu- und Ausbau von Schulen. Frankfurt am Main hat ausgerechnet, dass bis 2022 über 20 Prozent mehr Grundschulplätze im Vergleich zu 2016 benötigt werden. Auch in Köln und München steigen die Schülerzahlen kontinuierlich. Die Städte stehen unter Druck.

Doch die Studien von Christian Rittelmeyer und anderen Autoren zur Schulbauforschung scheinen den heutigen Stadtplanern unbekannt zu sein. Die Forderung, Schulgebäude den Bedürfnissen ihrer Nutzer entsprechend zu bauen, wird kaum berücksichtigt, sagt Rittelmeyer: "Es hat sich erstaunlich wenig geändert."

Für ein Umdenken im Schulbau setzt sich auch Barbara Pampe ein. "Man könnte es als eine Chance sehen und den aktuellen Bedarf nutzen, um zu experimentieren und tolle, innovative Schulen zu bauen", sagt die Architektin von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Die Stiftung pocht vor allem darauf, der sogenannten Phase 0, in der die Anforderungen an die Gebäude ermittelt werden, mehr Zeit einzuräumen.

"Bei jedem Bürogebäude wird erst einmal gefragt, welche Funktionen es erfüllen muss, beim Schulbau ist das leider noch die Ausnahme", so Pampe. Doch den Städten mangelt es an Zeit, Geld und Platz. Was dazu führt, dass eher schnelle, kostengünstige und platzsparende Lösungen bevorzugt werden - mit weitreichenden Folgen. So hat sich das Land Berlin aktuell für die Typenbauweise entschieden. Das bedeutet: Es gibt fünf neue, baugleiche Schulen mit drei Klassen pro Jahrgang, dazu sechs weitere vierzügige Schulen. In einer zweiten Bauwelle sollen noch einmal so viele Gebäude hinzukommen - insgesamt also mehr als 20 Schulen der gleichen Bauart. "Vermassung" nennt Rotraut Walden, Privatdozentin für Psychologie und Architekturpsychologie an der Universität Koblenz, diese Art zu bauen.

Und von dieser Vermassung hält die Psychologin nichts: "Eine Schule muss Identität herstellen und Geborgenheit schaffen. Das geht nur über individuelle Bauweisen." Erziehungswissenschaftler Rittelmeyer kann dem ebenfalls nichts abgewinnen: "Auch beim Schulbau müssen die Örtlichkeiten berücksichtigt werden. Kinder nehmen das als negativ und verstörend wahr, wenn ein Gebäude nicht in die Umgebung passt".

Auch in Hamburg werden neue Schulen gebaut, 30 Gebäude in den nächsten zehn Jahren. Zusätzlich forciert die Schulbehörde den Ausbau bereits bestehender Einrichtungen. Sie fürchten eine Massenschule in einem mehrstöckigen Bau, in dem sich die Grundschul Kinder nicht zurechtfinden, und einen zu kleinen Schulhof, auf dem Spielen und Toben kaum möglich ist. Die Fronten sind verhärtet. Die Eltern werfen dem Bildungssenator vor, sich nicht ausreichend um alternative Standorte zu kümmern. Der Bildungssenator wirft der Elternschaft Egoismus vor und suggeriert, dass sie die einzigen seien, die sich gegen seine Pläne stemmen würden.

Angesichts solcher Entwicklungen stellt sich die Frage: Wie viel Platz braucht ein Kind tatsächlich? Und wie viele Kinder kann man in ein Gebäude stecken, ohne dass das einzelne Kind in der Masse untergeht?

"Sitzen Jugendliche einfach daheim, entwickeln sie sich eher zurück"

Silke Fokken

Das Kind ist mit der Schule fertig, hat seinen Abschluss - und macht nichts. Hängt einfach ab. Es gebe Eltern, die dann einen großen Fehler machten, sagt der Erziehungsberater Jürgen Wolf. Sie reisen auf eigene Faust um die Welt, jobben mal hier und mal da, machen sich mehr oder weniger gut mit beruflichen Perspektiven oder Studiengängen vertraut: Viele Jugendliche nehmen nach der Schule erst einmal ein "Gap Year", also eine einjährige Auszeit. Doch was, wenn der Nachwuchs gar nicht weiß, was er mit der ganzen freien Zeit anfangen soll und im schlimmsten Fall nur zu Hause auf dem Sofa hockt? Der Diplom-Psychologe Jürgen Wolf berät Eltern und Kinder in dieser Situation - und empfiehlt in vielen Fällen Zurückhaltung.

SPIEGEL ONLINE: Wie sollten Eltern reagieren, wenn Kinder nach dem Abi ein "Gap Year" einlegt?

Jürgen Wolf: Es ist interessant, dass Sie "nach dem Abi" sagen. Das "Gap Year" wird meist für Abiturienten diskutiert. Es gibt dieses subjektive Gefühl, Jugendliche seien durch die Vorabi- und Prüfungszeit so gestresst, dass sie danach eine Auszeit bräuchten. Das empfinden viele Kinder und auch deren Eltern an Gymnasien so, an Haupt- und Realschulen ist das viel weniger ausgeprägt.

SPIEGEL ONLINE: Wäre denn ein "Gap Year" für alle Jugendlichen sinnvoll?

Wolf: Das kommt weniger auf die Schulform als auf den einzelnen Menschen an. Aber es kann Gold wert sein, zwischen die Schulzeit, die gerade zum Schluss oft mit viel Lernstress und Leistungsdruck verbunden war, und den Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums, einen Puffer zu legen. Das schafft Distanz und steigert oft die Motivation, danach etwas Neues zu lernen.

SPIEGEL ONLINE: Gilt das auch, wenn Kinder monatelang einfach abhängen?

Wolf: Die Schule endet meist im Juni, Juli, eine Ausbildung oder ein Studium beginnt meist im September, Oktober. Da gibt es also einen natürlichen Puffer von ein paar Wochen fürs Nichtstun, der allen Jugendlichen gegönnt sei. Danach sollten sie nicht länger zu Hause sitzen. Eine Reise, ein Sprachkurs, ein Freiwilliges Soziales Jahr, ein Au-Pair-Aufenthalt - sie können alles Mögliche machen, nur eben nicht nichts. Dann versumpfen sie.

SPIEGEL ONLINE: Kann nicht eine Pause helfen, um sich in Ruhe zu orientieren?

Wolf: Bestimmt; und dass eine längere Zeit erstmal nicht verplant ist, kommt im Leben der meisten Menschen ja auch nicht so schnell wieder. Aber Jugendliche sollten diese Zeit unbedingt nutzen, um neue Erfahrungen zu sammeln. Dann reifen sie. Sitzen sie einfach daheim, entwickeln sie sich eher zurück - und finden irgendwann den Absprung nicht mehr.

SPIEGEL ONLINE: Wie können Eltern das beeinflussen?

Wolf: Sicher nicht, indem sie schon während der Abi-Zeit dauernd fragen, was das Kind denn nun nach der Schule vorhat. Druck auszuüben hilft in der Erziehung ohnehin selten, schon gar nicht bei Heranwachsenden. Es ist auch absolut kontraproduktiv, wenn Eltern selbst aktiv werden, ständig Vorschläge machen, Freiwilligenprogramme studieren und für das Kind letztlich die Reise nach Australien buchen. Sowas habe ich schon erlebt.

SPIEGEL ONLINE: Was ist daran falsch?

Wolf: Das geht meistens schief. Ich weiß von Jugendlichen, die so eine Reise dann zum Beispiel abgebrochen haben. Die sind nur losgefahren, weil die Mutter oder der Vater das wollten, und waren überfordert. Eltern sollten Spielraum lassen, sich weitgehend aus der Planung raushalten. Sonst bremsen sie die Autonomieentwicklung und die Ablösung vom Elternhaus. Das Kind wird immer unselbstständiger und "kleiner". Es wäre allerdings auch falsch zu sagen: Was du machen willst, ist mir völlig wurscht.

SPIEGEL ONLINE: Klingt nach einem schmalen Grat.

Wolf: Kinder müssen von zu Hause ausziehen, um erwachsen zu werden und sich weiterzuentwickeln. Das muss man sich klarmachen. Tun sie das nicht, wird dieser erste Schritt des Erwachsenwerdens etwas in die Länge gezogen. Das ist an sich kein Problem, auch weil Kinder unterschiedlich schnell reifen. Einige muss man etwas länger an die Hand nehmen als andere. Eltern sollten aber freundlich die Tür öffnen und Kindern anbieten, sie bei ihren Plänen zu unterstützen - als Übergangsphase, bis sie auf eigenen Füßen stehen.

Die guten Seiten des Flughafendesasters

Alena Schröder

Berlins Chaos-Airport BER wird möglicherweise niemals fertig. Weil Wut auch nicht weiterhilft, sollten wir endlich das Positive sehen.

Seit 13 Jahren wird versucht, vor den Toren Berlins einen Großflughafen in den Brandenburger Sand zu setzen. Nun hat der TÜV-Rheinland in einem internen Dokument dargelegt, dass auch der aktuelle Eröffnungstermin im Oktober 2020 gefährdet ist, allein an der Kabelanlage für die Sicherheitsstromversorgung und die Sicherheitsbeleuchtung gäbe es noch mehr als 11 000 Mängel. Die ursprünglich geplanten Kosten von zwei Milliarden Euro haben sich inzwischen beinahe vervierfacht, jeder Tag, den der BER nicht eröffnet wird, kostet den Steuerzahler 1,5 Millionen Euro. Oft ist ausgerechnet worden, wo dieses Geld fehlt und was man damit alles Sinnvolles hätte tun können. Das ist wichtig, und soll auch weiterhin geschehen. Aber würde man ständig solche Gedanken im Kopf hin und her bewegen, so würde einem wahrscheinlich ziemlich bald vor Wut und Hilflosigkeit der Kopf platzen.

Weil unser Zorn uns auch nicht weiterhilft, scheint es an der Zeit zu sein, eine andere Herangehensweise an dieses Problem auszuprobieren. Vielleicht ist es ja möglich, das Großdesaster BER neu zu »rahmen«, ihm einen neuen Deutungsrahmen zu verleihen. Was wären denn im diesen Fall die positiven Dinge, die sich der Dauerbaustelle abgewinnen ließen?

Man kann zum Beispiel durchaus sagen, dass der BER ein Segen für das deutsche Binnenverhältnis ist, denn nichts freut Nicht-Berliner mehr, als Berlins Defizite aufzuzählen. Die Hauptstadt mag cooler, angesagter, kulturell vielfältiger, geschichtsträchtiger, interessanter sein als so ziemlich jede andere Stadt in Deutschland, aber, tja, einen Flughafen bekommen sie nicht hin in Berlin. Da stehen die Stuttgarter mit ihrer vergleichsweise überschaubaren Tiefbahnhofsmissere schon gleich nicht ganz so schlecht da, da strahlt Hamburg mit seiner Elphi umso heller, da kann sich München auf die Schulter klopfen, weil ihr Flughafen so modern und cool ist, obwohl man ihn nach Franz Josef Strauß benannt hat. Keine deutsche Stadt muss noch damit angeben, »mehr Brücken als Venedig« zu haben, für das Stadtmarketing reicht es, »Aus der Luft besser zu erreichen als Berlin« zum Claim zu erheben.

Die Berliner unterdessen sind von großer Gleichmut, was den BER betrifft, sie sind ohnehin nicht an funktionierende Infrastruktur gewöhnt und hoffen, dass die provinzielle Currywurst-Atmosphäre des aktuellen Flughafens Schönefeld und die katastrophale Anbindung des Flughafens Tegel an den Berliner ÖPNV den Strom von Easyjet-Touristen noch einigermaßen begrenzen wird. Und wenn nicht, dann ist doch wenigstens jeder Berlinbesucher, der mit dem Flugzeug anreist, schon mal darauf eingestimmt, mit welcher Begeisterung man in dieser Stadt Touristen empfängt.

Die BER-Baustelle ist außerdem ein Mahnmal für deutsche Hybris und Arroganz. Es war längst an der Zeit, mit dem Klischee von der effizienten Ingenieursnation aufzuräumen. Neben dem VW-Dieselskandal und dem Zustand der deutschen Flugbereitschaft, die regelmäßig verhindert, dass unsere Spitzenpolitiker*innen pünktlich und zuverlässig Termine im Ausland wahrnehmen können, strahlt die BER-Baustelle am hellsten im Dreigestirn unangebrachter deutscher Großkotzigkeit, mit der wir »Made in Germany« immer noch für das Maß aller Dinge halten. Deutschen Reisenden, die im Ausland herablassend und mit dem Gefühl der Überlegenheit über die dortigen Verhältnisse lästern, über Korruption, Pfusch und mafiöse Strukturen, sollte die BER-Baustelle die nötige Demut lehren.

Eine weitere schöne Nebenerscheinung ist, wie sehr der BER die Fantasie anregt. Es gibt unendlich viele Ideen zur Neuwidmung des Flughafenterminals, falls der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg sich doch noch entschließen, den ganzen Mist einfach bleiben zu lassen und an anderer Stelle noch einmal von vorn anzufangen mit dem Flughafenbau. Dann könnte man das alte Terminal einfach sprengen oder junge Männer sich zwecks Aggressionsabbau mit Vorschlagshämmern austoben lassen.

Man könnte einen Skatepark und einen Escape-Room daraus machen, ein gigantisches Festivalgelände, einen Park & Ride-Parkplatz, ein Ausbildungszentrum für Flugtaxipiloten. Oder ein Anschauungsmodell für Architekt*innen, Ingenieur*innen und Bauplaner*innen aus aller Welt, damit die quasi am echten Objekt erfahren können, wie man es besser nicht macht, ähnlich einem nachgebauten Tatort in der Kriminaltechnikerausbildung.

Warum ich München verlasse

Anja Perkuhn

Nach der Kündigung wegen Eigenbedarfs hat unsere Autorin versucht, eine neue Wohnung zu finden. Nach drei Monaten erfolgloser Suche bleiben nur noch: Wut und Ernüchterung über einen Mietmarkt, der jeden Bezug zur Realität verloren hat.

»Liebt dich deine Stadt?«, fragt ein Sticker an einem Stromkasten auf der Leopoldstraße. Zum ersten Mal fällt mir dieser Sticker auf bei einem der letzten Spaziergänge, die ich mit dem Hund in München mache. Mein Freund und der Hund und ich, wir ziehen weg. Traurig und etwas schwermütig, aber vor allem wütend. Enttäuscht. Ernüchtert. Inzwischen auch optimistisch, das haben wir uns allerdings erarbeiten müssen, denn die Entscheidung fiel aus einem Zwang heraus: München hat so lange auf uns herumgekaut und angedroht, uns auszuspucken, dass wir mürbe der Stadt zuvorgekommen sind. In der Vorweihnachtszeit kommt die Eigenbedarfskündigung für unser Zuhause. Die Tochter des Vermieters findet keine Wohnung hier, uns zu verdrängen ist die logische Konsequenz. Wir haben drei Monate Zeit, etwas Neues zu finden.

Am Anfang setzen wir uns ein »Mit richtig viel Zähneknirschen und wenn es die perfekte Wohnung ist«-Maximalbudget. 2000 Euro, dafür sollten doch zwei Menschen und ein Hund vier Wände finden, denken wir. In anderen Städten gibt es dafür Penthäuser. Aber Immobilienscout München ist ein Fantasieland, wo Schweiß und Tränen fließen und die Häuser aus Gold und Edelsteinen bestehen. Und 2000, das ist zwar eine schwindelerregende Zahl für monatliche Mietabbuchungen. Es ist aber auch laut einer Berechnung des Statistikportals Statista von 2018 die Zahl der Menschen, gegen die sich ein Wohnungssuchender in München bei der Bewerbung um eine Zweizimmerwohnung durchsetzen muss.

Nach zwei Wochen schiebe ich den Regler bei »Kaltmiete« immer wieder auf 2000 Euro, obwohl es mit allen Nebenkosten über unserem Budget liegt, ich tue es aus Angst, vielleicht die perfekte Wohnung zu verpassen. Es gibt sie, ziemlich sicher. Allerdings nicht für uns: 279 Treffer zeigt Immobilienscout in der Münchner Innenstadt an. Bis man das Häkchen setzt bei »Haustiere erlaubt«. Dann sind es sechs. Und diese sechs Vermieter können auswählen aus hunderten Wohnungssuchenden, von denen die meisten auf dem Papier eine solidere Beschreibung haben als: freiberuflicher Autor und PR-Managerin, die gerade im ersten Monat ihrer Probezeit vom neuen Job steckt.

Immer wieder suche ich und setze Häkchen und verschicke den Bewerbungstext, an dem wir ewig gefeilt haben und der mich gruselt, weil er fast nichts mit uns zu tun hat. Auf 15 Zeilen dienen wir den Immobilien-Halbgöttern zwei stahlwollegebürstete Menschen an, mit Sicherheit ausstrahlenden aber auch interessant klingenden Verkläuterungen unserer Jobsituation, mit einem gerade noch sympathischen Maß an Verzweiflung, mit lässig erwähnten Supermietereigenschaften wie »Wir lieben Musik aber spielen selbst keine Instrumente« und »Wir grüßen im Hausflur«.

Frau W. vom Immobilienbüro F. & Co. schickt einen Besichtigungstermin – und den Hinweis: »Bitte bedenken Sie, dass wir Sie nur in Erwägung ziehen können, wenn folgende Kriterien gegeben sind: keine Hunde, keine WGs, keine Probezeit, Miete maximal 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens«.

»Was sucht ihr auch eine Wohnung in der Innenstadt?«, fragt irgendwann eine höhnische Stimme in mir. Tut es nicht die Vorstadt auch, oder das Umland? Freundinnen und Freunde fragen so etwas nicht, weil sie wissen, dass wir das Treiben brauchen, die Abwechslung, die Möglichkeiten, die das Herz einer Stadt verspricht. »Was für ein Luxusgedanke!«, höhnt die Stimme in mir. »Du besitzt keine Immobilien, berätst niemanden, wie er sein Geld anlegen soll, wer bist du, in deinem Wunschviertel leben zu wollen?« Ja, wer bin ich, durch die Maschen dieses Wahnsinnsnetzes schlüpfen zu wollen, das der Mietmarkt in den vergangenen Jahren geknüpft hat? Der Aufkleber auf dem Stromkasten denkt verkehrt: Ich glaube nicht, dass meine Stadt mich liebt – ich bezweifle, dass München überhaupt weiß, dass ich hier bin. Dass ich seit acht Jahren immer an roten Ampeln warte, sogar nachts, oder dass ich die Häufchen vom Hund selbst aus dem tiefsten Gestrüpp heraustüte.

Die erste Wohnung, die wir in der Kleinstadt besichtigen, bekommen wir. Ich verstehe das einfach so, dass uns diese neue Stadt schon ein bisschen liebt, bevor sie uns kennt.

Merkels flammendes Plädoyer für Multilateralismus

Der Vortrag der Bundeskanzlerin auf der Münchner Sicherheitskonferenz war ein deutlicher Gegenentwurf zur "America-first-Politik" der USA. US-Vizekanzler Mike Pence widersprach prompt und in fast allen Punkten.

"Multilateralismus ist besser als jeder für sich" - mit diesem Satz beendete Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Rede. Und die Kanzlerin hatte damit offenbar die Gedanken und Ansichten vieler Gäste der Veranstaltung ausgedrückt: Es gab langanhaltenden Applaus und stehende Ovationen.

Mehr als 30 Minuten lang machte Merkel an Hand zahlreicher Beispiele deutlich, dass sie von nationalen Alleingängen in einer immer komplexeren und immer stärker vernetzten Welt nichts hält. In sehr offensichtlicher Anspielung auf die Politik von US-Präsident Donald Trump warnte die Kanzlerin vor einem Zerfall der internationalen politischen Strukturen. "Wir dürfen sie nicht einfach zerschlagen", so die CDU-Politikerin.

Ob bei der deutsch-russischen Gas-Pipeline Nord Stream 2, dem Atomabkommen mit dem Iran oder bei der Kündigung des INF-Abrüstungsvertrags - in so gut wie allen Punkten übte die Bundeskanzlerin sachliche Kritik an der aktuellen Außen- und Handelspolitik der USA.

Besonders deutlich wurde Merkel beim Thema der geplanten US-Strafzölle für deutsche Autos. So sei das US-Handelsministerium offensichtlich zu der Einschätzung gekommen, dass europäische Autos eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstellten. Das sei für Deutschland erschreckend und nicht verständlich betonte Merkel. Schließlich stehe etwa das größte BMW-Werk weltweit im US-Bundesstaat South Carolina. "Ich glaube, es wäre gut, wir kommen in gute Gespräche miteinander", sagte die Kanzlerin an Washington gewandt.

Auch die NATO sei mehr als nur ein Verteidigungsbündnis, sie sei eine Wertegemeinschaft, die auch heute stark gebraucht werden, sagte Merkel und verwies auf die Vermittlungsarbeit des Bündnisses beim Namensstreit um Nordmazedonien. Mit Blick auf die aus Washington geforderte Erhöhung der Verteidigungsausgaben für die NATO betonte die Kanzlerin, es dürfe nicht nur auf eine Summe geschaut werden, auch das militärische Engagement eines Landes müsse Beachtung finden.

So sei Deutschland bereits seit 18 Jahren in Afghanistan aktiv, sagte Merkel und nutzte die Gelegenheit, vor den Folgen eines schnellen Abzugs der US-Truppen aus dem Land zu warnen. Trump hatte einen Teilabzug eigener Soldaten aus Afghanistan ins Spiel gebracht und damit Verbündete vor den Kopf gestoßen.

Auch die Syrien- und Iran-Politik der USA bedachte die Kanzlerin mit Kritik. So verfolgten die USA und Europa in der Region eigentlich das gleiche Ziel: "die schädlichen Wirkungen des Iran einzudämmen". Der einseitige Abzug der USA aus Syrien sowie der Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran drohe aber genau das Gegenteil zu erreichen. Einem Ausstieg der Europäer aus dem Atomabkommen erteilte Merkel eine Abfuhr. US-Vizepräsident Mike Pence hatte diese Forderung zuvor in Warschau mit Nachdruck vorgetragen und namentlich Kritik an der Iran-Politik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens geübt.

Auf der Sicherheitskonferenz sprach Pence als Folgeredner Merkels - und widersprach ihr in so gut wie allen Punkten. Die USA wollten den Iran mit härteren Sanktionen unter Druck setzen, betonte Pence. Der Vizepräsident lobte ausdrücklich alle europäischen Staaten, die sich gegen den Bau von Nord Stream 2 stellen und warnte Deutschland: "Wir können nicht die Verteidigung des Westens sicherstellen, wenn unsere Verbündeten sich vom Osten abhängig machen." Und auch in Sachen Verteidigungsausgaben pochte Pence weiter auf die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels.

Und wieder ist die Tonne voll

Karton über Karton: Der Boom des Onlinehandels führt zu überquellenden Papiertonnen. Kommunale Müllentsorger fordern nun eine höhere finanzielle Beteiligung von Versandhäusern wie Amazon und Co.

Die Papiertonne wurde erst vor kurzem geleert und doch sie ist schon wieder randvoll. Der Grund: Verpackungsmüll. Der Inhalt der blauen Tonnen hat sich insbesondere durch den zunehmenden Onlineversand in den vergangenen Jahren stark vermehrt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Deutschland fordert nun eine höhere finanzielle Beteiligung der Online-Versandhäuser.

Untersuchungen des Verbandes ergaben, dass Verpackungen bis zu 70 Prozent des Volumens, jedoch nur rund 30 Prozent des Gewichtes ausmachen. "Oft landen die Pappkartons – so wie sie sind – in der Papiertonne, ohne zerrissen oder zusammengefaltet zu werden", teilte der VKU mit. "Die Folge: Die Papiertonne ist schneller voll, obwohl weniger Mengen eingefüllt sind – mehr Volumen, weniger Gewicht."

Für den Bürger ist es vor allem ärgerlich, wenn die Tonne wieder voll ist. Für den Entsorger ist die Veränderung auch von finanzieller Bedeutung: Die Kosten für die Papierentsorgung teilen sich nämlich Kommunen und private Recyclingfirmen im Rahmen der sogenannten "Dualen Systeme". Während für die Entsorgung von Zeitungen, Magazinen und Papierabfall die eigene Kommune zuständig ist, fallen Verpackungen eigentlich in den Verantwortungsbereich der dualen Systeme, die sich auch um den Plastikmüll kümmern, der in Gelbem Sack und Gelber Tonne landet. Das Problem: Alles landet in der gleichen Altpapiertonne.

Die Hersteller der Verpackungen zahlen den dualen Systemen Lizenzgebühren, die sie über den Verkaufspreis an die Kunden weitergeben. Beim Altpapier gilt laut VKU, dass sich die dualen Systeme und die öffentlichen Entsorger die Kosten teilen - allerdings übernehmen die Systeme im Schnitt nur 15 bis 20 Prozent. "Viel zu wenig in Anbetracht des enorm gestiegenen Verpackungsanteils", kritisiert VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp.

Die ungleiche Kostenübernahme wirkt sich auf die Müllgebühren aus, die die Bürger zu zahlen haben. "Sie zahlen derzeit doppelt für die Entsorgung von Verpackungen aus Papier und Pappe. Das kann nicht sein", kritisiert VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp und fordert die dualen Systeme auf, einen Lösungsansatz zu finden bei dem sich auch die Versandhäuser finanziell beteiligen. Laut VKU halten sich die Kosten derzeit für den Verbraucher jedoch in Grenzen – Für alle Verpackungen, also auch solche aus Plastik, zahle man derzeit 13 Euro pro Person pro Jahr.

2017 wurden deutschlandweit erstmals mehr als 3,3 Milliarden Sendungen verarbeitet, teilte der Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK) mit, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Für 2018 geht der Verband sogar von rund 3,5 Milliarden Paketsendungen aus. Der Bundesverband für E-Commerce und Versandhandel Deutschland betont, dass die Branche deshalb weiter daran arbeite, die Verpackungen zu optimieren. "Die meisten Pakete sind heute bereits sehr gut bis optimal gepackt oder werden, wie zum Beispiel viele Elektroartikel oder Nachfüllartikel wie Druckerpatronen, gleich ganz ohne Versandverpackung verschickt", betonte Martin Groß-Albenhausen, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbands. Auch der Onlinehandel-Riese Amazon bestätigte dies gegenüber der Deutschen Welle. "Es ist uns wichtig, nicht zu große Pakete zu verschicken, denn diese sind teuer. Wir möchten keine Luft verschicken", so Pressesprecher Michael Schneider.

Auch der Bund beschäftigt sich mit dem Problem des Verpackungsüberschusses und des Recyclings. Am 1. Januar 2019 trat das neue Verpackungsgesetz in Kraft. Es beinhaltet unter anderem eine Registrierung im Online-Verpackungsregister LUCID. Dieses soll dafür sorgen, dass jeder kontrollieren kann, ob der Hersteller seine Produktverantwortung für seine Verpackungen ernst nimmt, so das Bundesamt für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. "Mit dem Verpackungsgesetz setzen wir höhere Recyclingquoten", erklärte Bundesumweltministerin Svenja Schulze im September. "Außerdem sorgen wir dafür, dass mehr Transparenz in Sammlung und Recycling der Verpackungsabfälle kommt". Mit Hilfe des Gesetzes soll ein neues umfassenderes System für den Handel entstehen. "Wer Verpackungen in den Verkehr bringt, muss auch für die Entsorgung aufkommen", erklärte Pressesprecher Stefan Haufe gegenüber der DW. Mit dem neuen Gesetz sollen Unternehmen transparenter gemacht und die Kosten für Entsorgungen nachvollziehbarer werden. Damit sollen auch Betrugsversuche in Zukunft besser unterbunden werden können.

Ostdeutsche sehen Demokratie skeptischer

Einer aktuellen Umfrage zufolge halten lediglich 42 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie für die beste Staatsform. Die Gründe für die Skepsis sind wohl vor allem in der Biografie vieler Ostdeutscher zu suchen.

Fast 30 Jahre ist es her, dass die Menschen in Ostdeutschland - in Leipzig und vielen anderen Städten - auf die Straße gingen, um zu demonstrieren. Für Reisefreiheit, freie Wahlen und für die Demokratie als Staatsform. Doch von letzterer scheinen viele Bürger in Ostdeutschland heute nicht mehr so recht überzeugt zu sein. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, durchgeführt für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, legt das zumindest nahe. Lediglich 42 Prozent der Befragten gaben bei der repräsentativen Umfrage an, dass die in Deutschland gelebte Demokratie die beste Staatsform sei. In Westdeutschland meinten dies dagegen 77 Prozent der Befragten.

Wie kommt das? Sind die Bürger, die im Osten leben und zu einem großen Teil noch die DDR miterlebt haben, grundsätzlich demokratischeskeptischer? Nein, sagt Martina Weyrauch, Leiterin der brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung - und das, obwohl der Wert schon immer niedrig gewesen sei: "Ich denke, der Punkt ist nicht, dass die Ostdeutschen nicht lernfähig seien und immer noch an der Diktatur hängen."

Vielmehr müsse man bedenken, welche Erfahrungen die Bürger in den neuen Bundesländern während und nach der friedlichen Revolution gemacht hätten: "Was da alles passiert ist mit den Leuten, ohne dass sie gefragt wurden - dieser Prozess wird oft nicht betrachtet. Diese Umbrüche haben dazu geführt, dass einige Bevölkerungsteile sehr skeptisch allem Herrschenden gegenüber sind." Die Erfahrbarkeit von Demokratie beruhe auf stabilen Verhältnissen - und die habe es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR für viele in den Nachwende-Jahren nicht gegeben.

Auch das Wirtschaftssystem wird in Ost und West sehr unterschiedlich beurteilt. In Westdeutschland sind 48 Prozent der Befragten der Meinung, es gebe kein besseres System als die Marktwirtschaft. In Ostdeutschland sind es lediglich 30 Prozent. "Das hat damit zu tun, dass die letzten 30 Jahre sehr unsicher waren - wirtschaftlich und was die eigene Existenz betrifft. Dass Kinder aus den Dörfern gehen, dass man nicht weiß, was wird, dass auf den Dörfern auch noch der letzte Laden schließt", sagt Weyrauch: "50 Prozent aller Industriearbeitsplätze sind verloren gegangen, kaum einer hat nach 1990 noch das gemacht, was er davor gemacht hat."

Ebenfalls interessant: Während gerademal 26 Prozent der Westdeutschen es heute noch für relevant halten, ob man als Deutscher aus Ost oder West kommt, sind es laut Allensbach-Umfrage in den östlichen Bundesländern mehr als die Hälfte, nämlich 52 Prozent. Die Herkunft als Ostdeutsche scheint also in vielen Köpfen immer noch eine große Rolle zu spielen. Das zeigt sich auch im anlaufenden Wahlkampf für die im Herbst 2019 anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. "Viele Parteien instrumentalisieren Ostdeutschland für ihren Wahlkampf. Eine ziemlich hinterwäldlerische Art, wie ich finde", sagt Martina Weyrauch. Besser wäre es, wenn die Ostdeutschen von den lokalen Politikern ermutigt würden, weltoffen und selbstbewusst zu sein.

Die Geschäftsführerin des Allensbachs-Instituts, Renate Köcher, schreibt über die Studie ihres Hauses, dass sich viele Ostdeutsche offensichtlich "fremd im eigenen Haus" fühlten. In einem Interview für die am Donnerstag erscheinende Wochenzeitung "Die Zeit" springt zudem Kanzlerin Angela Merkel persönlich den Ostdeutschen zur Seite. Sie könne den Frust vieler Ostdeutscher verstehen: "Hoffnungen, die Angleichung werde schnell gehen, sind in einigen Bereichen zerstoßen."

Die Kanzlerin zeigt sich durchaus selbstkritisch. Die Aufgabe an die Politik sei klar: "Man hat immer darauf gesetzt, dass sich das eines Tages angleicht. Aber wenn man heute noch immer die erheblichen Lohnunterschiede zwischen Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sieht, dann ärgert das viele." Deshalb müsse es jetzt darum gehen, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Geflüchtete Mütter haben die größten Schwierigkeiten

Kai Biermann, Astrid Geisler und Sascha Venohr

Wie läuft die Integration der Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren neu in Deutschland angekommen sind? Ein Forscherteam aus dem Bamf, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat Ergebnisse einer großen Studie zu dieser Frage vorgelegt. Für die Untersuchung sind mehr als 7.000 Geflüchtete zum Teil mehrfach befragt worden. Das Resultat: Angesichts der Gefahren und Schwierigkeiten, denen die Menschen ausgesetzt waren, die seit 2013 nach Deutschland flüchteten, entwickelt sich ihre Integration hierzulande positiv.

So konstatieren die Autoren der Studie, dass sich die Deutschkenntnisse der Flüchtlinge insgesamt verbessern – vor allem dann, wenn die Befragten bereits Sprach- oder Integrationskurse abgeschlossen hatten. Überhaupt seien solche Kurse ein wichtiges Mittel, um den Geflüchteten dabei zu helfen, hier Fuß zu fassen.

Allerdings fielen den Forschern bemerkenswerte Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf: 44 Prozent der geflüchteten Männer können demnach inzwischen sehr gut oder gut Deutsch, nur 26 Prozent der Frauen haben dieses Sprachniveau erreicht. Es sind vor allem die geflüchteten Mütter mit kleinen Kindern, die noch wenig Deutsch gelernt haben. Weil die Teilnahme an Deutschkursen der wichtigste Faktor sei, sehen die Wissenschaftler hier das entscheidende Hindernis: Mütter mit kleinen Kindern absolvieren deutlich weniger Sprachkurse, womöglich weil sie keine Kinderbetreuung haben oder diese nicht in Anspruch nehmen wollen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse auch für Geflüchtete ermöglicht werden, sagt Hannes Kröger vom SOEP, einer der beteiligten Wissenschaftler. Die Studie zeige, "dass insbesondere Frauen und Geflüchtete, die Kinder und Kleinkinder zu Hause haben, schlechter Deutsch sprechen und es schwieriger haben, sich zu integrieren".

Das wirkt sich auch auf ihre Chancen auf dem Jobmarkt aus. Denn Integrations- und Deutschkurse haben auch darauf erheblichen Einfluss. Insgesamt steigt der Anteil unter den Geflüchteten, die eine Arbeit haben, kontinuierlich. Von den seit 2013 neu Angekommenen waren im zweiten Halbjahr 2017 bereits 21 Prozent erwerbstätig. Die Forscher schätzen auf Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass es bis Herbst 2018 sogar bereits 35 Prozent waren. 2016 hatte der Anteil noch bei nur neun Prozent gelegen.

Diese positive Entwicklung betrifft allerdings vor allem die Männer, die Schutz in Deutschland gesucht haben. Von den geflüchteten Frauen waren im zweiten Halbjahr 2017 nur sechs Prozent erwerbstätig.

Doch nicht nur die Kurse haben einen Einfluss darauf, ob die Geflüchteten eine Arbeit finden und was für eine Arbeit das ist. Auch ihr Schutzstatus scheint dabei eine Rolle zu spielen. Anerkannte Asylbewerber und Asylbewerberinnen verdienen durchschnittlich mehr Geld als jene, deren Asylverfahren noch laufen oder deren Asylgesuche abgelehnt wurden. Dabei arbeiten in beiden Gruppen etwa gleich viele und sie integrieren sich auch ungefähr gleich schnell in den Arbeitsmarkt – jene ohne Asylstatus nehmen jedoch schlechter bezahlte Jobs an.

In der Regel verdienen sie alle dabei sehr viel weniger Geld, als hierzulande sonst üblich. Der mittlere Bruttoverdienst bei Vollzeitjobs sei nur etwa halb so hoch wie der Verdienst aller Beschäftigten hierzulande: 1.600 Euro Monatslohn bekamen in Vollzeit beschäftigte Geflüchtete im Jahr 2017 durchschnittlich. Doch auch dieser Wert wird nur von wenigen erreicht. Ein erheblicher Teil der Geflüchteten mache Praktika oder habe Teilzeitjobs, daher betrage das durchschnittliche Monatseinkommen aller befragten Menschen, die hier eine Arbeit gefunden haben, lediglich 1.000 Euro.

Das größte Risiko für die Integration sehen die Autoren nicht im Spracherwerb oder im Arbeitsmarkt. Insgesamt 87 Prozent seien laut eigenen Angaben vor Krieg und Verfolgung geflohen, viele hätten in ihren Herkunftsländern oder auf der Flucht Gewalt, sexuellen Missbrauch und willkürliche Gefängnisaufenthalte erlebt. Körperlich seien die Geflüchteten so gesund wie die Gesamtbevölkerung. Diese Traumatisierungen aber führten zu einem höheren Risiko für psychische Erkrankungen und generell einem geringeren psychischen Wohlbefinden. So liege das Risiko, eine posttraumatische Belastungsstörung zu entwickeln, teilweise um 50 Prozent höher als in der Gesamtbevölkerung. Auch Depressionen könnten die Folge sein. Erneut trifft es hier wieder die Frauen stärker als die Männer.

Die Autoren der Studie empfehlen daher, Geflüchteten sollten niedrigschwellige Angebote gemacht werden, um Hilfe bei psychischen Problemen zu bekommen. Auch systematische Screenings seien wichtig, um Probleme frühzeitig zu bemerken. Die "umfassende gesundheitliche Versorgung" sei eine "zentrale Herausforderung für die Zukunft".

Obdachlosen-Camps Dulden oder räumen?

Oliver Klasen

Die Not derjenigen, die nachts draußen schlafen, sie ist oft gut verborgen vor den Blicken der anderen. An der Wittelsbacherbrücke in München war das zum Beispiel so. Bis vergangenen November, als die Stadt das Lager auflöste, campierten hier mehrere Obdachlose, und wer schnellen Schrittes unter dem Brückenbogen durchging, der nahm von all den Matratzen, Schlafsäcken, Wolldecken, Lumpen, Plastiktüten, Pappverschlagen und Pfandflaschen vielleicht nur beiläufig Notiz. Gab ja auch fast nie Probleme mit den Bewohnern hier. 15, 20 Sekunden maximal, dann war das im Schatten gelegene Obdachlosen-Camp aus dem Blickfeld und die Sicht war wieder frei auf die renaturierte Isar und die Flussaue.

Zehn Kilometer weiter westlich, im Stadtteil Pasing, ist das anders. Das, was man hier sieht, an einem eisig-sonnigen Januarmorgen, mitten in einer Einkaufsstraße und nur wenige Meter vom Bahnhof entfernt, ist verstörend. Hier haben die Obdachlosen ihr angestammtes Areal verlassen. Sie schlafen nicht unter Brücken oder in der Bahnhofsmision, wie es in dem albernen Fußballlied heißt, sondern mitten im Licht. Unmöglich zu ignorieren für die Passanten, liegen Matratzen, Schlafsäcke, Wolldecken, Lumpen, Plastiktüten, Pappverschlagen und Pfandflaschen im Eingang eines vor einigen Monaten aufgegebenen Kaufhauses. Das Elend bricht erbarmungslos hinein in die Normalität einer Stadt, die zu den schönsten, saubersten und sichersten der Welt gehört. Eine hitzige Debatte entwickelte sich: Ist es legitim, dass das Ordnungsamt einschreitet, wenn mehrere Obdachlose ein Camp bilden? Hat eine Stadt sogar die Pflicht zu reagieren und ein Camp zu räumen, wenn, wie vor ein paar Tagen in Hannover und in Berlin, Obdachlose in der extremen Kälte erfroren sind, oder, wie im November in München, in einem Lager unter einer Brücke eine Matratze in Brand geraten ist? Oder muss man akzeptieren, dass es Menschen gibt, die lieber draußen schlafen als in einer Notunterkunft, die sich allen Hilfsangeboten verweigern und am Rande der Gesellschaft in Ruhe gelassen werden wollen?

Am Dienstagmorgen hat die Stadt das Lager unter der Kapuzinerstraße räumen lassen. Ist das herzlos? Nein. Denn Experten wissen: Wer dort lebt, tut das eben meist nicht freiwillig. In Berlin erregte vor einigen Tagen die Räumung eines Camps im Ulap-Park nahe dem Hauptbahnhof Aufsehen. Ein Video im Internet zeigt eine Gruppe von Polizisten, die um eine offensichtlich obdachlose Frau herum gruppiert sind. Eine Beamtin stülpt der Frau einen weißen Sack, später hieß es: ein Tuch, über den Kopf, und es sieht so aus, als ob sie den Sack oder das Tuch zuzieht. Die Maßnahme habe der Eigensicherung der Beamten gedient, die Haare der Frau seien von Läusen befallen gewesen und sie sei die einzige in diesem Obdachlosen-Camp, die sich der ansonsten friedlichen Räumung aggressiv widersetzt habe, heißt es bei der Polizei.

"Die Bilder haben auch mich verstört, aber die Räumung war aber auch rückblickend notwendig", sagt Stephan von Dassel, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte. Der Grünen-Politiker hat viel Kritik einstecken müssen. Vor allem in seiner eigenen Partei und bei SPD und Linken wird heftig über die Räumung von Obdachlosen-Camps in Berlin debattiert. Dass in einer Pressemitteilung des Bezirks mit Blick auf die von der Frau zurückgelassenen Gegenstände zu lesen war, die Stadtreinigung habe "acht Kubikmeter Unrat beseitigt", hat die Stimmung zusätzlich aufgeheizt. "Was wir uns bei der Räumung im Ulap-Park vorhalten lassen müssen, ist, dass wir den psychischen Zustand der Frau, der im Bezirksamt bekannt war, nicht genügend berücksichtigt haben", sagt Dassel.

"Ein Amtsarzt, besser eine Amtsärztin. Ein Sozialarbeiter, besser eine Sozialarbeiterin. Und zwei bis vier Polizisten im Abstand von etwa acht Metern", so hätte nach Meinung von Dieter Puhl die Räumung geordneter ablaufen können. Puhl, 61, hat bis Dezember die Bahnhofsmision am Zoo in Berlin geleitet. "Zwei Sätzen widerspreche ich immer", sagt er am Telefon. Der erste Satz sei das Gerücht, dass viele ihr Dasein als Obdachloser selbst gewählt hätten. "In 26 Jahren als Sozialarbeiter habe ich nicht einen Menschen kennengelernt, bei dem das haltbar gewesen wäre", sagt Puhl. Der zweite Satz laute: Es gibt Menschen, die nicht zu erreichen sind. In der Bahnhofsmision hätten sie vor Jahren das Konzept der mobilen Einzelfallhelfer entwickelt. "Zielgruppe waren die, die buchstäblich am Sterben sind, diejenigen, die Sie in der U-Bahn vielleicht nicht sehen, aber aus 20 Metern Entfernung am Geruch erkennen". Selbst in dieser Gruppe habe man 80 Prozent der Menschen helfen können.

Auch wenn Puhl die Räumung im Ulap-Park kritisiert, nimmt er die Polizisten, die dabei waren, in Schutz. Die Beamten seien überfordert gewesen, man könne ihnen aber kaum vorwerfen, dass ihnen psychiatrisches Fachwissen fehle. Ein Punkt, in dem sich Puhl mit Bezirksbürgermeister Dassel einig ist. Der verfolgt den Ansatz, Obdachlose auf lange Sicht "in Richtung Hilfsannahme zu bewegen". "Wenn wir die Camps gewähren lassen, dann können die Obdachlosen vielleicht 30 Euro verdienen, indem sie Flaschen sammeln oder betteln, aber der Druck etwas zu verändern, ist dann nicht da. Ich finde, es ist sozialer, den Druck in Richtung Hilfesysteme und Rückkehr in die Gesellschaft aufrechtzuerhalten, anstatt die Menschen sich selbst zu überlassen", sagt Dassel.

Sind Frauenparkplätze diskriminierend?

Johanna Dürholz

Die Einrichtung von Frauenparkplätzen soll das Sicherheitsgefühl von Frauen verbessern. In Eichstätt wurden Parkplätze auf einem öffentlichen Park-and-Ride-Parkplatz zu Frauenparkplätzen erklärt. Dagegen hat ein Mann geklagt, der sich dadurch diskriminiert fühlt. Er sagt, dass auch Frauen dadurch diskriminiert würden, weil sie so als „schwach“ dargestellt würden. Die Stadt Eichstätt und der Kläger haben sich nun darauf geeinigt, dass die Schilder erneuert werden und eindeutiger darauf hinweisen, dass es sich um eine Empfehlung, nicht um eine Vorschrift handelt.

Auf die Frage der Diskriminierung ging das Gericht derweil nicht ein. Dabei hat die Stadt Eichstätt die Frauenparkplätze nicht einfach so eingerichtet. Eine Frau war 2016 in der Nähe des Parkplatzes Opfer eines Gewaltdelikts geworden, sie wurde vergewaltigt. Daraus zog die Stadt Konsequenzen. Etwa 14 Prozent der insgesamt 420 Parkplätze wurden als Frauenparkplätze ausgewiesen, da sie in der Regel besser beleuchtet und nicht so abgelegen sind. Die Frauenparkplätze sind nur dafür da, dass Frauen sich wohler, sicherer fühlen. Sollten Männer dort parken, werden sie weder abgeschleppt noch erhalten sie einen Strafzettel – einem Auto sieht man ja auch nicht an, ob es von einer Frau oder einem Mann geparkt wurde.

Mit dem Sicherheitsgefühl ist es indes so eine Sache. In meinem Heimatort gibt es mitten in der Stadt eine große, vielbefahrene Straße, dort wurde vor vielen Jahren früh an einem Sonntagmorgen, einfach so, auf dem Bürgersteig, eine Frau vergewaltigt. Warum ich mich daran erinnere? Meine Mutter las mir davon aus der Zeitung vor, und ich habe es nie wieder vergessen. Jeden Tag bin ich diese Straße mit dem Rad entlang gefahren, das war mein Schulweg. Angst hatte ich dort vorher nie gehabt. Doch dieser Schrecken, dass es einer Frau an einem solch öffentlichen, leicht zugänglichen Ort passieren konnte, überfallen zu werden, saß tief. Fortan fuhr ich also oft Umwege, radelte zumindest aber immer auf der anderen Straßenseite. Ich bin mir sicher, dass es auch Gegenden gibt, die das allgemeine Unsicherheitsgefühl von Männern begünstigen. Die Unsicherheit bei Frauen sitzt aber oft viel tiefer, auch weil sie uns anerzogen wird. Und, das bestätigte unlängst die Kriminalstatistik, Gewalt gegen Frauen geht häufig von Männern aus. Auch wenn es sich hierbei oft um Bekannte, Freunde, Partner oder Ex-Partner handelt, also nicht immer um den fremden Mann, der uns auf der Straße überfällt, macht das etwas mit uns Frauen. Die anerzogene Unsicherheit, die diffuse Angst, mit der ich damals meinen Schulweg antrat, war eine Angst vor Männern. Nicht vor allen Männern. Aber eben vor solchen, die Frauen oder Mädchen Gewalt antun.

Eine andere Sache sind freilich die sogenannten Mutter-Kind-Parkplätze. Die sind häufig breiter, damit mehr Platz zum Ein- und Auspacken des Kinderwagens ist. Man könnte es nun als diskriminierend empfinden, dass es keine Vater-Kind-Parkplätze gibt. Wahrscheinlich aber ist auf jedem Mutter-Kind-Parkplatz auch ein Vater mit seinen Kindern, den Einkäufen und dem Kinderwagen willkommen.

Es mag ja stimmen, dass Frauenparkplätze eine faktische Ungleichbehandlung von Männern gegenüber Frauen bedeuten. Und ja, es sind auch Männer von solchen Vorkehrungen betroffen, die niemals irgendjemandem etwas antun würden. Aber von anderen Sicherheitsmaßnahmen sind schließlich auch alle betroffen. Bei der Sicherheitskontrolle im Flughafen müssen alle Passagiere ihre Tasche auf das Band beim Sicherheitscheck legen. Genauso wie übrigens fast alle Frauen von dem Gefühl der Unsicherheit betroffen sind, wenn sie in der Dunkelheit auf abgelegenen Parkplätzen nach dem Autoschlüssel kramen.

Wenn wir aber schon beim Thema Behandlung sind, dann sollten sich auch einige Männer dieses Stichwort zu Herzen nehmen. Wenn nämlich alle Männer Frauen von vornherein so behandeln, wie es sich gehört – sie nicht auf Parkplätzen überfallen, nur so als Beispiel – dann bräuchten wir auch keine Frauenparkplätze. Dann könnten Frauen sich auch in dunklen Parkhäusern und abgelegenen Parks frei bewegen, ohne den Schlüssel schon mit zitternder Hand kampfbereit in der Jackentasche zu umklammern. Dann würden Frauen sich auch bestimmt nicht „schwach“ fühlen. Dann wären sie frei.

Bürger, fahrt schwarz!

Jan Fleischhauer

Viele fragen sich, warum so viele Menschen im Alltag die Nerven verlieren. Als S-Bahn-Kunde stellt sich mir eine andere Frage: Weshalb geschieht es nicht viel öfter?

Die Grünen wollen, dass Schwarzfahren nicht länger als Straftat gilt. Die grünen Rechtspolitiker aus Bund und Ländern habe eine Erklärung verabschiedet, wonach Schwarzfahren künftig nur noch als Ordnungswidrigkeit gelten soll. Bislang findet sich die sogenannte Beförderungserschleichung unter Paragraf 265a im Strafgesetzbuch. Wie ich der "Süddeutschen Zeitung" entnommen habe, landen etwa tausend Menschen jedes Jahr im Gefängnis, weil sie eine S- oder U-Bahn benutzt haben, ohne eine gültige Fahrkarte zu besitzen. Wenn man bedenkt, was man normalerweise angestellt haben muss, um eingekastelt zu werden, ist das eine erstaunlich hohe Zahl.

Ich stehe nicht im Verdacht, ein großer Anhänger der Grünen zu sein. Die meisten Vorschläge, die sie machen, halte ich für hanebüchen oder sogar für schädlich. Aber in diesem Punkt haben sie Recht, wie ich finde. Ich wäre sofort dafür, das Schwarzfahren zu entkriminalisieren. Die Grünen machen geltend, dass vor allem Menschen im Gefängnis landen, die sich die Geldstrafe nicht leisten können. Wer nicht innerhalb der vorgegebenen Frist zahlt, dem droht eine Ersatzfreiheitsstrafe, wie Gefängnis aus Armut heißt. Jeder Siebte, der wegen Schwarzfahrens verurteilt wurde, landet aufgrund von Zahlungsunfähigkeit in Haft. Das sei sozial ungerecht, sagen die Grünen - ein bedenkenswertes Argument. Noch überzeugender allerdings erscheint mir als Begründung die notorische Unzuverlässigkeit der Bahn. Ich würde so weit gehen, Schwarzfahren als Notwehr einzustufen.

Seit ich von Berlin nach München gezogen bin, ist vieles in meinem Alltag leichter geworden. Der Antrag für einen neuen Pass vollzieht sich in Stunden statt in Tagen. Die Polizei ist nicht nur freundlich, sondern auch effizient. Wenn ich vergessen habe, mein Auto abzuschließen, steht es mit hoher Wahrscheinlichkeit morgen noch da, wo ich es abgestellt habe, weil der Gewohnheitsdieb lieber einen Bogen um München macht. Was sich allerdings eindeutig verschlechtert hat, ist die Pünktlichkeit im Nahverkehr. Ich habe es für undenkbar gehalten, dass man Berlin beim S-Bahn-Service noch unterbieten könnte. Der MVV schafft das, und zwar um Längen. Neulich musste ich zum Flughafen. Drei Stationen vor Ankunft am Terminal meldete sich der Zugführer, um mitzuteilen, dass der Zug nicht wie vorgesehen zum Flughafen fahre, sondern den Weg nach Freising nehme. Fahrgäste Richtung Flughafen sollten bitte aussteigen. Auf dem Bahnsteig hieß es dann, der nächste Zug komme in 20 Minuten, vielleicht aber auch später. Wer geistesgegenwärtig genug war, schnappte sich ein Taxi. Von den armen Reisenden, die auf die Dienste der Münchner Verkehrsbetriebe vertrauten, haben die meisten ihren Flug verpasst.

So geht es tagein, tagaus. Niemand hält es für nötig, sich zu entschuldigen oder einen Grund für die Verspätungen zu nennen. "Warum auch?", scheint man sich in München zu sagen. Die Leute haben ihr Ticket gelöst, Erstattung gibt es bei der S-Bahn ohnehin nicht. Und wohin sollte man sich mit einer Beschwerde auch wenden? An den Ticketschalter im Bahnhof? Bis man da an der Reihe ist, hat man noch einmal einen halben Tag vertrödel. Eine Kollegin hatte neulich ein Fahrrad dabei. Sie hatte auf ihrer Streifenkarte zusätzlich zwei Streifen für das Mitführen des Fahrrads entwertet, so wie sie es seit Jahren tut. Leider hatte sich, von ihr unbemerkt, das Reglement geändert: Nun muss, wer ein Fahrrad dabei hat, ein extra Fahrradticket lösen. Als sie in eine Fahrscheinkontrolle geriet, stellte sich heraus, dass sie 20 Cent zu wenig bezahlt hatte. Meinen Sie, dass die Kontrolleure ein Einsehen hatten oder sich vielleicht dachten: "Die Frau ist sicher im vergangenen Monat fünf Mal zu spät gekommen, weil wieder mal die Bahn ausgefallen war. Seien wir lieber nicht zu kleinlich"? 60 Euro Strafe bekam die Kollegin aufgebremmt, zahlbar innerhalb von 14 Tagen. 60 Euro für 20 Cent Unterdeckung. Bei Säumnis droht die Zwangsvollstreckung.

Manchmal denke ich, wir sind als Volk zu gutmütig. Ich stehe oft am Bahnsteig und wundere mich, wie ruhig die Menschen bleiben. Niemand regt sich auf, dass er seinen Termin verpasst oder die Kinder vergeblich an der Kita warten. Niemand schreit seine Wut heraus. Der SPIEGEL ist vor ein paar Wochen in einer Titelgeschichte der Frage nachgegangen, warum so viele Menschen im Alltag die Nerven verlieren. Für mich ist nicht das "Warum" die Frage, sondern, weshalb es nicht viel öfter geschieht.

Wenn man protestiert, erntet man nur ein höhnisches Lachen. Oder man wird mit dem Hinweis auf die Beförderungsbestimmungen abgefertigt, wonach "als Entschädigungsbetrag für Verspätungen ab 60 Minuten je Fahrt pauschal 1,50 Euro" angesetzt sind, wobei "Fahrpreiseschädigungen unter einem Betrag von 4,00 Euro" allerdings nicht ausgezahlt werden. Man muss das System dort treffen, wo es wehtut. Ich habe beschlossen, nur noch schwarz zu fahren.

"Neue Seidenstraße" - Die Weltmacht China kauft sich im Start-up-Land Israel ein

Dominik Peters

Gigantische Infrastrukturprojekte, Millionen für Cybersecurity-Start-ups, Forschungsk Kooperationen mit Universitäten: China investiert massiv in Israel. Die USA sind alarmiert. Donald Trump gratulierte Israels Premier Benjamin Netanyahu vergangene Woche zum Wahlsieg - noch bevor das offizielle Ergebnis bekannt war. Beim Treffen der beiden Spitzenpolitiker wenige Tage zuvor in Washington hatte der US-Präsident aber offenbar auch eine Warnung ausgesprochen. Wenn Israel seine Beziehungen zu China weiter ausbaue, könnten die Vereinigten Staaten die Sicherheitszusammenarbeit mit dem jüdischen Staat reduzieren. So berichtete es Barak Ravid, diplomatischer Korrespondent des israelischen TV-Senders Kanal 13. Die kommunistische Einheitspartei ist seit Jahren auf großer Einkaufstour für ihr Megaprojekt einer "Neuen Seidenstraße".

Die Großmacht aus Fernost kauft weltweit mit vielen Milliarden Dollar Häfen, Bahnstrecken und Flugplätze, um einen globalen Handelskorridor zu errichten:

- in Afrika, etwa im strategisch bedeutsam gelegenen Dschibuti am Golf von Aden,
- auch in Osteuropa und auf dem Balkan treibt China seine wirtschaftlichen Interessen voran,
- und Ende März besuchte Staatspräsident Xi Jinping Italien, um die Regierung in Rom von dem Projekt zu überzeugen. Erfolgreich. Italien ist damit der erste G7-Staat, der mit Milliardeninvestitionen aus der Volksrepublik rechnen kann.

Israels Wirtschaft ist ebenfalls seit Langem im Fokus der Chinesen. Bereits 2014 kaufte der chinesische Staatskonzern Bright Food mit Tnuva Israels Marktführer bei Milchprodukten - eine nationale Marke, die zwischen Mittelmeer und Jordan so bekannt ist wie Müllermilch in Deutschland. Mittlerweile ist China der zweitgrößte Handelspartner der Start-Up-Nation und unterhält dort zwölf Handelsvertretungen. Nach Angaben des "Wall Street Journal" waren chinesische Investoren in den ersten drei Quartalen 2018 an allen 17 Finanzierungsrunden für israelische Start-ups mit einem Wert von über 20 Milliarden Dollar beteiligt: Viele dieser jungen Unternehmen sind weltweit führend im Rüstungs- und Cybersecuritysektor. Nicht wenige arbeiten an sogenannten Dual-Use-Produkten - also an Gütern, die zivil und militärisch genutzt werden können. Und von diesen arbeiten alle eng mit dem israelischen Verteidigungsministerium zusammen, das wiederum eine rege Kooperation mit dem Bündnispartner USA unterhält.

Dass China über seine Investments Wirtschaftsspionage betreibt und so an sicherheitsrelevantes Know-how der Vereinigten Staaten gelangen könnte, beunruhigt Washington ebenso wie den Sicherheitsapparat in Israel. Bereits seit 2005 liefert Israel - auf Drängen der USA - keine reinen Rüstungsgüter mehr an China; vermutlich auch weil die Regierung in Peking enge wirtschaftliche Kontakte zum Erzfeind Iran unterhält. Nadav Argaman, Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Beth, warnte Anfang des Jahres in einer nicht öffentlichen Rede an der Universität Tel Aviv sogar davor, dass die nationale Sicherheit gefährdet sei - durch Infrastrukturprojekte in Haifa und in Tel Aviv, an denen Tausende chinesische Arbeiter beteiligt sind: Die neue U-Bahn-Linie in Tel Aviv gehört dazu, ebenso wie die Bahnstrecke zwischen dem Hafen von Aschdod am Mittelmeer und Eilat, der Stadt am Roten Meer.

Vor allem ein Großprojekt dürfte Argaman im Sinn gehabt haben: Die "Shanghai International Port Group" hat 2015 eine Ausschreibung zum Bau eines neuen kommerziellen Hafens mit Containerterminal in Haifa gewonnen. Im Juni vergangenen Jahres wurde mit den ersten Arbeiten begonnen. In unmittelbarer Nähe zur Baustelle liegen aber auch die israelischen U-Boote der Dolphin-Klasse aus deutscher Produktion, die - inoffiziell - mit Nuklearwaffen bestückt sind. Zudem geht die 6. US-Flotte seit Jahrzehnten regelmäßig in dem Mittelmeerhafen vor Anker. Die Frage ist, wie lange noch. Klar ist nur, dass Israels Premier Netanyahu die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China weiter ausbauen will. Erst im Oktober empfing er den chinesischen Vizepräsidenten Wang Qishan und eine große Wirtschaftsdelegation in Jerusalem. Mit dabei: Alibaba-Chef Jack Ma. Auch die israelischen Bildungseinrichtungen setzen auf Deals mit China:

- Die Universität Tel Aviv hat bereits vor einigen Jahren mit der Hochschule in Tsinghua ein gemeinsames Nanotechnologieprojekt gestartet. Die Chinesen errichteten ein Forschungszentrum für umgerechnet rund 250 Millionen Dollar.
- Die Hebräische Universität in Jerusalem will bald einen eigenen Campus in Shenzhen eröffnen.
- Die Universität Haifa hat bereits seit dem November vergangenen Jahres eine Dependence in Shanghai.

"Niemand kann China ignorieren", sagt Ron Robin. Der Präsident der Universität plant den Aufbau gemeinsamer Programme für Doktoranden sowie MA- und BA-Studenten. Er sagt aber auch: "Wir werden diese Kooperation nur ausbauen, wenn es eine Win-win-Situation für beide Seiten ist."

Kampf gegen Kunststoff im Einzelhandel - Verdamnte Gurkenfolie

Maria Marquart

Aldi, Lidl, Rewe: Handelsketten überbieten einander mit Heldentaten zur Plastikvermeidung. Doch wie nachhaltig ist der Verzicht auf Folie, Strohhalme und Tüten wirklich? Worauf sollten Verbraucher achten?

Beinahe alle Handelsketten haben das Thema Plastikvermeidung für sich entdeckt. Aldi, Lidl, Rewe, Edeka und Co. überbieten sich regelrecht mit Ankündigungen beim Aussortieren von Plastik. Bislang steigt der Verbrauch von Kunststoff stetig. In Deutschland hat sich der Plastikmüll seit 1994 fast verdoppelt, auf inzwischen rund sechs Millionen Tonnen pro Jahr. Die Deutschen frönen zwar als eine Art Ausgleich mit großer Hingabe dem Mülltrennen, doch das Recyclingsystem kann das Problem nicht lösen. Denn nicht alles, was recycelt wird, kommt automatisch in eine nützliche Wiederverwertung. "Wir haben kein Entsorgungsproblem", sagt Henning Wilts, Abfallexperte am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Das Problem sei, was aus dem recycelten Material gemacht werde. Nur zwölf Prozent des in Deutschland eingesetzten Kunststoffs komme aus dem Recycling. Das heißt umgekehrt: Der allergrößte Teil der Kunststoffprodukte wird noch immer energie- und rohstoffaufwendig mit Erdöl hergestellt. Technisch sollte eine Wiederverwertung von Plastik eigentlich machbar sein, sagt Wilts. Aber gerade komplexe Kunststoffverbindungen seien aufwendig zu recyceln, dieses Plastik gehe dann oft einfach in die Verbrennung. Als Beispiel dafür nennen Umweltschützer Verbundpackungen für Käsescheiben. "Die Verpackung ist das Symbol für die Wegwerfgesellschaft", sagt Abfallexperte Wilts. Auch deshalb besetzen die Handelsketten das Thema Plastik wohl so öffentlichkeitswirksam. Wie nachhaltig die Strategien der einzelnen Unternehmen tatsächlich sind, ist selbst für Experten schwer einzuschätzen. "Es ist sehr verwirrend", sagt Wilts über die verschiedenen Maßnahmenkataloge und ihre Wirkungen.

Ein Beispiel hierfür ist die Salatgurke: "Aldi befreit die Salatgurke von Plastik", verkündete Aldi Süd kürzlich stolz. Dies sei möglich, weil der Konzern durch kürzere Transportwege und den Verzicht auf Zwischenlager den Feuchtigkeitsverlust bei Gurken reduzieren konnte. Lidl dagegen verpackt die Salatgurke weiterhin in Folie. Man prüfe aktuell sehr genau, welche Folgewirkungen das Weglassen der Plastikverpackung für die Haltbarkeit, Frische und Qualität von Gurken habe, teilt der Discounter mit. Ohne Plastik ändere sich oft die Logistik, sagt Abfallexperte Wilts. Untersuchungen hätten gezeigt, dass es nachhaltiger sei, Gurken aus der Region ohne Plastik anzubieten, wenn nicht mehr als sechs Prozent weggeworfen werden. Für den Verbraucher ist also schwer einzuschätzen, ob die Aldi-Gurke ohne Plastik wirklich nachhaltiger ist, oder ob am Ende Lidl durch Transport, Logistik und Produktion weniger Ausschussware und eine bessere CO2-Bilanz hat.

Entscheidend für Nachhaltigkeit seien drei Faktoren, erklärt Wilts: Wo kommt die Ware her? Wie wird sie produziert? Wie kommt der Kunde zum Laden?

So sei bei Rindfleisch am Ende eine gute Verpackung nachhaltiger, wenn sonst das mit hoher CO2-Bilanz produzierte Fleisch weggeworfen wird. Bei Kiwi und Avocado kann auch ein Bio-Siegel den Transportweg nicht wettmachen. Und wer den Lieferservice nutzt oder sich mit dem Auto Obstsalat in Plastikschaale und mit Folie drumherum holt, trägt ebenfalls nicht zum Umweltschutz bei.

Der Handel steht dabei meist im Fokus. Oft sei der Transport mit Plastik günstiger und bequemer, sagt Abfallexperte Wilts. "Im ersten Schritt kostet die Unternehmen die Plastikvermeidung etwas." Dennoch könne sich der Einsatz für den Handel lohnen. Einerseits können die Ketten Pluspunkte bei den Kunden sammeln, andererseits aus dem Recycling sogar ein Geschäft machen. Die Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, ist hier ihren Wettbewerbern voraus. Sie hat das Entsorgungsunternehmen Tönsmeier übernommen und steigt damit voll ins Müllgeschäft ein. Auch die Lizenz für ein eigenes duales System (das bekannteste ist der Grüne Punkt) hat die Schwarz-Gruppe beantragt. Wenn die Behörden grünes Licht geben, kann das Unternehmen seine eigenen Verpackungsabfälle günstiger verwerten und dies gegen Gebühren auch noch für andere übernehmen. Denn beim dualen System entrichten Hersteller und Einzelhändler eine Gebühr für die Entsorgung - und legen es in der Regel auf die Preise um. Etwa 13 Euro zahlt so jeder Verbraucher in Deutschland dafür jährlich.

Umweltexperten sehen es grundsätzlich positiv, dass die Schwarz-Gruppe als Müllverursacher sich auch beim Entsorgungsmanagement engagiert. Schließlich stammt Schätzungen zufolge etwa ein Zehntel des Verpackungsmülls im deutschen Handel von Lidl. Die Experten warnen aber auch davor, dass der Handelskonzern damit noch mächtiger wird und seine Lieferanten dazu bringen könnte, auch die Verpackungsentsorgung über die Schwarz-Gruppe abzuwickeln. Teil der Lidl-Strategie ist es auch, den Einsatz von Rezyklaten zu steigern. Das sind wiederverwertbare Kunststoffbestandteile. Nach eigenen Angaben hat der Discounter schon heute beim stillen Mineralwasser seiner Eigenmarke einen Rezyklatanteil von 100 Prozent. Umwelt- und Abfallexperten fordern, dass die Verpackungsindustrie gerade beim Rezyklatanteil vorankommen muss. Hier müsse auch die Politik deutlichere Vorgaben machen. Kritisch sehen Umweltschützer die Bestrebungen vieler Händler, auf Ersatzprodukte für Plastik auszuweichen. Damit werde oft nur ein Bild der Natürlichkeit vorgegaukelt. "Papierproduktion ist auch umweltschädlich", sagt Katharina Istel vom Naturschutzbund Nabu. Plastik sei manchmal sogar die umweltschonendere Variante. "Man muss kein schlechtes Gewissen haben, wenn man Ketchup in der Plastikflasche statt im Einwegglas kauft", nennt Istel ein Beispiel. Bei Glas sei die Herstellung energieintensiv, und beim Transport gebe es hohe CO2-Emissionen. Darum sei Glas nur bei kurzen Lieferwegen und im Mehrwegsystem nachhaltiger.

Globale Steuerpolitik - Wo Deutschland plötzlich Entwicklungsland ist

David Böcking

Ausländische Konzerne verdienen bei uns Milliarden, von denen wir kaum etwas abbekommen: Diese Erfahrung von Entwicklungsländern machen neuerdings auch die Europäer mit US-Digitalkonzernen. Bilden sich nun neue Allianzen? Angola, Äthiopien, Botswana, Jordanien, Kolumbien, Nigeria und Senegal: Sie alle schickten Diplomaten, als die Linke kürzlich zu einem Fachgespräch in den Bundestag lud. Die Länder eint, dass sie derzeit mit Deutschland über Steuerabkommen verhandeln. Und Martin Hearson, Ökonom an der London School of Economics (LSE), machte ihnen Mut.

"Sie haben neue Verbündete", sagte Hearson in Richtung der Entwicklungs- und Schwellenländer. Diese sind es gewohnt, dass westliche Konzerne ihre Rohstoffvorkommen ausbeuten - oft, ohne dabei viel Geld im Land zu lassen. Nun aber befänden sich Deutschland, Frankreich oder Großbritannien in einer ähnlichen Lage, so Hearson. "Der Rohstoff sind Daten."

Der Ärger über Facebook, Google oder Amazon hat Bewegung in die internationale Steuerpolitik gebracht. Die US-Konzerne verdienen Milliarden, verteilen diese aber geschickt über die Welt. Dadurch liegen ihre Steuerquoten zum Teil im Nachkommabereich. Den Digitalriesen hilft dabei, dass ihre Geschäfte kaum noch an Fabriken, Läden oder Büros in einzelnen Ländern geknüpft sind. Um dennoch etwas vom Kuchen abzubekommen, haben Frankreich und einige andere EU-Staaten inzwischen eigene Digitalsteuern angekündigt oder bereits beschlossen. Erhoben werden sie auf die Umsätze mit Nutzern, statt wie bisher üblich auf die Gewinne. "Jeder versteht, dass wir uns das Geld da holen wollen, wo es ist", sagte Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire. "Man kann jetzt nicht mehr mit dem Steuerrecht des 20. Jahrhunderts arbeiten."

Kämpfen die Europäer jetzt also für ein neues System, das Steuereinnahmen anders in der Welt verteilt? Le Maires Amtskollegen in Afrika, Asien oder Lateinamerika könnten bei seinen Worten jedenfalls aufhorchen. Denn bisher haben die EU-Länder selbst ziemlich effektiv verhindert, dass ihre Konzerne größere Summen im Ausland lassen. Zu diesem Ergebnis kam Hearson nach einer Untersuchung von 519 Doppelbesteuerungsabkommen im Auftrag der Linken-Fraktion im Europaparlament. Mit solchen Verträgen regeln Staaten, wann sie Geschäfte ausländischer Unternehmen auf ihrem Territorium besteuern dürfen. Wie viel Geld bleibt beispielsweise in Botswana, wenn ein westlicher Konzern dort Diamanten schürft? Das hängt unter anderem davon ab, wann das Land eigene Quellensteuern erheben darf. Oder nach wie vielen Monaten im Land ein Konzern eine eigene Betriebsstätte gründen muss. Hearsons Ergebnis: Die EU-Mitglieder erlauben Entwicklungsländern eine geringere Besteuerung als diese sich untereinander gewähren oder mit anderen Industrieländern vereinbaren konnten. Die Deutschen scheinen dabei zu den härtesten Verhandlern zu gehören. Laut einem von Hearson errechneten Index ließ Deutschland den Entwicklungsländern im Durchschnitt nur ein Drittel der möglichen Besteuerungsrechte. Im EU-Schnitt sind es 40 Prozent, Finnland gewährt sogar gut die Hälfte. "Doppelbesteuerungsabkommen sind in der deutschen Verhandlungspraxis geprägt vom Interesse, möglichst viel Steuersubstrat für Deutschland zu sichern", schrieb der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem Gutachten. "Entwicklungspolitische Aspekte sind in den Abkommen nur vereinzelt nachweisbar."

"Deutschland ist sehr residenzbasiert", sagt Hearson. Das heißt: Deutsche Unternehmen sollen ihre Gewinne vor allem dort versteuern, wo ihre Zentralen stehen. Eine Digitalsteuer würde dieses Prinzip aufweichen und wird in Berlin entsprechend skeptisch gesehen. Im Bundesfinanzministerium von Olaf Scholz (SPD) fürchtet man, dass Deutschlands exportstarke Unternehmen verstärkt im Ausland zur Kasse gebeten werden könnten - etwa für Autos, die sie in China verkaufen.

Die Orientierung an der Exportwirtschaft sei "tief eingeschrieben ins Finanzministerium", sagt Thomas Rixen, Politikwissenschaftler an der Universität Bamberg. "Abteilungsleiter und Referenten machen diese Politik. Die ändert sich bisher auch nicht, wenn die Parteifarben des Ministers wechseln." Und so will Scholz im Gegensatz zu Franzosen oder Österreichern auch bislang keine nationale Digitalsteuer einführen. Auf EU-Ebene scheiterte sie wiederum an anderen Staaten: Länder wie Irland oder Schweden sind selbst Sitz von Digitalkonzernen, mit denen sie es sich nicht verderben wollen. Bleibt damit letztlich alles beim Alten, weil jedes Land auf seine eigenen Einnahmen schaut? Zumindest den Versuch eines Neuanfangs soll es geben: Bis Ende 2020 verhandeln 128 Staaten unter Leitung der in Paris ansässigen Industrieländerorganisation OECD über Steuerreformen für die zunehmend digitale Wirtschaft. Ein Vorschlag sind dabei weltweite Mindeststeuersätze, für die sich Scholz starkmacht.

Ein anderer Vorschlag würde dagegen die Rechte zur Besteuerung ausländischer Konzerne deutlich ausweiten. Demnach wären schon eine Website in der Landessprache oder Abrechnungen in der Landeswährung Indizien für eine "signifikante ökonomische Präsenz", die besteuert werden darf. Das Konzept stammt von den G24-Staaten, zu denen unter anderem Indien, Kolumbien und Ghana gehören.

"In der Digitalisierungsdiskussion nutzen Entwicklungsländer die Chance und organisieren sich", sagt Hearson. Früher hätten diese Staaten dagegen nur Einigungen übernehmen können, die zuvor innerhalb der Industrieländerorganisation OECD ausgehandelt wurden. "Historisch gesehen ist das ein sehr exklusiver Klub", sagt auch Thomas Rixen. "Mittlerweile sind alle Länder eingeladen, nach Paris zu kommen."

Frauen an der Macht

Milena Hassenkamp und Marcel Pauly

Schweden schafft es ohne Gesetz, Frankreich erfolgreich mit. Wie viele Frauen in europäischen Parlamenten und Kabinetten sitzen, hat verschiedene Gründe. Welche Schritte haben die einzelnen Länder unternommen?

Zwischen zwölf und 47 Prozent - so weit liegen die Anteile von Frauen in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten auseinander. Warum die einen so viele Frauen und die anderen so wenige haben, lässt sich teilweise mit den Maßnahmen erklären, die die Länder ergreifen, um Frauen in der Politik zu fördern. Dabei gibt es im Wesentlichen zwei Konzepte: ein Paritätsgesetz, das vorschreibt, dass die Plätze auf den Wahllisten der Parteien gleichberechtigt zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden. Und parteiinterne Quoten, durch die sich Parteien selbst verpflichten, ein bestimmtes Verhältnis zwischen Männern und Frauen bei der Listenbesetzung einzuhalten.

Elf von 28 EU-Staaten besitzen gesetzliche Regelungen zur Geschlechterparität in ihren nationalen Parlamenten. In manchen Fällen haben diese Quoten deutliche Auswirkungen auf den Anteil von Frauen. In Spanien etwa legte die Regierung 2007 eine gesetzliche Quote für die Kandidatenlisten fest, nach der jeweils 40 Prozent der Listen von Kandidaten unterschiedlichen Geschlechts gefüllt werden müssen. Seitdem stieg der Anteil der Frauen im Parlament auf zwischenzeitlich 46 Prozent. Heute hat er sich laut einer Erhebung der Interparlamentarischen Union (IPU) bei 41 Prozent eingependelt.

In anderen Ländern werden auch ohne gesetzlich festgeschriebene Quote hohe Frauenanteile in politischen Ämtern erreicht. Ein Beispiel dafür sind Schweden und Finnland. Im schwedischen Parlament sind 47 Prozent der Abgeordneten weiblich. Das Land ist damit europäischer Spitzenreiter, gefolgt von Finnland mit einem Frauenanteil von 42 Prozent.

Schweden wird oft für seine erste feministische Regierung gefeiert. Statt einer nationalen Quote haben hier freiwillige interne Regelungen der Parteien eine lange Tradition. Viele besetzen ihre Wahllisten im Land bereits seit Ende der Siebzigerjahre mittels Quote. Daran zeigt sich: Es kommt letztlich auf den Willen der Parteien an. Das gilt auch für das Musterbeispiel Frankreich. Hier wurde 1999 die Verfassung geändert, damit 2000 ein Paritätsgesetz in Kraft treten konnte, das eine gleichberechtigte Besetzung der Wahllisten fordert - und über die staatliche Wahlkampfkostenerstattung sanktioniert.

Doch erst mit dem Einzug von Emmanuel Macrons Partei La République en Marche schaffte das Land einen Sprung von zwölf Prozentpunkten: Rund 40 Prozent der Abgeordneten in der Nationalversammlung sind heute weiblich. Das liegt auch daran, dass die Partei die Plätze auf ihrer Wahlliste tatsächlich mit aussichtsreichen Kandidatinnen besetzt hat, argumentieren Wissenschaftler. Im globalen IPU-Ranking sprang das Land damit von Platz 64 auf Platz 16. In der EU liegt Frankreich auf Rang vier.

In manchen Ländern ist der Frauenanteil trotz gesetzlich festgesetzter Quoten niedrig. Das liegt zum einen an niedrig angesetzten Zielwerten, wie beispielsweise in Griechenland. Dort gibt es eine in der Verfassung sowie im Wahlgesetz verankerte Quote, nach der mindestens ein Drittel der Kandidatenlisten der Parteien - sowohl für nationale als auch für Wahlkreislisten - paritätisch besetzt sein müssen. Wird die Quote nicht eingehalten, bekommt die Liste keine Zulassung. Der Frauenanteil im Parlament beträgt hier nur 19 Prozent.

Insgesamt zeigen die Daten, dass vor allem die Parlamente derjenigen EU-Länder niedrige Frauenanteile haben, in denen es weder eine nationale noch eine parteiinterne Quotenregelung gibt. Hier liegen die Anteile von Frauen in Parlamenten zwischen zwölf und 28 Prozent. Schlusslichter in der gesamten EU sind Malta und Ungarn.

Amerika stuft europäische Autos als Sicherheitsgefahr ein

Seit Tagen kursieren Gerüchte, jetzt hat Kanzlerin Merkel sie höchstpersönlich bestätigt: Das amerikanische Handelsministerium sieht in Autos aus der EU eine Gefahr für die nationale Sicherheit. Das bedeutet freie Fahrt für Trump.

Das amerikanische Handelsministerium ist nach Angaben von Kanzlerin Angela Merkel offensichtlich zu der Einschätzung gekommen, dass europäische Autos eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen. Das sei für Deutschland erschreckend, sagte Merkel am Samstag bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Auf der Grundlage der Einschätzung des Handelsministeriums könnte der amerikanische Präsident Donald Trump jetzt neue Sonderzölle einführen. Offiziell endet an diesem Sonntag die Frist für eine Entscheidung des Handelsministeriums darüber, ob der Import von Autos und Zulieferteilen die nationale Sicherheit des Landes beeinträchtigt.

In ihrer Rede wies Merkel darauf hin, dass viele deutsche Konzerne ihre Autos in den Vereinigten Staaten bauen ließen – etwa im BMW-Werk im Bundesstaat South Carolina. „Wenn diese Autos, die in South Carolina gebaut werden, plötzlich eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten sind, dann erschreckt uns das“, sagte die Kanzlerin. Für die Haltung der amerikanischen Regierung äußerte sie Unverständnis.

Merkel mahnte in der Frage weitere Verhandlungen an: „Es wäre gut, wir kommen in ordentliche Gespräche miteinander“, sagte sie. „Wir sind stolz auf unsere Autos, das dürfen wir auch.“ Merkel verwies darauf, dass das Werk in South Carolina das größte BMW-Werk überhaupt sei. Dort würden auch Autos für den Export gebaut.

Wie wird die EU reagieren?

Nach der jetzt bekannt gewordenen Entscheidung des Handelsministeriums könnte Trump binnen 90 Tagen darüber befinden, ob er Sonderzölle erheben will. Zuletzt wurden Sonderzölle in Höhe von 25 Prozent ins Gespräch gebracht. Dadurch will Trump das amerikanische Handelsdefizit abbauen und Jobs in den Vereinigten Staaten schaffen.

Sonderzölle auf Autoimporte könnten deutsche Hersteller dem ifo-Institut zufolge empfindlich treffen. Sollten die Vereinigten Staaten die Importzölle dauerhaft um 25 Prozent erhöhen, könnten sich die deutschen Autoexporte nach Amerika langfristig fast halbieren, wie aus Berechnungen des Instituts hervorgeht. „Diese Zölle würden die gesamten Auto-Exporte aus Deutschland um 7,7 Prozent verringern, was einem Wert von 18,4 Milliarden Euro entspräche“, sagt ifo-Experte Gabriel Felbermayr.

Exporte in andere Länder und Sektoren könnten diesen Effekt zwar etwas abfedern, es bleibe aber bei einem Rückgang der gesamten deutschen Exporte um 11,6 Milliarden Euro, sagt Felbermayr. Sollte Trump ernst machen, dürfte dies laut Felbermayr die Wertschöpfung der deutschen Autoindustrie um rund fünf Prozent beziehungsweise um sieben Milliarden Euro senken. Innerhalb der EU würden etwa 60 Prozent des Schadens für die Wirtschaftskraft auf die Bundesrepublik entfallen. Die Wertschöpfung in der amerikanischen Autoindustrie dürfte dagegen um rund 25 Milliarden Euro steigen.

Ein Haken an der Rechnung

Noch im Dezember hatte eine Delegation deutscher Automanager von VW, Daimler und BMW Trump getroffen, um ihn von Sonderzöllen abzubringen. Wie viel das brachte, bleibt unklar. Die deutsche Autoindustrie warnt vor Abschottung und verweist auf die Bedeutung der deutschen Autobauer und Zulieferer für den amerikanischen Arbeitsmarkt. „2018 waren rund 118.000 Mitarbeiter in ihren Werken direkt beschäftigt, rund 8000 mehr als ein Jahr zuvor“, heißt es vom Verband der Automobilindustrie (VDA). „Während wir 2018 rund 750.000 Fahrzeuge in den deutschen US-Werken produziert haben, wurden nur 470.000 Neuwagen aus Deutschland in die USA exportiert.“

Würde es keine Gegenreaktion anderer Länder geben, könnten die Vereinigten Staaten langfristig von Sonderzöllen erheblich profitieren, sagt Felbermayr. „Porsche, Audi, BMW, Mercedes & Co würden verstärkt in den USA produzieren und so die Zölle umgehen.“ Wer weiter nach Amerika exportiere, müsse die Preise senken. Außerdem würden die Vereinigten Staaten Milliarden an Zolleinnahmen kassieren.

Das Problem ist nur: „Gegenzölle machen das alles kaputt.“

Gleichberechtigung in Deutschland stagniert

Gerecht geht anders: Das Weltwirtschaftsforum bescheinigt Deutschland kaum noch Fortschritte in Sachen Gleichberechtigung. Besonders in der Politik und in der Wirtschaft hakt es.

Die Gleichberechtigung in Deutschland kommt kaum voran: Der Frauenanteil in den Parlamenten hat abgenommen, zudem haben Frauen weiter deutlich schlechtere Bildungschancen als Männer. Das hat eine neue Studie des Weltwirtschaftsforums (WEF) ergeben.

Der "Global Gender Gap Report" des WEF wird jährlich veröffentlicht. In der aktuellen Ausgabe rutscht Deutschland in der Gesamtwertung auf Rang 14 ab, zwei Plätze niedriger als im vergangenen Jahr. Beim ersten Ranking 2006 hatte die Bundesrepublik noch auf Platz 5 gestanden. Spitzenreiter bleibt Island. Das WEF untersuchte für den Bericht in 149 Staaten, wie gut die Gleichberechtigung in vier Bereichen vollzogen wurde. Als Vergleichswert wird berechnet, wie stark die Gerechtigkeitslücke zwischen Männern und Frauen bereits geschlossen ist.

Wirtschaft: Faktoren sind beispielsweise die Gehälter von Frauen und ihre Chancen auf Führungspositionen. Hier bescheinigt der Bericht, die Geschlechterlücke in Deutschland sei zu 73 Prozent geschlossen - Platz 36 im Ranking. Beim Zugang zu Bildung sieht es besser aus: Hier attestieren die Autoren der Bundesrepublik, die Gerechtigkeitslücke zu fast 98 Prozent geschlossen zu haben. Zahlreiche andere Staaten kommen hier allerdings auf noch bessere Werte, sodass Deutschland in diesem Feld nur auf Platz 97 des Rankings landet. Bei den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten kommt Deutschland mit einem Wert von knapp 42 Prozent im weltweiten Vergleich immerhin auf Platz 12. Im Feld Gesundheit wird etwa die Lebenserwartung gewertet. Die Lücke sei zu 97 Prozent geschlossen, schreiben die Autoren - trotzdem reicht es international nur zu Platz 85.

Insgesamt stagniere die Gleichberechtigung, in einigen Bereichen wachse die Kluft sogar wieder, warnt das WEF. So habe das Gefälle zwischen Männern und Frauen in den Bereichen Gesundheit und Bildung zugenommen. Lediglich bei der wirtschaftlichen Chancengleichheit sei die Kluft verringert worden, allerdings sei der Frauenanteil an der weltweiten Erwerbsbevölkerung zurückgegangen.

Im Vorjahr hatten die Autoren erstmals seit Veröffentlichung der Studie 2006 eine weltweite Vergrößerung der Kluft zwischen Frauen und Männern festgestellt. Vor diesem Hintergrund sei die - wenn auch marginale - Verbesserung in diesem Jahr begrüßenswert. Weltweit ist die Geschlechterkluft demnach zu 68 Prozent geschlossen.

Westeuropa als Region führend

"Mehr denn je können es Gesellschaften sich nicht leisten, auf die Fähigkeiten, Ideen und Perspektiven der Hälfte der Menschheit zu verzichten", kommentierte WEF-Gründer Klaus Schwab den Bericht. Nur mit gleichberechtigter Teilhabe der Frauen lasse sich das Versprechen einer wohlhabenderen und menschlich orientierten Zukunft umsetzen. Probleme gibt es fast überall. Auch Spitzenreiter Island wurde mit einer zu 85,8 Prozent geschlossenen Lücke schlechter bewertet als im Vorjahr (88 Prozent). Dort habe sich die Kluft bei weiblichen Abgeordneten sowie Beamtinnen und Managerinnen vergrößert.

Es folgen Norwegen, Schweden und Finnland sowie das mittelamerikanische Nicaragua und das ostafrikanische Ruanda. Die USA fallen um zwei Plätze auf Rang 51. Westeuropa bleibt die Region mit der höchsten Gleichstellung (75,8 Prozent), Schlusslicht sind der Nahe Osten und Nordafrika (60,2 Prozent).

Im jetzigen Tempo werde es länger dauern, die globale Lücke zwischen den Geschlechtern zu schließen, schreiben die Autoren. Sie rechnen für die 106 Länder, die bereits 2006 untersucht wurden, mit 108 Jahren - verglichen mit 100 beim vorigen Bericht.

Anders gesagt: Wer Gleichberechtigung will, muss beim aktuellen Veränderungstempo geduldig sein. Bis zur Gleichstellung am Arbeitsplatz würde es demnach noch 202 Jahre dauern.

Der 8. März wird Feiertag in Berlin

Bisher war Berlin das Land mit den wenigsten Feiertagen. Nun bekommt es einen, den kein anderes Bundesland hat: Am Internationalen Frauentag haben die Berliner frei.

Der Internationale Frauentag am 8. März ist in Berlin künftig – anders als in den anderen Bundesländern – ein gesetzlicher Feiertag. Das Abgeordnetenhaus beschloss dafür eine Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes. Für den Antrag der rot-rot-grünen Koalition stimmten 87, dagegen 60 Abgeordnete. Die geplante Gesetzesänderung sieht zudem vor, dass der "75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa" am 8. Mai 2020 einmalig ebenfalls ein arbeitsfreier Tag wird. Berlin hat nun zehn gesetzliche Feiertage. Damit schloss das Bundesland mit den bisher wenigsten Feiertagen nun zu einer Reihe anderer Bundesländer auf. Im vergangenen Jahr hatten bereits mehrere andere Landesparlamente neue Feiertage eingeführt. Während die norddeutschen Bundesländer den Reformationstag zum Feiertag machten, setzt Thüringen auf den Weltkindertag. Der Stadtstaat Berlin ist das einzige Bundesland mit dem Frauentag als Feiertag. In diesem Jahr fällt der Feiertag auf einen Freitag.

Die Initiative für den Frauentag war aus der SPD gekommen. Derya Caglar, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sagte, die Entscheidung sei "ein ganz großes Zeichen dafür, dass wir auf dem Weg der Gleichstellung von Frau und Mann weiterkommen". Weiblichen Politikern gebe dieser Erfolg besonders viel Motivation. Vor der Abstimmung erklärte die frauenpolitische Sprecherin der Linken, Ines Schmidt, der neue Feiertag solle jedes Jahr in besonderer Weise an Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen erinnern. Anja Kofbinger von den mitregierenden Grünen hingegen befürwortete die Wahl. Berlin sei "multireligiös und atheistisch geprägt". So gebe es einen "religionsunabhängigen Feiertag" für alle Bürger.

Kritik an der Wahl des Tages gab es in der Debatte auch. So sagte etwa der CDU-Politiker Stefan Evers, der 8. März sei ein "weithin unbekannter Gedenktag". Er kritisierte, dass die Koalition keine überparteiliche Verständigung angestrebt habe. Das sei anders gewesen, als über den einmaligen Feiertag zum 500-Jahr-Gedenken der Reformation am 31. Oktober 2017 debattiert wurde. Der AfD-Abgeordnete Martin Trefzer hingegen meinte, dass die Berliner den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag bevorzugen würden. Die Hauptstadt könne sich gar keinen neuen Feiertag leisten, warnte die Abgeordnete Maren Jasper-Winter (FDP). Denn Berlin sei das größte Nehmerland im Finanzausgleich der Bundesländer. Ähnlich äußerte sich der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, Christian Amsinck. Berlin verzichte ohne Not auf 160 Millionen Euro Wirtschaftsleistung.

Der Internationale Frauentag geht auf die Konferenz sozialistischer Frauen im Jahr 1910 in Kopenhagen zurück. Initiatorin war die Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Ausgerufen wurde der Tag erstmals 1911. Zunächst fand er am 19. März statt, erst später setzte sich der 8. März durch. Bei den Kundgebungen in Deutschland gehörte die Einführung des Frauenwahlrechts zu den wichtigsten Forderungen; es wurde in Deutschland 1918 eingeführt.

Während der Frauentag in der Bundesrepublik zunächst kaum Bedeutung hatte, wurde er in der DDR ab 1947 offiziell begangen. Er sollte die Gleichberechtigung fördern und die Arbeit der Frauen würdigen – sie bekamen oft Blumen geschenkt. Im Westen gewann er in den 1970er Jahren durch die damalige Frauenbewegung wieder an Bedeutung.

Die Vereinten Nationen riefen im Rahmen des internationalen Jahres der Frau erstmals eine Feier zum 8. März 1975 aus. 1977 rief ihn die UN-Generalversammlung zum "Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden" aus.

Deutsch-französische Freundschaft - Die Unterschiede machen uns stark

Eva Sabine Kuntz

Wenn Deutschland und Frankreich heute ihre Freundschaft mit einem neuen Vertrag erneuern, ist das nicht nur ein Symbol - sondern eine Chance für ganz Europa.

Die europäische Idee steckt in der Krise: Die ungarische Regierung zieht der Pressefreiheit immer engere Grenzen, die polnische schwächt die Unabhängigkeit der Justiz. Nicht zu uns, heißt es unisono in etlichen europäischen Hauptstädten, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Und so mancher europäische Politiker verfolgt mit unverhohlenem Wohlwollen den Loslösungsprozess der Briten von der EU. Die Zeichen stehen auf mehr Nationalstaat, weniger Europa. Und ausgerechnet jetzt setzen Deutschland und Frankreich auf eine dezidiert verstärkte bilaterale Zusammenarbeit? Angesichts der Rahmenbedingungen wirkt der deutsch-französische Vertrag, den Emmanuel Macron und Angela Merkel am Dienstag in Aachen unterzeichnen werden, wie aus der Zeit gefallen.

Er treibt eine Idee voran, die auch heute noch Gültigkeit hat - sogar mehr denn je: Dass Europa in der globalisierten Welt und im Wettstreit mit Mächten wie China, Russland und den USA nur als Gemeinschaft bestehen kann. Nur so wird es Europa auch morgen noch geben. Nicht mehr und nicht weniger. Dies gilt umso mehr, als Europa buchstäblich immer kleiner wird. Unser Anteil an der Weltbevölkerung sinkt: Stellte Europa 2010 noch sieben Prozent der Weltbevölkerung, so werden es im Jahr 2060 voraussichtlich nur noch fünf Prozent sein.

Ohne die deutsch-französische Zusammenarbeit geht in Europa nichts. Das hat nichts mit der Stärke der beiden Volkswirtschaften zu tun. Es ist auch nicht Ausdruck natürlich übereinstimmender Interessen zweier Länder oder gar ein Hegemonialstreben, das in der Europäischen Union zu Recht kritisiert werden würde. Es geht vielmehr darum, gemeinsam Europa zu dienen.

Deutschland und Frankreich sind sich in den über 50 Jahren seit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags nicht immer ähnlicher geworden. Die Unterschiede bleiben bestehen. Kultur, Hierarchie, Schule, Kommunikation - all das funktioniert in beiden Ländern ganz unterschiedlich und liefert oft genug Stoff für groteske Missverständnisse. Gleiches gilt auch für die politischen Strategien beider Länder, die auf ganz unterschiedlichen diplomatischen, militärischen und strategischen Kulturen fußen, unterfüttert durch entsprechende historische Erfahrungen.

All das führt dazu, dass, wenn Deutschland und Frankreich in einer schwierigen Frage einen Konsens erzielen, dieser weit mehr ist als nur ein bilateraler Kompromiss: Oft ist er auch für die anderen europäischen Staaten tragbar, weil er unterschiedliche Perspektiven in sich vereint. Deutschland und Frankreich können so die Trennlinien innerhalb der Union zwischen Nord und Süd einerseits und Ost und West andererseits überbrücken. Berlin wird etwa in Fragen der Eurozone klar dem Norden zugerechnet, stabilitätsorientierten Staaten also, die Eigenverantwortung versus Transferunion postulieren.

Die Rolle, die Deutschland und Frankreich zukommt, ist für Europa heute wichtiger denn je. In Zeiten europäischer Sinnkrise scheinen immer mehr Menschen Europas Schwächen zu sehen. Immer weniger scheinen sich bewusst zu sein, dass wir hier auf einem Fleckchen Paradies leben.

Denn ich kann mit guten oder schlechten Argumenten Merkel kritisieren und das laut sagen - und bleibe ein freier Mensch. Ob ich Christin oder Jüdin oder Muslima bin, niemand darf mich deswegen malträtieren. Ob ich hetero oder schwul bin, niemand darf mir deswegen dumm kommen. Übrigens auch nicht, nur weil ich eine Frau bin. Anders gesagt: Es gibt keinen anderen Ort auf der Erde, an dem Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Sicherheit und soziale Absicherung bei gleichzeitig größtmöglicher individueller Freiheit so weitgehend verwirklicht sind wie in Europa.

Drei deutsche Firmen träfe ein harter Brexit besonders hart

Frank Stocker

Noch ist völlig unklar, ob und wie Großbritannien am 29. März aus der EU austritt. Doch die Gefahr eines völlig unregelmäßigen Abschieds wächst mit jedem Tag. Davon wären drei deutsche Unternehmen besonders stark betroffen.

Derzeit herrscht eine erstaunliche Sorglosigkeit. Obwohl nur noch drei Wochen Zeit sind, bis der endgültige Abschied Großbritanniens aus der EU ansteht, ist es an den Finanzmärkten seltsam ruhig. Dort geht die Mehrheit inzwischen offenbar davon aus, dass der Termin mindestens verschoben wird, der Brexit vielleicht sogar ganz abgeblasen wird. Doch da könnte sich so mancher täuschen. Denn mindestens genauso wahrscheinlich ist, dass es zu einem „harten Brexit“ kommt, dass der Abschied der Briten aus der EU ohne jegliche vertragliche Regelung stattfindet. Das wäre vor allem für Großbritanniens Wirtschaft verheerend. Doch auch einige deutsche Firmen würden kräftig darunter leiden. Vor allem drei börsennotierte Konzerne könnten stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die aktuelle Lage ist reichlich unübersichtlich. Nach derzeitigem Stand soll das britische Parlament jedoch am 12. März erneut über den mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrag abstimmen. Lehnt es diesen erneut ab, wird es wohl tags darauf eine Abstimmung darüber geben, ob der Austritt ohne Vertrag erfolgen soll. Lehnt das Parlament auch dies ab, dann will Premierministerin Theresa May offenbar über einen kurzen und zeitlich befristeten Aufschub des Brexit abstimmen lassen. „Der Markt hat diesen Ausblick anscheinend als eine deutlich gesunkene Wahrscheinlichkeit eines Hard-Brexits interpretiert“, sagt Günther Scheppler, Analyst bei der DZ-Bank.

Genauso könnte man aber auch fragen: Was sollte in anderthalb Jahren verhandelt werden können, was in den zwei Jahren davor nicht verhandelt wurde? Zudem sind da eben auch noch die anderen 50 Prozent der Wahrscheinlichkeitsverteilung. Und dort lauert immer noch die Gefahr, dass sich das britische Parlament auf gar nichts einigt und Großbritannien am 29. März einfach aus der EU herausfällt, ohne Netz und Loden, ohne Vertrag. Dafür spricht vor allem auch, dass die meisten Briten die ganzen Diskussionen über den Brexit inzwischen leid sind und nur noch eines wollen, nämlich ein Ende, und dabei auch ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorziehen. Auch Michael Heider, Analyst bei M. M. Warburg, warnt daher vor dem „Elefanten im Raum“.

Denn ein „harter Brexit“ hätte harsche Konsequenzen für die britische Wirtschaft, die über Nacht von ihrem wichtigsten Exportmarkt abgeschnitten wäre. 44 Prozent der britischen Ausfuhren gehen in die restliche EU. Demgegenüber gehen nur acht Prozent der Exporte der übrigen EU nach Großbritannien.

Allerdings wären einige europäische Unternehmen dennoch stark von einem „harten Brexit“ betroffen, und gerade in Deutschland gibt es einige davon. Welche das sind, ist vor allem für Anleger von Interesse, denn die Aktien der entsprechenden Firmen dürften im Falle eines unregelmäßigen EU-Austritts Großbritanniens besonders leiden. Bei drei Unternehmen jedoch sehen sie erhebliche Auswirkungen. Diese setzen entweder einen besonders großen Anteil ihrer Produkte in Großbritannien ab, oder sie verfügen dort über Produktionsstandorte, beziehungsweise ein guter Teil ihrer Wertschöpfungskette befindet sich dort. Und eines davon ist immerhin ein Schwergewicht der deutschen Wirtschaft: der Automobilhersteller BMW.

Denn das Unternehmen produziert nicht nur den Mini in Großbritannien, sondern auch diverse Bauteile für andere Modelle. Der Brexit könne sich negativ auf die Kosten auswirken, und zwar gleich doppelt, so M. M. Warburg, einerseits in Bezug auf jene Teile, die in Großbritannien für den europäischen Markt produziert werden, wie auch für jene Teile, die in Europa für den britischen Markt hergestellt werden. „Zusätzlich kann der Brexit zu sinkenden Konsumausgaben aufgrund einer schwächeren Konjunktur führen, vor allem in Großbritannien.“

Venezuela, Migration, INF-Vertrag Europa streitet

Markus Becker

Die EU will ernst genommen werden: Doch weder zu Venezuela noch zur Zuwanderung oder zum INF-Atomwaffenvertrag kann sie sich auf eine gemeinsame Position verständigen. So macht sich die Union klein - und die Gegner stark

Es war noch einmal ein Versuch, so etwas wie eine Einigung hinzubekommen. Einen Kompromiss, der wenigstens den Anschein erweckt, dass Europa auf der Weltbühne mit einer Stimme sprechen kann, statt eine Kakophonie von sich zu geben. Doch der Versuch scheiterte.

Weder zur Staatskrise in Venezuela noch zur Migrationszusammenarbeit mit der Arabischen Liga noch zum drohenden Ende des INF-Atomwaffenvertrags wird die EU eine gemeinsame Erklärung veröffentlichen. Entsprechende Gespräche zwischen den Botschaftern der EU-Staaten sind am Dienstag in Brüssel gescheitert, wie der SPIEGEL aus Diplomatenkreisen erfuhr.

Ein "Tag der Narren" sei es gewesen, schimpfte ein EU-Diplomat anschließend in einem vertraulichen Bericht. Einmal wieder hat sich gezeigt, dass die Europäische Union auf zentralen Feldern der Weltpolitik bestenfalls eingeschränkt handlungsfähig ist. Der Grund: Die Außenpolitik gehört zu den Bereichen, in denen die EU nur einstimmige Beschlüsse fällen kann. Jeder einzelne der 28 EU-Staaten hat ein Vetorecht - und einige machen davon reichlich Gebrauch: In der Venezuela-Krise etwa waren es die Italiener, die am Montag in letzter Minute eine EU-Erklärung torpediert haben.

Eine EU-Erklärung zum Ende des INF-Vertrags haben die Nicht-Nato-Staaten unter den EU-Mitgliedern blockiert. Italien begründete die Blockade der Venezuela-Erklärung offiziell damit, dass die EU sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Länder einzumischen habe. EU-Diplomaten vermuten jedoch, dass insbesondere Italiens linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung, die gemeinsam mit der rechtsnationalen Lega in Rom regiert, Sympathien für Venezuelas bisherigen Staatspräsidenten Nicolás Maduro hegt.

Auch in Migrationsfragen ist die EU weiterhin uneins. Am Montag wollten Vertreter der EU und der Arabischen Liga eine Erklärung für das Gipfeltreffen in Ägypten Ende Februar vorbereiten. Ein logischer Bestandteil: die Zuwanderung aus arabischen Staaten in die Europäische Union.

Ungarns Regierung aber wollte nach Angaben von Diplomaten kein Wort über Migration in der gemeinsamen Erklärung sehen. Selbst die indirekte Bezugnahme auf den Uno-Migrationspakt sei dem Vertreter Budapests schon zu viel gewesen, berichteten Teilnehmer der Gespräche. Am Ende habe man lieber ganz auf eine Erklärung verzichtet, anstatt sich mit einer zu blamieren, die ausgerechnet die Migration ausklammert. "Das verheißt nichts Gutes für den Gipfel von Scharm al-Scheich", warnt ein EU-Diplomat.

Das EU-Dilemma ließe sich mit der Einführung des Mehrheitsprinzips auch in der Außenpolitik lösen. "Wir müssen den Fluch der Einstimmigkeit beenden", forderte der deutsche Außenminister Heiko Maas bereits im vergangenen Sommer. Er steht mit dieser Meinung in der EU keineswegs allein. Doch das genügt in diesem Fall nicht. Zwar ließe sich das Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik abschaffen. Das aber müsste von Rat der Mitgliedstaaten beschlossen werden - und zwar einstimmig. Dass es in absehbarer Zeit dazu kommt, gilt als äußerst unwahrscheinlich. Vorher aber droht der EU bereits die nächste Zerreißprobe: das Ende des INF-Vertrags.

Europas Spitzenpolitiker erklären seit Wochen unisono, dass das Abkommen über nukleare Mittelstreckenraketen wesentlich für die europäische Sicherheit ist. Am Wochenende haben die USA und Russland trotz aller europäischen Bemühungen ihren Rückzug aus dem Abkommen erklärt - und die EU-Außenminister sagen gemeinsam: nichts.

Die Welt ist besser als ihr Ruf: Autor kämpft gegen den Pessimismus der Deutschen

Katharina Müller

Walter Wüllenweber ist Autor. Seine These: Der Großteil der Deutschen sieht die Welt zu negativ. Mit Fakten und frohen Botschaften kämpft er gegen Schwarzmalerei. Er zeigt, warum früher nicht alles besser, sondern das meiste schlimmer war.

Dass gerade jemand wie Wüllenweber die These aufstellt, die Menschen seien heute gesünder, reicher, sicherer, gebildeter und freier als jemals zuvor, stößt auf Gegenwind. Auch in seinem engsten Bekanntenkreis. „Das kann ja gar nicht sein! Spinnst du jetzt komplett? Was hast du denn geraucht?“, beschreibt Wüllenweber die Reaktionen von Freunden auf sein Buch, das den Titel „Frohe Botschaft“.

Und ja, bei den ganzen Horror-Nachrichten, die und jeden Tag aufs Neue erreichen, fällt das, was da hinten auf dem Buchrücken steht, tatsächlich schwer zu glauben: „Heute ist alles besser“. Doch Walter Wüllenweber wäre kein Journalist, wenn seine Erkenntnisse nicht auf Daten und Fakten beruhen würden. Wenn das, was er schreibt, nicht Hand und Fuß hätte. Was also bewegt einen Journalisten der alten Schule dazu, so etwas zu schreiben?

„Als ich im Kindergarten war, verhungerten von 1000 Menschen, jedes Jahr etwa 50. Heute noch einer, alle zwei Jahre. Das ist ein Rückgang um 99 Prozent“, wirft er als Beispiel in den Raum. „Ähnlich positiv ist die Entwicklung bei der Armut. In den 50er Jahren waren noch zwei Drittel der Menschen absolut arm. Heute sind es sechs bis acht Prozent.“

„Wir sind in einer Aufwärtsspirale“, lautet seine Bilanz. Natürlich gebe es immer noch zahlreiche Ungerechtigkeiten, wie die ungleiche Verteilung zwischen Arm und Reich. Wer aber positive Trends ignoriere und an einer dramatischen Weltsicht festhalte, öffne den Populisten und der Unvernunft Tür und Tor. Da er viele gesellschaftlichen Entwicklungen über Jahre hinweg beobachtet habe, sagt er heute mit Überzeugung: „Früher war nicht alles besser, aber das meiste schlimmer.“ Eine These, die Millionen Deutsche so nicht unterschreiben würden. Denn die Frage, ob sich die Welt insgesamt zum Besseren entwickelt hat, bewertet gerade die Bevölkerung hierzulande besonders negativ: Nur vier Prozent der Deutschen stimmen zu. In Schweden sind es immerhin zehn Prozent, in China sogar 41 Prozent. Doch wie kann es sein, dass trotz der Fülle an Beweisen die Fakten und die gefühlte Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen? Wüllenweber suchte Antworten und fand sie: „Die gefühlte Wahrheit täuscht uns. Der Mensch ist ein Fluchttier, das darauf spezialisiert ist, seine Umgebung permanent nach Gefahren abzusuchen. Alles was negativ ist, nehmen wir besser wahr.“

Gleichzeitig würden Journalisten einen großen Teil zu dieser negativen Weltsicht beitragen. „Unser Gehirn sagt, gib mir Informationen über etwas Negatives und wir liefern sie. Denn dafür interessiert sich der Leser am allermeisten“, so Wüllenweber. Mit schlechten Nachrichten – sogenannten „Bad News“ – lässt sich zudem mehr Geld verdienen.

Wüllenweber wirbt darum, dass wir uns die positiven Veränderungen in unserer Gesellschaft „mehr bewusst machen“. Doch gerade der radikale Strukturwandel in der Öffentlichkeit und die Digitalisierung erschweren positives Denken und verändern unsere Wahrnehmung nachhaltig.

Der Grund: Menschen nehmen ihre Umwelt heute viel stärker als früher durch die Medien wahr. Seit den 60er Jahren hat sich die Nutzung verdreifacht. Die Menschen verbringen in Deutschland zehn Stunden am Tag mit Medien. Und diese zehn Stunden sind laut Wüllenweber mit dem gefüllt, was sie uns überwiegend anbieten: negativen Nachrichten. „Wir wachen morgens auf und schon beim Zähneputzen werden wir mit Horror-Nachrichten geflutet. Wir haben das Gefühl: Der Weltuntergang steht kurz bevor.“

Ein zusätzliches Problem: Qualitätsmedien setzen Missstände in ein Verhältnis und überprüfen, was vertrauenswürdige Quellen sind und was nicht. In den Sozialen Medien gibt es solch einen Mechanismus nicht. „Wahrheit ist in den Sozialen Medien keine wichtige Größe. Deswegen sind sie ideal, um Hysterie zu erzeugen. Das sind die perfekten Angstmaschinen“, stellt Wüllenweber fest.

Trotz allem bleibt Wüllenweber optimistisch. Er glaubt an die Zivilisierung der neuen Medien. „Wie immer, wenn es etwas Neues gibt, ist am Anfang ‚Wild West‘. Wenn man sich die ersten Zeitungen anguckt, dann war der Wahrheitsgehalt der Geschichten nicht viel größer, als der von einem durchschnittlichen Facebook-Post.“

Gegen blinden Konsum - Spontan-Shopping ist fatal für die Umwelt

Janina Dorra

Ein neues Hemd, ein neues Kleid, eine neue Hose: Beim Bummeln fällt es schwer, den Laden mit leeren Händen zu verlassen. Dabei wissen wir genau: Unsere Kleiderschränke daheim sind in Wahrheit übervoll. Von der Schnelllebigkeit eines Kleidungsstücks, den katastrophalen Folgen blinden Konsumverhaltens und einer Bloggerin, die genau das kritisch hinterfragt. Mehr als 72 Milliarden Euro geben die Deutschen jährlich für Bekleidung aus. Wer glaubt, dass sich in Anbetracht dieser Summe der Trend zu qualitativ hochwertiger und möglichst lang haltender Ware neigt, irrt: Der Großteil der Umsätze stammt aus günstig und rasant produzierter Kleidung – schnell gekauft, schnell vergessen und noch schneller entsorgt.

„Jede und jeder Deutsche verbraucht pro Jahr durchschnittlich rund 11 Kilogramm Bekleidungstextilien“, berichtet der WWF Deutschland. „Hierfür werden rund 430 Euro ausgegeben. Das entspricht etwa fünf Prozent der monatlichen Konsumausgaben. Anfang der 1960er Jahre entfielen noch zwölf Prozent der Konsumausgaben auf Bekleidung und Schuhe.“ Ergänzend dazu hält Greenpeace fest: „Eine durchschnittliche Person kauft jedes Jahr 60 Prozent mehr Kleidung und trägt sie nur noch halb so lange, wie noch vor 15 Jahren“. Zusammengefasst: Was wir bereit sind, für Kleidung auszugeben, wird immer weniger. Was wir in unseren Schränken horten oder entsorgen, wird hingegen stetig mehr. Ein immenser Konflikt.

Dass Kleidung in Entwicklungs- und Schwellenländern – aber auch in Osteuropa – zu Dumpinglöhnen und unter schrecklichen Bedingungen gefertigt wird, ist längst ein offenes Geheimnis. Was allerdings weniger bekannt ist: Selbst der Anbau der Rohstoffe, die Herstellung der Bekleidung sowie die Distribution der Waren schaden massiv der Umwelt. Laut der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz werden für die Produktion von einem Kilogramm Baumwolle im weltweiten Durchschnitt rund 11.000 Liter Wasser benötigt. Ein großer Teil der in Deutschland getragenen Baumwolle stammt hingegen aus Indien, wo für ein Kilogramm Baumwolle mehr als 23.000 Liter des flüssigen Elements eingesetzt werden. 256 Kubikkilometer Wasser: So viel wird jährlich für die Baumwollproduktion weltweit benötigt. „Eine Menge, die ausreichen würde, um jeden Erdenbürger pro Tag mit 120 Litern Frischwasser zu versorgen“, so die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz.

Kleidung aus Kunstfaser ist – obwohl in der Herstellung wassersparender als Baumwollbekleidung – keine Alternative. Nach Angaben von Greenpeace beträgt der CO₂-Ausstoß bei der Herstellung von synthetischer Bekleidung beinahe drei Mal so viel wie bei Baumwollware. Es dauert Jahrhunderte bis ausrangierte Kleidung von der Natur abgebaut werden kann.

Unser Konsumverhalten stellt uns also vor gewaltige Probleme: Aber was sollen wir dagegen tun? Diese Frage hat auch Lisa Tihanyi beschäftigt. „Mir war irgendwo im Hinterkopf auch schon lange bewusst gewesen, dass die Textilindustrie eine richtig schmutzige Branche ist“, so die 30-jährige Bloggerin aus Mainz. „Ganz viele der Klamotten, die wir aus einer Laune heraus kaufen, bleiben Schrankhüter. Und dafür werden Menschen mit Hungerlohn bezahlt? Das wollte ich nicht länger unterstützen“, erklärt Lisa. Aus diesem Grund rief sie Anfang des Jahres die Challenge #2018DIYdontBuy ins Leben, von der sie seitdem regelmäßig auf ihrem Blog „Mein Feenstaub“ berichtet.

Bei #2018DIYdontBuy geht es der Mainzerin um bewussten Konsum, das Hinterfragen des eigenen Kaufverhaltens und – damit sehr eng verbunden – dem Lebenszyklus eines Kleidungsstücks. Ein Jahr lang keine Kleidung kaufen, sondern selber machen: So die Herausforderung. „Mir kommt 2018 nichts Gekauftes, sondern nur noch Selbstgenähtes auf den Kleiderbügel!“, fasst Lisa zusammen. „Ich will meinen Konsum achtsamer gestalten und ich möchte die Fast Fashion-Industrie nicht länger mit meinen Impulskäufen unterstützen.“

„Ich glaube, die größte Hürde ist, sich von unserem tief verankerten Konsumdenken freizumachen. ‚Nix zu tun? Shoppen! Schlechte Laune? Shoppen! Langeweile? Shoppen! So viel Kleidung, dass man nicht weiß, was man anziehen soll? Shoppen!‘ Oft erscheint Shoppen als impulsive Lösung für die Probleme des Alltags“, berichtet Lisa. „Als ich mit meiner Challenge anfang, nähte ich noch richtig viel. Im ersten Monat waren es direkt vier neue Sachen, weil ich noch so an mein Konsumverhalten gewöhnt war.“

Mittlerweile wägt Lisa genau ab: Welches Teil ist es wert, genäht zu werden? Welches Teil macht wirklich glücklich? Dabei kommt sie derzeit auf etwa ein Kleidungsstück alle ein bis zwei Monate – und mit ihrem Kleiderschrank fühlt sie sich jetzt wohler denn je. „Nach wie vor liebe ich Mode – und ich liebe es, mich über Mode auszudrücken. Aber ich brauche es einfach nicht mehr, dass dauernd etwas Neues her muss“, so die DIY-Expertin.

Björn bringt Flüchtlingen das Backen bei - und wird so zum Vorbild für ganze Region

Vivica Mildner

In Eberswalde ticken die Uhren noch anders. Hier grüßen sich die Einwohner, man kennt sich. Die Brandenburger Kleinstadt liegt zwar nur rund 50 Kilometer von Berlin entfernt, trotzdem trennen die 40.000-Einwohner-Stadt und die Millionenmetropole Welten. Ausländer sieht man in Eberswalde eher selten.

Außer in der Bäckerei von Björn Wiese. Acht Mitarbeiter mit Migrationshintergrund hat der 46 Jahre alte Bäckermeister in seinen drei Läden angestellt und zeigt damit einer ganzen Region, wie Integration von Flüchtlingen funktionieren kann. Die Idee hatte er 2016. Eine Zugfahrt von Leipzig nach Wurzen wurde für Wiese zu einem Schlüsselerlebnis. Damals saß er mit einem befreundeten Bäcker neben Dutzenden Pegida-Anhänger, die von einer Demo kamen, im Abteil. „Das war zur Hochzeit der Flüchtlingszuwanderung in Deutschland“, erzählt Wiese. „Die Menschen haben ihre Meinung über Flüchtlinge laut im Zug kundgetan.“ Er wollte etwas tun, hatte Angst, dass die Stimmung in seinem Heimatort kippen könnte.

Wiese beschloss, auf dem Markt in Eberswalde Menschen zusammenzubringen, sie an einen Tisch zu setzen. Er lud einen Syrer und einen Pakistani ein, die mit ihm gemeinsam Brot aus ihrer Heimat backen sollten. Ein Erfolg. Wiese stellte die beiden jungen Männer bei sich ein - öffnete seine Bäckerei für Flüchtlinge. „Das war der Start zu ganz viel mehr. Ich bin mit den Leuten in Kontakt gekommen und habe gesehen, was die Menschen bewegt und was sie brauchen“, sagt Wiese. Das war vor allem eine Perspektive.

Inzwischen arbeiten acht Mitarbeiter mit Migrationshintergrund als Auszubildende oder Festangestellte in der Bäckerei. Gerade für Firmen, die Schwierigkeiten hätten, gutes Personal zu finden, sei das eine gute Möglichkeit, erzählt Wiese. Auch er hatte Probleme, gute Mitarbeiter und Auszubildende für seine drei Läden zu finden.

Er vereinfachte viele Abläufe und stellte den Flüchtlingen auch immer einen Deutschen zur Seite. „Man muss sich da als Firma drauf einlassen, muss sie ein bisschen mehr an die Hand nehmen“, sagt der Bäcker. Das würde auch bedeuten, dass man mal bei Behördenbriefen hilft. Gleichzeitig könne jeder was einbringen. Im Café des Bäckers gibt es nun zum Beispiel auch Baba Ghanoush, eine orientalische Auberginencreme, zu essen. Er stellte seinen Ausbildungssystem um. Vereinfachte viel, dokumentierte die Arbeit noch mehr, um die Flüchtlinge genau da abzuholen, wo sie sind. Drei Flüchtlinge machen nächstes Jahr ihren Abschluss. „Handwerklich wird das kein Problem, beim Backen kann man sich viel anschauen. Nur mit dem theoretischen Teil könnte es noch schwierig werden“, sagt der 46-Jährige. Daher organisierte er einen Sprachkurs für die Auszubildenden. Den absolvieren diese nun nach ihrer Schicht in der Bäckerei.

Eine Erfolgsgeschichte, die nun auch andere Unternehmer in der Region neugierig macht. „Ich wurde schon mehrfach angerufen. Die Gespräche laufen immer gleich ab: Die Unternehmer fragen mich, wie das so läuft mit den Ausländern und wie ich sie kontaktiert habe“, sagt Wiese. Er habe schon einige Flüchtlinge an andere Unternehmen vermitteln können.

Ob es auch Probleme gebe? „Die möglichen Mitarbeiter machen zuerst ein Praktikum bei uns, damit wir sehen können, ob die Person zu uns passt. Das gilt für Deutsche, wie auch Personen mit Migrationshintergrund“, sagt Wiese. Besondere Probleme gebe es da nicht. „Klar, wir hatten auch mal zwei Jungs aus Eritrea, die nach der Einstiegsphase nicht mehr kamen. Aber das kann mit einem Deutschen genauso gehen.“ Wiese erhielt jedoch nicht nur positive Reaktionen auf seine Bemühungen. „Zwar waren die Kunden fast alle aufgeschlossen, aber auch ein paar sind nicht mehr gekommen oder haben mir im Internet schlechte Bewertungen gegeben“, erzählt Wiese. Auch Mohamad aus Syrien, der mittlerweile im Verkauf in der Bäckerei arbeitet, würden einige Kunden mit Distanz begegnen. „Die Menschen haben Hemmungen. Aber nur durch den Dialog und das Zusammenbringen von verschiedenen Kulturen, kann man diese überwinden.“

Und genau darin steckt das Erfolgsgeheimnis von Björn Wiese. Er bildet die Flüchtlinge nicht nur in seinem Laden aus, sondern verbindet sie auch mit anderen Menschen. Ein Flüchtling habe im Kampfsport-Studio um die Ecke ein neues Hobby gefunden. Einem anderen halfen seine Mitarbeiter, ein Auto zu finden. Daraus ist eine Freundschaft entstanden.

„Integration kann nur funktionieren, wenn die Menschen auch wirklich in der deutschen Gesellschaft ankommen. Das ist ein langer Weg“, sagt der Bäckermeister. Dafür sei jedoch mehr als Arbeit notwendig.

Bei Rewe kannst du den Einkauf jetzt mit dem Handy scannen. Was bringt das?

Charleen Florijn

Immer mehr Supermärkte setzen darauf, dass ihre Kunden selbst kassieren. In einer Rewe-Filiale in Köln kann man die Ware jetzt auch mit dem Handy scannen und muss sie beim Bezahlen nicht mehr auspacken.

In einer Rewe-Filiale im Kölner Stadtteil Rodenkirchen können Kunden seit ein paar Wochen ihren Einkauf selbst einscannen. Und zwar nicht erst an der Kasse, sondern schon während sie einkaufen. Produkt aus dem Regal nehmen, Barcode scannen und in den Einkaufswagen oder Rucksack legen, gezahlt wird erst am Ende des Einkaufs. Die einzige Voraussetzung: ein Payback-Konto.

Den Handscanner gibt es am Eingang. Wer sich vorher die App „Smart Shoppen“ herunterlädt, kann auch mit dem Handy scannen. An jedem Einkaufswagen gibt es eine Halterung, in die sowohl Gerät als auch Smartphone passen. Ich entscheide mich dafür, mit meinem Smartphone zu scannen, lade die App runter und melde mich mit meinen Payback-Zugangsdaten an. Bevor der Einkauf losgehen kann, fordert die App mich dazu auf, den QR-Code im Eingangsbereich zu scannen. Sofort erscheint der digitale Warenkorb. Mit einem Klick öffnet sich die Kamera, jetzt kann ich den ersten Barcode scannen.

Gemüse ohne Verpackung wiege ich zunächst ab, dann scanne ich das Etikett, das die Waage mir ausspuckt. Für lose Eier hat Rewe einen eigenen Barcode am Eierregal aufgehängt. Unter meinem Warenkorb verrät mir die App, wie viele Produkte ich bereits registriert habe und wie teuer der Einkauf insgesamt ist. Am Ende scanne ich an einer der Selbstbedienungskassen noch einmal einen weiteren QR-Code, dann kann ich bezahlen – ganz ohne die Produkte aus dem Wagen wuchten zu müssen.

Für die Supermarktkette Rewe ist es eine Premiere, ganz neu ist die Technologie des Selbst-Einscannens in Deutschland allerdings nicht. Kassen, an denen Kunden die Waren eigenständig scannen und schließlich bezahlen, stehen mittlerweile in fast allen großen Supermärkten. „Ende dieses Jahres wird es wahrscheinlich schon 800 bis 1.000 Läden in Deutschland geben, die das anbieten“, schätzt Frank Horst vom Kölner Handelsforschungsinstitut EHI. „Das bedeutet fast eine Verdoppelung innerhalb von zwei Jahren.“

Antonio Krüger, Professor für Innovativen Handel am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, sagt: „Mit Neuerungen wie dem Self-Scanning wollen Supermärkte ihren Kunden ein besonderes Einkaufserlebnis bieten und sich so von der Konkurrenz aus dem Internet abheben.“ Krüger vermutet, dass das Einkaufen in den kommenden Jahren immer mehr einen Erlebnischarakter annehmen wird, sodass Kunden mit dem Besuch im Supermarkt etwas Positives und nicht lange Wartezeiten und nerviges Ein- und Ausräumen verknüpfen.

Tatsächlich stört es Kunden beim Einkaufen am meisten, in der Schlange zu stehen. Zwei Drittel gaben sogar an, den Supermarkt wegen zu wenig Zeit schon einmal verlassen zu haben, ohne etwas gekauft zu haben.

„Wir wollen die Warteschlangen an der Kasse reduzieren“, erklärt Rewe-Projektleiterin Julia Volks die Motivation des Händlers für das Scanning-Experiment. Doch nicht nur die Kundin profitiert vom Selbst-Scannen und SB-Kassen, auch für den Markt ergeben sich daraus Vorteile: Denn eine kleine Selbstbedienungskasse nimmt viel weniger Platz weg als eine normale Kasse samt Wagenband.

Spart Rewe denn mit dem neuen Projekt nicht nur Zeit, sondern auch Mitarbeiter ein? Der Experte Krüger glaubt das nicht, weil bei den Selbstbedienungskassen immer noch Menschen gebraucht würden, die überforderten Einkäufern helfen.

Wie Uber-Fahrer die Wut der Taxifahrer zu spüren bekommen

Cristiana Grossenbacher

Taxifahrer hassen Uber. Das bekommen Leute zu spüren, die für Uber fahren.

Er hat immer ein ungutes Gefühl, wenn er zum Flughafen einbiegt. „Nur Ärger gibt es mit diesen Taxifahrern. Sie hupen, blockieren den Weg und schreien provozierend, ob wir nicht Autofahren können.“ Aufgebracht erzählt Ertan, wie sehr ihn das alles beschäftigt. Ertan ist Angestellter einer Mietwagenfirma, Mitte 50 und seit zwei Monaten Fahrer für Uber. Davor war er in Emmerich an der niederländischen Grenze Taxifahrer.

Ertan erzählt über die Einschüchterungen, die er immer häufiger von Taxifahrern erfährt. Für die sind die Uber-Fahrer ungeliebte Konkurrenten – und leicht zu erkennen. Denn allen ist bekannt, dass die Uber-Fahrer von den Mietwagenfirmen ein ganz bestimmtes Toyota-Modell erhalten.

Rund um den Globus werden Fahrer des US-Unternehmens von Taxifahrern angefeindet. In Städten wie Istanbul wurden Uber-Fahrer auf der Straße angegriffen und in Hinterhalte geführt. Die Taxifahrer sind wütend, weil Uber-Fahrer hohe Gebühren umgehen könnten. Seit Sommer 2018 ist der Fahrdienst deshalb in der Türkei verboten. So schlimm wie in Istanbul ist es in Düsseldorf nicht. Von tätlichen Angriffen weiß Xerdan nichts. Er ist ebenfalls Uber-Fahrer in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Doch mit Beschimpfungen muss auch er immer wieder umgehen. Gerade erst habe er Freunde an den Bahnhof gefahren, nicht als Uber-Fahrer, sondern als Privatperson. Die Taxifahrer hätten sogleich Fotos gemacht und ihm zugerufen, dass er dort nicht parken dürfe.

Warum die ihn erkannt haben? Auch er fährt Toyota. Ein anderes Mal, erzählt er, habe er jemanden von der Düsseldorfer Messe abgeholt. Ein Taxifahrer sei fast in ihn reingefahren. Xerdan zeigt auf den Kratzer im Fenster. Dass sei ihm erst kürzlich passiert und garantiert kein Zufall. Autos von Freunden, die ebenfalls für Uber fahren, seien regelmäßig zerkratzt. Fast schon belustigt meint er: „Privatleute mit Toyotas müssen sich in Acht nehmen, sonst werden ihre Autos auch noch zerkratzt.“

Uber hat keine eigenen Autos, sondern vermittelt lediglich Fahrten. Die eigentliche Leistung erbringen Mietwagenfirmen, die ihre Autos samt Fahrer für eine bestimmte Strecke verleihen. Auf diese Art kann das Start-up einen Taxi-Dienst anbieten, für den man in Deutschland eigentlich eine Taxi-Lizenz braucht – mit einer Einschränkung: Uber-Fahrer müssen nach jeder Fahrt wieder zurück zur Zentrale der Mietwagenfirma zurückfahren.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer will das ändern. Nach seinen Plänen dürften die Uber-Fahrer künftig auch am Straßenrand auf Kunden warten – das ist bislang nur Taxis vorbehalten. Taxifahrer wehren sich gegen das Vorhaben des CSU-Politikers. Anfang April demonstrierten sie in ganz Deutschland. Die Taxifahrer fürchten um ihre Jobs, wenn Uber mit günstigeren Preisen an den Markt geht.

Die Uber-Fahrer dagegen hoffen, dass der Verkehrsminister seine Pläne umsetzt. Xerdan erzählt, wie oft Kunden die Fahrt stornieren, wenn die Uber-Fahrer im Stau stehen und etwas länger zum Abholort brauchen. Dann müssten sie wieder ohne Einnahmen zur Zentrale zurückkehren.

Und nicht nur das: Unangenehm werde es, wenn Taxi-Fahrer sie verfolgen und kontrollieren, ob sie tatsächlich wieder zu ihrer Zentrale fahren. „Wer gibt ihnen das Recht uns zu verfolgen? Dafür gibt es Kontrollen in Deutschland“, fragt Xerdan aufgebracht.

Nach den Demonstrationen vergangene Woche und wegen des Widerstands aus der eigenen Unions-Fraktion will Verkehrsminister Scheuer zunächst gemeinsam mit Vertretern der Bundesländer nach einer Lösung suchen. Eine Entscheidung ist damit erstmal verfragt.

Fehler sollen wieder korrigiert werden

Heike Schmoll

„Werh Hir Schreit Kann Ent Wida Ein Stük Weitr Gen Odar sur Mama“. Diesen Zettel hat eine Grundschülerin am Ende der ersten Klasse an ihre Zimmertür gehängt. Wenn Grundschulkinder auch nach fast einem Jahr Unterricht noch so schreiben wie sie hören, dann geht den Eltern der Hut hoch. Sie können einfach nicht nachvollziehen, dass nicht einmal die Vermittlung der kulturellen Basiskompetenzen zu gelingen scheint. Und sie halten es fast nicht aus, dass die Lehrer es ihnen auch noch verbieten, falsche Schreibungen zuhause zu korrigieren.

Die Methode „Lesen durch Schreiben“ des Schweizer Reformpädagogen Jürgen Reichen aus den achtziger Jahren ist hoch umstritten. Und sie ist noch fragwürdiger geworden, seit eine Bonner Studie, die auch eine Langzeitbeobachtung umfasste, die klare Überlegenheit des Fibel-Einsatzes mit einem systematischen Rechtschreiberwerb belegt hat.

Die meisten Bundesländer haben deshalb die Reißleine gezogen und den Grundschulen nahegelegt, von Anfang an orthographisch richtige Schreibweisen zu lehren und Fehler zu korrigieren. Brandenburg etwa reagierte unmittelbar auf die Bonner Studie und untersagte den Grundschullehrern, die Methode „Lesen durch Schreiben“ noch anzuwenden. Nun hat auch Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) die Konsequenzen gezogen und eine neue Handreichung für die Grundschullehrer herausgegeben. „Die Regeln der deutschen Rechtschreibung können und müssen von der ersten Klasse an gelernt werden“, sagt Gebauer.

In Hamburg, Schleswig-Holstein, sowie in Bayern und Baden-Württemberg sollen die Grundschullehrer ebenfalls von Anfang an korrekte Schreibweisen beibringen, in den ostdeutschen Ländern hat man ohnehin wenig Gebrauch von reformpädagogischen Modellen gemacht. Der Leistungsvergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) gibt den restriktiven Ländern, die für korrekten Schreiberwerb plädieren, recht: Mehr als jeder fünfte Viertklässler in Deutschland erfüllt die Mindeststandards in der Rechtschreibung nicht. Das ist insofern katastrophal, als weiterführende Schulen darauf setzen müssen, dass die Rechtschreibung beherrscht wird. Denn die Lehrer dieser Schulen sind gar nicht darauf vorbereitet, Orthographie zu unterrichten.

Nur der reformpädagogischen Methode die Schuld für mangelnde Rechtschreibkenntnisse anzulasten, wäre zu kurz gesprungen. Schon in den siebziger Jahren haben hessische Rahmenlehrpläne die Regeln der Orthographie nur unter der Perspektive gelehrt, dass sie kritisiert werden müssen. Dann wurden die Diktate abgeschafft, sowohl in der Grundschule als auch in den Eingangsklassen des Gymnasiums. Schließlich gibt es auch immer mehr Menschen, die glauben, die Orthographie werde schon von den Rechtschreibprogrammen der Computer erledigt. Das ist jedoch genauso töricht wie nichts mehr wissen zu wollen, weil es im Zweifel ergoogelt werden kann. Es kamen also mehrere Neuerungen zusammen, die das Rechtschreibdesaster gefördert haben.

Ein wichtiges Argument gegen den Einsatz der Methode „Lesen durch Schreiben“ ist der wachsende Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Wer Deutsch als Zweitsprache gelernt hat, kann nicht auch noch zweimal Rechtschreibung lernen. Deshalb sollten auch wieder Diktate geschrieben werden. Auch schwächere muttersprachliche Schüler werden unter dem Rechtschreib-Hin- und Her nur leiden. Am wenigsten schaden solche Experimente denen, die immer durchkommen: den überdurchschnittlich Begabten. Die Aufgabe der Grundschule ist es aber, alle so mit den Basistechniken Lesen, Schreiben, Rechnen auszustatten, dass ihnen unabhängig von ihrer Herkunft alle Schulbildungswege offen stehen. Schon deshalb ist es eine Frage der Gerechtigkeit, von Anfang an korrektes Schreiben zu lehren.